

INHALTSVERZEICHNIS

Patrick Willis

Anton de Augustini (1743-1823)

Ein Walliser Politiker zwischen Revolution und Restauration

| | |
|---|----|
| Vorwort | 5 |
| 1. Kindheit und Jugend 1743-1762 | 7 |
| 2. Im französischen Solddienst 1762-1780 | 9 |
| 3. Der politische Aufstieg 1781-1793 | 12 |
| 3.1 Ausbildung zum Advokaten und juristische Tätigkeit | 12 |
| 3.2 Landvogt von Monthey 1785-1787 | 13 |
| 3.3 Augustinis Verhältnis zu den Familien Stockalper und Wegener | 15 |
| 4. Das Ämterverbot 1793-1797 | 22 |
| 5. Auf dem Höhepunkt der Macht 1798-1807 | 23 |
| 5.1 Die politische Karriere | 23 |
| 5.2 Augustinis Ideenwelt im Spiegel seiner parlamentarischen Arbeit als Senator und Tagsatzungsabgeordneter in der Helvetik | 30 |
| 5.2.1 Finanz- und Steuerpolitik | 30 |
| 5.2.2 Die Ablösung der Zehnten und Grundzinse | 33 |
| 5.2.3 Religion, Kirche und Staat | 34 |
| 5.2.4 Rechtswesen | 38 |
| 5.2.5 Rede- und Pressefreiheit | 42 |
| 5.2.6 Militärwesen | 43 |
| 5.2.7 Aussenpolitik | 45 |
| 5.2.8 Augustinis Interventionen für das Wallis | 46 |
| 5.2.9 Augustinis Staatsauffassung | 49 |
| 5.3 Kandidat für das helvetische Direktorium | 51 |
| 5.4 Augustinis diplomatische Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene | 53 |
| 5.4.1 Die Verhandlungen um die Staatszugehörigkeit des Wallis 1801/1802 in Bern | 53 |
| 5.4.2 Augustinis Verhandlungen in Paris 1802/1803 | 69 |
| 5.5 Augustinis Verhältnis zur Helvetik | 75 |
| 5.6 Augustinis Zeit als Landeshauptmann 1802-1807 | 79 |
| 5.6.1 Die Wahl | 79 |
| 5.6.2 Die Regierungstätigkeit | 80 |
| 5.6.3 Die Polemik um seine Wiederwahl 1807 | 87 |
| 6. Auf dem Tiefpunkt 1807-1817 | 93 |
| 7. Augustinis Verhältnis zu Frankreich | 99 |

| | |
|--|-----|
| 8. Die Rückkehr an die Macht 1817-1823 | 104 |
| 8.1 Abgeordneter an der Tagsatzung | 104 |
| 8.2 Landeshauptmann 1821-1823 | 105 |
| 9. Augustini im Urteil seiner Zeitgenossen | 109 |
| 10. Kritische Würdigung Augustinis | 114 |
| 11. Bibliographie | 120 |

Jean-Pierre Meyer

Zur Geschichte des Sprachgrenzverlaufs im Wallis

| | |
|---|-----|
| 1. Einleitung | 125 |
| 2. Geographisch-sprachliche Beschreibung | 126 |
| 3. Siedlungs- und Landesgeschichte | 127 |
| 4. Geschichte der deutschen Sprache in Sitten | 139 |
| 5. Ausblick | 150 |

Miszellen

| | |
|---|-----|
| – <i>Josef Guntern</i> Von der Sebastiansbruderschaft in Sitten | 155 |
| – <i>Gabriel Imboden</i> Einblicke in ein Rechnungsbuch des Johannes Kreÿg | 159 |
| – Zusammenfassung der Beiträge aus Vallesia XLVI (1991) | 189 |
| – Zusammenfassung der Beiträge aus Annales Valaisannes (1990) | 193 |
| – Zusammenfassung der Beiträge aus Annales Valaisannes (1991) | 195 |

Mitteilungen

| | |
|--------------------------|-----|
| – Protokoll der GV 1991 | 197 |
| – Jahresrechnung 1991-92 | 201 |

| | |
|---|-----|
| Vorstand des Geschichtsforschenden Vereins Oberwallis | 202 |
| Adressen der Autoren | 202 |

ANTON DE AUGUSTINI (1743-1823)
EIN WALLISER POLITIKER
ZWISCHEN REVOLUTION UND RESTAURATION

Meinen Eltern gewidmet

Vorwort

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um einen überarbeiteten Teil meiner Lizentiatsarbeit, die im Februar 1992 von der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg angenommen wurde.

Die Lizentiatsarbeit gliedert sich in zwei Teile:

1. «Der seltene Makugnager». Die Autobiographie von Anton de Augustini (1743-1823). Edition. 169 Seiten, mit einer kurzen Einleitung.
2. Anton de Augustini (1743-1823). Ein Walliser Politiker zwischen Revolution und Restauration.

Je ein Exemplar der Autobiographie kann im Staatsarchiv Sitten sowie in der Kantons- und Universitätsbibliothek Freiburg eingesehen werden. Den Schwerpunkt der politischen Biographie über den schillernden Augustini bilden die Jahre 1798-1807, in denen er als helvetischer Parlamentarier, Diplomat und Walliser Landeshauptmann seine grösste Bedeutung erlangte.

Es wird versucht, Augustini in den Kontext seiner Zeit einzubetten. Hiefür wird die Geschichte des Wallis jeweils knapp skizziert. Das 18. Jahrhundert ist bis zum Beginn der Unterwalliser Befreiungsbewegung 1790 kaum erforscht. Eine der wenigen Ausnahmen bilden die wertvollen biographischen Arbeiten von Hans Anton von Roten über die Walliser Landeshauptmänner. Das unspektakuläre 18. Jahrhundert fristet neben dem glanzvollen 17. Jahrhundert und dem ereignisreichen 19. Jahrhundert zu Unrecht ein Schattendasein in der Walliser Geschichtsschreibung.

Die Zeit von 1790 bis in die zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts ist durch die Werke von Pierre Devanthey, André Donnet, Michel Salamin, Paul Biderbost, Heinrich Rossi, Emil Biollay, Marie-Andrée Sadrain und Andreas Seiler gut erforscht. Leider gibt es weder für das 18. noch das 19. Jahrhundert eine wirtschafts- und sozialgeschichtlich orientierte Darstellung.

Die vorliegende Arbeit wäre ohne die sorgfältige Analyse diverser Fonds durch den verdienten Historiker, Dr. Hans Anton von Roten, undenkbar gewesen.

Das Thema wurde von Herrn Staatsarchivar, Dr. Bernard Truffer, vorgeschlagen. Für seine umsichtige Betreuung und die zahlreichen Anregungen möchte ich ihm herzlich danken.

Herrn lic. phil Hans Robert Ammann, dem Adjunkt des Staatsarchivs, und seiner Gattin, Frau Dr. Chantal Ammann-Doubliez, danke ich für die Korrekturen fremdsprachiger Texte und ihr reges Interesse an meiner Arbeit.

Für ihre Unterstützung und Zuvorkommenheit möchte ich den beiden Mitarbeiterinnen des Staatsarchivs, Frau lic. phil Geneviève Mariethoz und Frau Geneviève Dumoulin, danken.

Meinem Onkel, Dr. Leopold Borter, danke ich für die Durchsicht des Manuskripts und manch guten Rat.

Ein besonderer Dank geht an Herrn Prof. Urs Altermatt, der mich während meines ganzen Studiums tatkräftig unterstützt hat.

Dem Geschichtsforschenden Verein Oberwallis und seinem Präsidenten, Dr. Josef Guntern, danke ich herzlich für die Aufnahme des Beitrags in die «Blätter aus der Walliser Geschichte».

Patrick Willisch

1. KINDHEIT UND JUGEND 1743-1762

Anton de Augustini wurde am 5. August 1743 in dem Dörfchen Zer Tannen, das zur Pfarrei Macugnaga (Anzascatal im Piemont) gehörte, geboren. Sein Vater Augustin de Augustini war ein gebürtiger Italiener. Die Mutter, Catharina Kämpfen, stammte aus Brig. Mit ihr hatte sich Augustin de Augustini nach dem Tod seiner ersten Gattin, Elisabeth Supersaxo aus Sitten, verheiratet. Der Verbindung mit Catharina Kämpfen entsprossen drei Kinder: Catharina (gestorb. 1768), Anton (1743-1823) und Maria Josepha (1745-1817). Augustin de Augustini hatte nach dem frühen Tode seines Vaters Christoph de Augustini ein beträchtliches Vermögen geerbt, das in einem Handelsunternehmen in Leuk bestand. Der 18jährige Augustin kümmerte sich in der Folge wenig um die Geschäfte. Zusammen mit seiner ersten Gattin verschwendete er sein Vermögen durch einen aufwendigen Lebensstil. Nach dem Tode seiner ersten Gattin unterstützte ihn zwar sein Schwager, Bischof Franz Josef Supersaxo, durch eine Geldspende, die aber von den Erben des Bischofs gerichtlich angefochten wurde. Augustin de Augustini gewann zwar den Prozess vor dem hohen Stand, die Prozesskosten überstiegen jedoch den ihm zugesprochenen Geldbetrag. 1748 starb Augustin de Augustini. Sein Vetter Hans Christoph de Augustini bestimmte als Vogt von Catharina Kämpfen über ihre Güter in Italien¹.

6 Jahre später heiratete sie Emmanuel Torrent, den bischöflichen Unterrichter von Arbaz. Aus dieser Verbindung ging Maria Josepha Torrent hervor. Anton de Augustini beklagt sich in seiner Autobiographie bitter über seinen Stiefvater, der ihm das Essen vergönnte und ihn ständig daran erinnerte, dass er arm sei².

Im Alter von 7 Jahren begann die Schulzeit des kleinen Anton. Die ersten zwei Jahre absolvierte er beim Schulmeister Storno, ab dem 9. Lebensjahr besuchte er das Kollegium in Brig, wo er die verschiedenen Schulstufen von der Rudiment bis zur Physik³ durchlief. Als 16jähriger begann Augustini mit der Schule der sittlichen und spekulativen Gottesgelehrtheit, um Priester zu werden. Zur selben Zeit unterrichtete er die Söhne der Witwe Maria Josepha de Chastonay in Naters. Die damals 43jährige Frau verliebte sich in den 16jährigen Jüngling und bot ihm ihre Hand und ihr Vermögen an. Als ihr Schwager dies erfuhr, musste Augustini das Haus der Witwe verlassen⁴.

Als Augustinis Mutter sich mit ihrem Gatten Emmanuel Torrent in Arbaz niederliess, nahm der Bruder von Catharina Kämpfen, Johann Joseph Kämpfen,

1 Autobiographie, 9-17. Die Zitate aus der Autobiographie halten sich an die Paginierung des Originals.

2 Ebd., 17f.

3 Rudiment, Grammatik, kleine Syntax und höhere Syntax, Humanität, Rhetorik, Logik und Physik. Vgl. Autobiographie, 17f. Der von Augustini im Anschluss an das Gymnasium besuchte theologische Kurs befasste sich mit Moralthologie und Kasuistik. Vgl. *Imesch*, Kollegium Brig, 32ff.

4 Autobiographie, 18f.

den Namen des italienischen Vogts (Hans Christoph de Augustini) an und verkaufte die Güter der Witwe und ihrer Kinder um einen Spottpreis an Jakob Anton Werra aus Macugnaga. Dieser war der zukünftige Schwiegersohn von Hans Christoph de Augustini⁵. Daraus entstand eine lebenslange Feindschaft zwischen Anton de Augustini und seinem Onkel⁶.

Die Liebesaffäre mit der Witwe de Chastonay hielt während seines 17. und 18. Lebensjahres an⁷.

Eine neuerliche Liebschaft gab dem Leben des für den geistlichen Stand bestimmten Augustini eine Wendung. Er verliebte sich in die 13 Jahre ältere Sara Burgener, die Tochter des Landeshauptmanns Franz Josef Burgener. Die beiden versprachen sich die Ehe. Augustini schildert die Auswirkungen dieser Liebschaft folgendermassen: «Da wurden mir die theologischen Lehrsätze gleichgiltig, das Belehren eckelhaft; ich, der ich zuvor laut Austrücke der Lehrern allein primae classis war, also, dass alle uebrige mir longum post intervallum nachliefen, war im Huy der Zweite»⁸.

Um sich mit Sara Burgener verheiraten zu können, musste sich Augustini eine Existenzgrundlage verschaffen. Er wählte den Solddienst im Regiment de Courten in Frankreich. Der Vater von Sara Burgener, der ehemalige Landeshauptmann Franz Josef Burgener, betrachtete eine allfällige Heirat seiner Tochter mit dem unvermögenden Augustini als eine Mesalliance, die er mit allen Mitteln zu verhindern versuchte⁹.

Die regierenden Familien im Wallis des 18. und 19. Jahrhunderts betrieben eine eigentliche Heiratspolitik mit dem Ziel, ihre Herrschaft zu verfestigen und neue Verbindungen zu einflussreichen Familien zu knüpfen¹⁰.

Schliesslich war Augustini bereit, das Eheversprechen aufzulösen, nachdem ihm Burgener versprochen hatte, ihn auf seine Kosten ins freie obere Landrecht aufzunehmen¹¹. Das freie obere Landrecht war die Bedingung für eine politische Karriere im Wallis sowie für gewisse Offizierstellen im Solddienst¹².

Der ehemalige Landeshauptmann hielt jedoch sein Versprechen nicht. Augustini kaufte sich 1767 in das obere Landrecht ein¹³.

Er verfolgte mit der beabsichtigten Heirat zweifellos auch pragmatische Ziele. Durch die Verbindung mit der Tochter einer angesehenen Familie wäre Augustini in den Kreis der regimentsfähigen Familien gelangt und hätte seine gesellschaftliche Stellung verbessert.

5 Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 341 (10. März 1757).

6 Vgl. Autobiographie, 19f.

7 Ebd., 20.

8 Ebd.

9 Ebd., 21 u. 26.

10 Vgl. Steffen, Führungsschichten um Stockalper, 431-460.

11 Autobiographie, 27f.

12 Ebd., 41f.

13 Im Dezemberlandrat 1766 bat Augustini um Aufnahme ins Landrecht. Im folgenden Mailandrat wurde er als freier Landmann angenommen. Vgl. Landratsabschied, Mai 1767.

Die Familie der Augustini war zwar im Wallis keineswegs unbekannt. Augustinis Urgrossvater und Grossvater betrieben ja in Leuk ein florierendes Handelsunternehmen¹⁴, hatten jedoch auf der politischen Ebene keinen Einfluss. Das Handelsunternehmen, die wirtschaftliche Grundlage für eine politische Karriere, hatte der Vater durch seinen lüderlichen Lebensstil zerstört. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang sank natürlich auch das Sozialprestige der Augustini. Wahrscheinlich war der junge Augustini mit dem Wallis stärker verwurzelt als mit Italien¹⁵, verbrachte er doch mehr als die Hälfte seiner Jugend in Brig. Zudem war Macugnaga ein Walserdorf. Das Dörfchen Zer Tannen, wo Augustini seine ersten Lebensjahre verbrachte, lässt auf eine deutschsprachige Siedlung schliessen. Wahrscheinlich sprach man in Augustinis Elternhaus deutsch. Augustinis Mutter war bekanntlich eine Oberwalliserin, sein Vater, der bereits in erster Ehe mit einer Oberwalliserin verheiratet war, arbeitete zeitweilig als Kaufmann¹⁶ in Leuk. Aus einem Vertrag, den Augustin de Augustini mit seiner Schwester Marguerite abschloss, geht hervor, dass diese die deutsche Sprache besser beherrschte als die italienische¹⁷. Auch die Mutter von Augustin de Augustini, Antonia Werra, stammte aus dem Oberwallis. Christophorus de Augustini¹⁸, der Grossvater von Augustin de Augustini, war durch das Handelsunternehmen in Leuk eng mit dem Wallis verbunden. In der Korrespondenz Anton de Augustinis finden wir keinen einzigen von ihm verfassten italienischen Brief.

2. IM FRANZÖSISCHEN SOLDDIENST 1762-1780

Nachdem Augustini noch am 8. September 1762 die Hauptrolle im Stück «Nadastius» auf der Bühne des Studententheaters dargestellt hatte, verliess er Brig am folgenden Tag und begann die lange Reise nach Hessen, um den Solddienst im Regiment de Courten anzutreten. Als Augustini am 23. September 1762 in Giessen eintraf, wurde er unmittelbar mit der Grausamkeit des Siebenjährigen Krieges konfrontiert: «Der in Giessen befehlende Herr General Baron von Blesele liess mich wegen Mangel an Logimentern in der Stadt zu Wiseck einqua[r]tirn, wo ich täglich unzählige, auf Karn heillenden Verwundete vorbeiführn und auf denen Strassen so viele todte Pferdte sahe, dass mir bald der Gust zu dem Kriegsstande entfallen wäre»¹⁹.

14 Autobiographie, 12f.

15 Zu den allgemeinen Lebensbedingungen in dem an das Wallis angrenzenden Ossola vgl. man das interessante Buch von *Mortarotti*, *L'Ossola nell'età moderna*, besonders 139-510. Leider gibt es für das Wallis keine vergleichbare sozial- und wirtschaftsgeschichtlich orientierte Darstellung.

16 Vgl. dazu Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 334 (3. August 1734).

17 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 337 (3. November 1740).

18 Seine Gattin hiess Marguerite Guarini; vgl. dazu den von Anton de Augustini verfassten Stammbaum der Augustini im Staatsarchiv Sitten (Holztafel).

19 Autobiographie, 22f.

Nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges zog sich das Regiment de Courten wieder nach Frankreich zurück. Während der restlichen Söldnerjahre in Frankreich blieb Augustini von weiteren Kriegen verschont²⁰.

Er absolvierte eine mittelmässige militärische Karriere vom Fähnrich (1763) bis zum Oberleutnant (1774). Das Regiment de Courten hielt sich in dieser Zeit in Lothringen und Nordfrankreich auf. Das Leben der Söldner wurde durch den Wechsel von Dienst und Urlaub bestimmt. Grossen Wert legte man auf stundenlanges Exerzieren nach preussischem Vorbild. Augustini zählt in seiner Autobiographie mit Vorliebe die häufigen Garnisonswechsel und Beförderungen auf. Seine Ausführungen enthalten nur wenige interessante Details über den Alltag eines Söldners²¹. Bei Sargemin an der Mosel duellierte sich Augustini mit dem Walliser Leutnant Joseph Venetz wegen einer unbedeutenden Ursache, wobei beide Hitzköpfe dank dem Eingreifen der Wache unverletzt blieben. Es fällt auf, dass es dem wendigen Augustini gelang, sich für besondere Anlässe aufzudrängen. So gehörte er zu jenen Offizieren aus den Schweizerregimentern, die an einer Audienz bei Ludwig XV., seiner Gattin und dem Kronprinzen, dem späteren Ludwig XVI., teilnehmen durften und vom französischen Kriegsminister Etienne-François de Choiseul zu einem Essen in seiner Residenz eingeladen wurden²².

Als sich 1780 die Hoffnungen auf die Übernahme einer Kompanie nicht erfüllten, quittierte Augustini aus Enttäuschung den Dienst. Nachdem er die Insel Belle-Ile an der bretonischen Küste verlassen und das Festland erreicht hatte, bereute er jedoch seinen Entschluss. In Paris gab ihm General Ludwig d’Affry einen militärischen Urlaub für ein Jahr. Mit der Aussicht auf eine jährliche Militärpension demissionierte Augustini 1781 endgültig²³.

Von seiner Söldnerzeit in Frankreich zog er kein positives Fazit. Die unteren Offiziersdienste empfahl er seinen Nachkommen nur in äusserster Not. Zudem wies Augustini auf die Gefahren im Soldatenalltag hin: «Leben-, Ehre- und Seelengefahr trifft so oft ein, als ein verwegenes Grossmaul oder ein religionloser Stutzer oder ein weinvoller Geck im Morden ein Heldenthat zu üben glaubt»²⁴.

Während der 18 Jahre im Solddienst eignete sich Augustini sehr gute Kenntnisse der französischen Sprache in Wort und Schrift sowie eine gewisse Weltgewandtheit an. Diese beiden Faktoren waren für seine weitere Karriere von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Während des jährlichen Militärurlaubs (September/Oktobre bis März/April) warb Augustini in den sieben oberen Zenden des Wallis Rekruten für das Regiment de Courten an. Für diese Tätigkeit war der wortgewandte Augustini zweifellos prädestiniert.

Die Semesterferien boten ihm zugleich Gelegenheit, sich eine geeignete Gattin zu suchen. Dabei richtete Augustini sein Auge auf Töchter aus der herrschenden

20 Ebd., 23.

21 Vgl. *Robatel, Mémoires; Souvenirs du Dr Antoine Kämpfen*, 83-106.

22 Autobiographie, 23-84.

23 Ebd., 80-84.

24 Ebd., 82f.

Klasse. 1766 lernte er Patientia Wegener (ca. 1744/45-1797), die Tochter des Landschreibers und nachmaligen Landeshauptmanns Moritz Anton Fabian Wegener (1718-1792), kennen. Zwei Jahre später gaben sich die beiden das Eheversprechen. Die Stiefmutter von Patientia, Maria Josepha Barberini, bestärkte Augustini in seinem Vorhaben ausdrücklich, auch Moritz Wegener hatte keine Einwände. Aus finanziellen Gründen wollte der nunmehr 25jährige Augustini erst ein Jahr später heiraten. Das Verhalten seiner Freundin, die «bald überdiemassen leüthseelig und liebeich, bald aber ausserordentlich kaltblüthig und gelassen» gegen ihn war, die fehlenden finanziellen Mittel, um ihr ein standesgemässes Leben zu ermöglichen, sowie die Bekanntschaft mit der schönen und reichen Anna Catharina Sigristen (1739-1799) im Jahre 1771 bewogen Augustini, auf die geplante Heirat zu verzichten. Dies war wahrscheinlich der Grund für die künftige Feindschaft zwischen dem Landschreiber Wegener und Augustini. Aber auch die Verbindung mit Catharina Sigristen aus einer angesehenen Familie in Ernen kam nicht zustande, obwohl der Hochzeitstermin bereits festgelegt worden war. Augustini verschob die Heirat und kehrte zum Regiment nach Montmedy (Meuse) zurück. Er löste sein Eheversprechen auf die Bitte von Catharina hin auf, welche ihm Gleichgültigkeit vorwarf und sich mit Philibert Zen-Ruffinen verheiraten wollte. Wahrscheinlich scheute sich Augustini noch davor, eine feste Bindung einzugehen, obwohl er betonte, dass bei der Liebschaft mit Fräulein Gombeaud in Montmedy die Semesterferien und derjenigen mit Fräulein von Parlaigne in Meaux (Seine-et-Marne) im folgenden Jahr der Garnisonswechsel die Heiratsabsichten vereitelt hätten²⁵.

Als Augustini 1776 während des militärischen Urlaubs erfuhr, dass die eben verstorbene Witwe Maria Josepha Willa aus Leuk, eine ledige, junge und reiche Tochter zurücklasse, beschloss er, um deren Hand anzuhalten. Schon bei der zweiten Zusammenkunft gaben sich die 22jährige Genoveva (1754-1835), die Tochter eines ehemaligen Landvogts aus einer angesehenen Leuker Familie, und Augustini das Eheversprechen. Als der jungen Genoveva Willa allerlei Gerüchte über Augustini zu Ohren kamen, wollte sie ihr Eheversprechen zurücknehmen. Der Ehevertrag²⁶ kam erst nach vier Zusammenkünften zustande. Einen Tag später wurden die beiden in einer stillen Messe getraut, weil Genoveva wegen ihrer unlängst verstorbenen Mutter trauerte²⁷.

Bei dieser Ehe handelte es sich zweifellos um eine Interessenheirat aus ökonomischen und gesellschaftlichen Gründen, wie wir sie im 18., aber auch noch im 19. Jahrhundert häufig beobachten können.

Aus Augustinis ichbezogener Autobiographie erfahren wir sehr wenig über seine Frau. Er spricht jedoch respektvoll von seiner Frau, die er als «tugendhafte Gattin»²⁸ bezeichnet.

25 Autobiographie, 31-43.

26 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 342 (21. Januar 1777).

27 Autobiographie, 43f.

28 Ebd., 8.

Im Juli 1778 gebar Genoveva die erste Tochter namens Genoveva Francisca, die bereits im nächsten Frühling an den Kindsblattern starb. Drei Jahre später kam Genoveva (1781-1855) zur Welt. 1785 gebar Augustinis Gattin die dritte Tochter Francisca (1785-1829). 1790 stellte sich der langersehnte Stammhalter Anton (1790-1809) ein²⁹. Da dieser bereits 1808 starb, hatte Augustini keine männlichen Nachkommen mehr³⁰. Damit der Name Augustini im Wallis nicht ausstarb, adoptierte er 1822 seine beiden Schwiegersöhne Eugen Allet (1784-1837) und Moritz Xaver Stockalper (1786-1854)³¹. Sie nannten sich fortan Eugen Allet, Markgraf de Augustini bzw. Moritz Xaver Stockalper, Markgraf de Augustini³².

Zwischen 1786 und 1789 gebar Genoveva ein Mädchen in Brig und einen Sohn, der bereits bei der Geburt tot war und im Grab der Allet in Leuk bestattet wurde. Das Mädchen muss wahrscheinlich kurz nach der Geburt gestorben sein, trägt es doch keinen Namen. Es wurde im Grab des Landvogtes Bartholomäus Kämpfen (Landvogt von Monthey 1701-1703) beerdigt³³.

Die Kindersterblichkeit ist auch in Augustinis Familie hoch: Nur drei der sechs Kinder überlebten das kritische Säuglingsalter.

3. DER POLITISCHE AUFSTIEG 1781-1793

3.1 Ausbildung zum Advokaten und juristische Tätigkeit

Im Jahr 1781 liess sich Augustini als Advokat ausbilden. Wahrscheinlich absolvierte er ein Praktikum bei einem Advokaten. Näheres lässt sich wegen fehlender Quellen nicht sagen³⁴. Augustini selber bezeichnet die Anwaltstätigkeit als einträglichstes Amt im armen Wallis. Hiermit erarbeitete er sich die finanzielle Basis für seine politische Karriere, die wegen der meist ehrenamtlich oder nur gegen geringe Entschädigung ausgeübten Ämter in Gemeinde, Zenden und Republik unabdingbar war. Der Grossteil der Walliser Notablen eignete sich nach dem Solddienst in Frankreich, Spanien oder Piemont-Sardinien juristische Kenntnisse an und stieg dann in die Politik ein.

Während der Zeit, als das Wallis eine unabhängige Republik von Frankreichs Gnaden (1802-1810) war, konnte laut der Verfassung nur derjenige Landrat werden, der «das Amt eines Gesetzgebers, Richters oder Verwalters in den höchsten

29 Autobiographie, 75, 97, 102, u. 117.

30 Ebd., 227.

31 Fonds Henri de Villa/de Stockalper, 32 (2. April 1822), Adoptionserklärung von Augustini zugunsten seiner Schwiegersöhne Allet und Stockalper.

32 Fonds AV 107 d'Augustini, 13, Testament des Markgrafen Augustini, 3ff.

33 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 194 (21. April 1810), Kurzer Lebenslauf des Grafen Augustini.

34 Die Sittener Rechtsschule bestand erst seit 1807. Vgl. Graven, *L'Ecole de Droit valaisanne*, 177-242.

Behörden oder im Zehnen bekleidete» oder öffentlicher Schreiber oder Offizier war³⁵.

Augustini erwarb sich rasch den Ruf eines tüchtigen Juristen. Dank seiner Zweisprachigkeit betreute er auch Klienten französischer Zunge. Das Verzeichnis der von Augustini als Advokat geführten Prozesse ist eindrucksvoll³⁶. Selbst seine politischen Gegner vertrauten ihm schwierige Rechtsfälle an. So gewann Augustini für Moritz Anton Joachim Wegener den Prozess um die Hinterlassenschaft des reichen Krämers Meyer. Kaspar Eugen von Stockalper, drängte seinen langjährigen Feind und politischen Konkurrenten Augustini, der zu diesem Zeitpunkt im Jahre 1819 schon 76 Jahre alt war, dazu, die Interessen des Hauses Stockalper im Prozess gegen den Glarner Paravicini zu vertreten. Bei diesem Prozess, der von Augustini mit viel Glück zu einem guten Ende gebracht werden konnte, stand der Reichtum des Hauses Stockalper auf dem Spiel. Diese beiden Beispiele zeigen, dass die unbestreitbaren juristischen Qualitäten Augustinis selbst von Gegnern anerkannt und genutzt wurden. Sein Scharfsinn, der Ehrgeiz, die grosse Arbeitskraft und Effizienz, eine gewisse Skrupellosigkeit und das glänzende rhetorische Talent machten ihn zu einem der besten Juristen seiner Zeit.

Zusammen mit Landeshauptmann Leopold de Sepibus und Domherr Adrian de Courten war Augustini 1819-1820 massgeblich an der Ausarbeitung des Walliser Zivil- und Strafgesetzbuches beteiligt³⁷.

3.2 Landvogt von Monthey 1785-1787

Der politische Aufstieg Augustinis begann 1781 mit der Ernennung zum Grossmeyer von Chamoson, Ardon und St-Pierre durch seinen grossen Gönner und Förderer Bischof Franz Melchior Zen-Ruffinen (1780-1790). Dieser riet ihm, für das Amt eines Landvogts zu kandidieren. Sein Gegner Kastlan Tschieder wurde von Landeshauptmann Wegener, dem Vater der von Augustini verschmähten Patientia Wegener, unterstützt. Der dritte Bewerber hiess Johann In-Albon. Die Vertreter des Zenden Brig protestierten auf Betreiben des Landeshauptmanns Wegener im Mailandrat von 1784 gegen Augustinis Kandidatur³⁸. Mit Hilfe seiner Vettern Joseph Ignaz und Bartholomäus Perrig und kostspieligen Trünken in Naters, Brig, Glis, Ried-Brig und Termen gelang es ihm, als offizieller Kandidat des Zenden Brig für die Landvogtei Monthey nominiert zu werden. Im Weihnachtslandrat wurde Augustini zum Landvogt von Monthey (1785-1787) gewählt, wobei er in allen Zenden mit Ausnahme von Sitten das Mehr erreichte. Nachdem

35 Vgl. *Biderbost*, Republik Wallis, 99.

36 Vgl. *Autobiographie*, 91-95.

37 *Autobiographie*, 92 u. 238-241.

38 «Es protestiere ein lobl. Zehnden Bryg feyrlich wieder mich, und es würde ein Aufstand zu beförchten seyn, wenn ich ungeacht der Protestation Landvogt werden sollte». Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 120 (September 1792 - Februar 1793), Bericht von Augustini über die Zendenhauptmann-Affäre, 2.

Augustini von einer schweren Krankheit genesen war, bedankte er sich kurz vor seiner Abreise nach Monthey bei der Bevölkerung der Gemeinden des Zenden Brig mit einem ausserordentlichen Trunk³⁹.

Über seine Verwaltungstätigkeit in Monthey führte Augustini sehr genau Buch⁴⁰. Auch in diesem Amt entwickelte er eine emsige Tätigkeit. Er stellte fest, dass der Kastlan von Monthey sich landvögtliche Rechte angeeignet hatte. Dies hielt er in einer langen Beweisschrift⁴¹ fest, die für eine hohe Kommission des Landrats bestimmt war. Der Versuch des Rates von Monthey, Augustini wie andere Landvögte durch Bestechung zum Schweigen zu bringen, misslang. Als Belohnung für seine aufwendigen Nachforschungen erhielt er 50 Kronen aus der Walliser Staatskasse⁴².

Zudem entdeckte Augustini, dass die Salzkommissäre von Monthey und St-Gingolph Gelder des Standes Wallis veruntreut hatten. Die Schuldner mussten die Gelder zurückzahlen. Diese Nachforschungen trugen natürlich bei den Untertanen nicht gerade zu seiner Beliebtheit bei. Insgesamt verdiente Augustini während seiner Tätigkeit als Landvogt rund 1000 Louis d'or, worin die Bussen, die er aussprach, inbegriffen sind. Diese Regelung verleitete korrupte Landvögte dazu, unberechtigte Bussen auszusprechen⁴³.

Als in Monthey im September 1790 wegen der Willkür des Landvogtes Schiner eine Revolte ausbrach, gerieten auch die früheren Landvögte bei den einfachen Bürgern im Oberwallis ins Zwielficht. Zwei der von Unterwalliser Untertanen beim Landrat eingereichten Klageschriften gegen frühere Landvögte richteten sich gegen Augustini. Dank seines genauen Rechenschaftsberichtes, in dem jede Buss, Ein- und Ausgabe verzeichnet war, konnte Augustini den Vorwurf der Korruption so überzeugend entkräften, dass ihm auch seine Gegner im Landrat glaubten und seine Voraussicht lobten. Seine Rechtfertigung wurde in den Landratsabschied eingerückt. Der Kläger gegen Augustini, Barthélemy Thormaz aus Collombey, wurde wegen der unbegründeten Anklage zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt und musste vor dem Landrat auf den Knien Abbitte leisten⁴⁴.

Das Urteil eines Unterwalliser Zeitgenossen über Augustinis Tätigkeit als Landvogt in Monthey fällt vernichtend aus⁴⁵.

39 Autobiographie, 99-101.

40 Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 44 (1787), Rechenschaftsbericht des Landvogts Augustini.

41 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 37 (Mai 1786), Memorandum über die Rechte des Staates Wallis in der Kastlanei Monthey.

42 Autobiographie, 103f.

43 Ebd., 105f.

44 Abschriften *Favre*, Mailandratsabschied 1791; Autobiographie, 125f.

45 «Celui-ci, issu de race italienne, digne de son origine, la plus méchante race d'hommes, s'est surtout signalé et distingué, plus que tous les autres gouverneurs, par ses extorsions, ses vexations, ses injustices criantes, sa tyrannie, son administration arbitraire et absolue; dur, inhumain, impitoyable, inexorable, inaccessible à la pitié, ne se laissant point toucher aux larmes et supplications des malheureux contre lesquels il sévissait, et dont il voulait faire sa victime. Tout dans sa personne, jusqu'à sa figure hideuse, inspire l'effroi et le dépeint comme un scélérat: une tête énorme, de gros yeux saillants, farouches, sévères et hagards, annonçant la dureté de

Wenn man dieses Urteil genauer analysiert, stellt man fest, dass Gabriel Guerraty hier mehr den Typus des korrupten Landvogts überrißen nachzeichnet. Alle Laster und Schwächen der Landvögte aus den sieben oberen Zenden werden auf Augustini projiziert, der als Sündenbock für das den Unterwalliser Untertanen von den Oberwalliser Vögten zugefügte Unrecht herhalten musste. Die Beschreibung Augustinis weist keinerlei Ähnlichkeit mit dem Porträt auf, das Augustini in der Tracht des Landeshauptmanns darstellt⁴⁶.

Zudem hatte der Notar Gabriel Guerraty (1771-1827) aus Monthey höchstwahrscheinlich persönliche Ressentiments gegen Augustini. Er war mit Maria Margaretha Jost (1775-1825), der Tochter von Johann Joseph Jost (1732-1805), verheiratet⁴⁷.

Jost trat unmittelbar nach Augustini die Landvogtstelle in Monthey an. Er klagte Augustini wegen Ungereimtheiten in der landvögtlichen Verwaltung an. Der hohe Stand wies die Beschwerde zurück, und Jost musste sich vor dem versammelten Landrat bei Augustini entschuldigen⁴⁸.

Meines Erachtens ist es unwahrscheinlich, dass Augustini, falls die von Guerraty gemachten Vorwürfe zugetroffen hätten, vom Landrat gedeckt worden wäre, denn mehrere einflussreiche Leute des Zenden Brig - darunter Kaspar Eugen von Stockalper - versuchten den politischen Aufstieg Augustinis zu stoppen.

3.3 Augustinis Verhältnis zu den Familien Stockalper und Wegener

Nach der Rückkehr aus Monthey nahm Augustini wieder in Brig Wohnsitz⁴⁹. Die beiden mächtigsten Familien des Zenden – die Stockalper und Wegener – erkannten schnell, dass ihnen im Emporkömmling Augustini ein gefährlicher Rivale erwuchs, der ihre unangefochtene Vormachtsstellung brechen konnte.

Die nicht zustande gekommene Heirat zwischen Augustini und Patientia Wegener belastete auch Augustinis Verhältnis zu Landschreiber Wegener⁵⁰, der als Landeshauptmann von 1771-1785 die Geschicke des Wallis lenkte. Bei der Landvogtwahl für Monthey im Dezember 1784 unterstützte der damalige Landeshauptmann den Kandidaten In-Albon. Im folgenden Mailandrat gelang es Augustini, die Ratsmitglieder aus dem Zenden Visp zu überreden, ihre Stimmen nicht dem bisherigen Landeshauptmann, sondern dem Staatskanzler Augustin Gasner aus

son âme incapable de commisération. Il était né pour vivre en Turquie ou au service des monarques orientaux et il y eût été digne d'exercer les fonctions de pacha; il a une voix de tonnerre et terrible». Gabriel Guerraty zitiert bei *Devanthey*, La Révolution de 1790, 408.

46 Siehe Porträt Augustini, 24.

47 Gloses de Gabriel Guerraty, 69.

48 Autobiographie, 106f.

49 Ebd., 107.

50 Vgl. *Roten*, Landeshauptmänner 1388-1798, 503-527.

Leuk zu geben⁵¹. In seiner Autobiographie gibt Augustini seiner Freude ob der gelungenen Intrige Ausdruck: «Nie hat dieser Herr, der mich verfolgte, gedacht, dass ich je im Stande seyn sollte, ihn von dieser hohen Stelle herabzubringen»⁵². Der neue Landeshauptmann Gasner gehörte zum engeren Freundeskreis seiner Gattin Genoveva.

Während sie Landvögte in St-Maurice und Monthey waren, herrschte zwischen Augustini und Kaspar Eugen von Stockalper (1750-1826)⁵³, dem führenden Mann der Familie, ein gutes Einvernehmen, welches bis 1789 anhielt. Das freundschaftliche Verhältnis wurde ein erstes Mal dadurch getrübt, dass Augustini die Interessen von Moritz Anton Joachim Wegener in einem Prozess gegen die Krämerin Meyer, die vom Hause Stockalper unterstützt wurde, vertrat. Als Augustini sich um das Bürgerrecht von Naters bewarb, entzweite er sich endgültig mit Kaspar Jodok von Stockalper (1713-1795) und seinem Sohn Kaspar Eugen, die ihre Vormachtstellung durch den «homo novus» aus Macugnaga bedroht sahen und den Anfängen wehren wollten. Durch ihr persönliches Erscheinen versuchten die beiden Briger, die Natischer von ihrem Vorhaben abzuhalten, Augustini ins Bürgerrecht aufzunehmen, was jedoch misslang und von der Mehrheit der Natischer als Anmassung empfunden wurde. In der Folge verlangten die Gegner von Augustini, welche von Casimir de Sepibus angeführt wurden, die Herausgabe der Burgerschrift unter Gewaltandrohung. Der Clan von Augustini erfuhr dies und eilte nach Brig, worauf die Gegner, alles Gefolgsleute der Familien Stockalper und Wegener, abzogen. Anlässlich der Richterwahl im Zenden wollte der eben erst gewählte Kaspar Eugen von Stockalper sein Amt abgeben, falls Augustini seinem Bürgerrecht nicht entsage. Darauf umringten die Gefolgsleute Stockalpers Augustini, der jedoch eine halbe Stunde in dieser ungemütlichen Situation ausharrte, ohne auf sein Bürgerrecht zu verzichten. Schliesslich eilte der Augustinische Clan aus Naters und Gamsen herbei, befreite ihren Anführer und begleitete ihn nach Brig. In seiner Autobiographie beklagt sich Augustini bitter über das Verhalten des Richters Stockalper, der vergnügt zugeschaut habe, ohne dem Treiben Einhalt zu gebieten⁵⁴.

Wahrscheinlich fürchtete Stockalper, dass Augustini als Bürger von Naters dort seinen ohnehin schon beträchtlichen Anhang weiter vergrössern würde und auf diese Weise zu einem mächtigen Rivalen im Kampf um die höheren Zendenämter aufsteigen werde.

Die schier endlosen Streitigkeiten der beiden feindlichen Clans arteten vorerst noch nicht in Gewalttätigkeiten aus. Da der Streit um das Bürgerrecht nicht zu Augustinis Gunsten entschieden werden konnte, zog sich dieser aus Brig auf sein

51 Autobiographie, 101f.

52 Ebd., 102.

53 Vgl. Rossi, Kaspar Eugen von Stockalper.

54 Autobiographie, 107-114.

1790 gekauftes Schloss Mageran⁵⁵ in Leuk zurück⁵⁶. Aus einem späteren Dokument geht hervor, dass Augustini für das ehemalige Bischofsschloss, eine alte Scheune sowie eine angrenzende Wiese 2000 Kronen an das Bistum Sitten bezahlte⁵⁷.

Als am 26. September 1792 der ehemalige Landeshauptmann Wegener starb, wurde die Zendenhauptmannsstelle von Brig frei. Nachdem die Kandidatur von Casimir de Sepibus auf wenig Resonanz gestossen war und er schliesslich darauf verzichtet hatte, schlugen viele Bürger von Naters und Rischinen ihren umstrittenen Mitbürger Augustini als künftigen Zendenhauptmann vor. Aufgrund der günstigen Konstellation – offiziell hatte sich noch kein weiterer Anwärter eingestellt –, sagte der ehemalige Landvogt zu. Das Ziel der Natischer war es, die Zendenhauptmannsstelle, auf die man lange hatte verzichten müssen, wieder nach Naters zu holen. Da Augustini wusste, dass er von führenden Leuten des Zenden Brig keine Hilfe erwarten konnte, ging er in der Gemeinde Glis von Haus zu Haus, um sich zu empfehlen. All jenen, die ihm ihre Stimmen versprochen, gab er Geld und schickte Vertrauensleute in die weiter entfernten Ortschaften Simplon-Dorf und Zwischbergen⁵⁸. Moritz Anton Joachim Wegener, der Sohn des verstorbenen Zendenhauptmannes Moritz Anton Fabian Wegener, erhob ebenfalls Anspruch auf das Amt. Aus einem Briefentwurf Augustinis geht hervor, dass er seinen Rivalen Wegener durch die Entrichtung einer Geldsumme (der Betrag wird leider nicht genannt) zum Verzicht auf die Zendenhauptmannsstelle bewegen wollte⁵⁹.

Während seiner kostspieligen Wahlkampagne in Termen, Brig und Simplon-Dorf musste Augustini mehrmals vor seinen gewalttätigen Gegnern flüchten⁶⁰. Er vertraute mehr auf die Macht des Geldes als auf die der Gewalt. Das beweisen seine Ausgaben⁶¹ und die wiederholten Mahnungen an seine Anhänger, keine Gewalt anzuwenden. Der Gegenkandidat Wegener schien seine Parteigänger weniger gut unter Kontrolle zu haben⁶².

Nach der Weinlese in Leuk 1792 siedelte Augustini zu Weihnachten aus Gründen der Taktik und der persönlichen Sicherheit nach Naters über, wo seine Anhänger am zahlreichsten waren⁶³.

An mehreren Zendenräten, die zur Bestimmung des Zendenhauptmannes einberufen wurden, nahm Augustini nicht teil, weil die Seckelmeister der jeweiligen

55 Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 25 (1792-1795), Notizen über den Kauf des Schlosses Mageran, 214.

56 Autobiographie, 126f.

57 Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 372 (15. Juli 1806).

58 Ebd., A 120 (Februar 1793), Bericht von Augustini über die Ereignisse anlässlich der Zendenhauptmannwahl vom September 1792 bis zum Februar 1793, 4-6.

59 Ebd., A 59 (Oktober 1792), Briefentwurf von Augustini an seinen Vetter N.N.

60 Ebd., A 120, 6-10.

61 Vgl. ebd., A 95 (1792/1793), verschiedene Ausgaben von Augustini wegen der Zendenhauptmannsstelle. Einem gewissen Kaspar Nanzer bezahlte Augustini für seine Stimme 16 Batz.

62 Vgl. Autobiographie, 155-159.

63 Ebd., 156.

Gumperschaften⁶⁴ stets eine Mehrheit für Wegener rapportierten. Die Führungsschichten des Zenden stellten sich ausnahmslos hinter Wegener, der sich zudem auf die Hilfe der mächtigen Familie Stockalper berufen konnte. Selbst in den von Augustini beherrschten Gumperschaften Naters und Rischinen gehörte der Schreiber Peter Anton Albert zur Wegenerischen Partei⁶⁵.

Die Weigerung Augustinis an den obgenannten Zendenräten teilzunehmen sowie die stetigen Provokationen seiner Gegner verschlechterten das ohnehin angespannte Klima noch mehr.

Schliesslich nahm Augustini mit dem Seckelmeister der Gumperschaft Rischinen, Kastlan Gasser und einigen Getreuen, doch noch am Zendenrat teil, worauf die Mitglieder des Rats den Saal verliessen. Angesichts der unsicheren Lage auf den Briger Strassen legte Kastlan Gasser eine schriftliche Protestschrift gegen Wegener ein und verliess mit Augustini das Gebäude. Nachdem die Zendenräte wieder zusammengetreten waren, liessen sie Gasser zur Sitzung durch den Zendenweibel zurückrufen. Dieser konnte jedoch nicht mehr gefunden werden. Augustini weigerte sich vehement, auf die Zendenhauptmannsstelle zu verzichten: «Ich cedere mein Recht nicht, sollte es mich Haab und Gutt und mein Leben kosten»⁶⁶.

Nach der letzten Zendenratsversammlung wurde Augustini ein Mandat des Zendenrats zugestellt, in welchem ihm angezeigt wurde, dass die Seckelmeister von vier Gumperschaften gegen ihn und nur zwei für ihn votiert hätten. Zwischbergen habe keine Stellung bezogen. Er wurde aufgefordert, vor 12 Uhr zum Mandat Stellung zu nehmen, ansonsten werde sein Stillschweigen als Einverständnis betrachtet. Augustini schrieb zurück, dass etliche Bürger aus Glis, Eggerberg und Zwischbergen durch einen Unparteiischen feststellen lassen, dass er die Mehrheit in den betreffenden Gumpern habe. Zwei Tage später wurde Augustini nochmals zu einer Zendensitzung aufgeboten. Er fürchtete jedoch um seine Sicherheit und nahm daran nicht teil. Dies schien jedoch nicht der Hauptgrund gewesen zu sein; denn Augustini hielt in seinem Antwortschreiben fest, dass er nur die Wahl eines in Naters wohnenden Zendenhauptmanns akzeptiere⁶⁷.

Als Augustini einsah, dass es für ihn unmöglich war, durch den ihm feindlich gesinnten Zendenrat gewählt zu werden, griff er zu einer unkonventionellen Methode: «Dann einsehender, dass ich im Rath nie werde die Möhrheit haben, dass ich vom Volcke, und nicht von denen Herrn werde müssen diese Stelle herholen, endschloss mich, meine Besatzung anzustellen»⁶⁸.

64 Der Zenden Brig war nicht nach Gemeinden, sondern nach Gumperschaften eingeteilt. Gumperschaften waren genau definierte Bezirke oder Geteilschaften mit gleichen Rechten und Pflichten. Die sechs ganzen Gumperschaften Naters (Naters und Unterbirgisch), Rischinen (Hegdorn, Bitsch, Geimen, Mehlbaum, Blatten und Rischinen), Mund (Mund, Oberbirgisch, Brigerbad und Eggerberg), Brig (Brig, Glis, Gamsen, Holz, Ganter und Grund), Brigerberg (Termen und Ried-Brig) und Simplon (heutige Gemeinde Simplon-Dorf) sowie die Halbgumperschaft Zwischbergen bildeten den Zenden Brig. Vgl. *Imesch*, Der Zenden Brig bis 1798, 136-139.

65 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 120, 12.

66 Ebd., 13f.

67 Ebd., 14f.

68 Ebd., 15.

Daraufhin gab Augustini am 27. Januar 1793 in Naters einen Bürgertrunk und legte einen Beweis für das von seinen Gegnern angezweifelte Natischer Bürgerrecht dar. Zwei Tage später liess sich Augustini nach eigener Aussage am selben Ort von der Mehrzahl der Bürger von Naters, Rischinen, Oberbirgisch, Eggerberg und Zwischbergen, von 78 Simpelern und vielen Glisern, Brigern und Brigerbergern auf Antrag des Kastlans Gasser zum Zendenhauptmann wählen und vereidigen. Bei dieser willkürlichen Erhebung Augustinis zum Zendenhauptmann deuten die Fahnen von Naters, Rischinen und Simplon-Dorf darauf hin, dass nur diese Gumperschaften mehrheitlich anwesend waren⁶⁹.

Die Mehrzahl der Briger, Gliser und Brigerberger nahm gewiss nicht teil, waren doch die meisten Bürger dieser Gemeinden erbitterte Feinde des ehemaligen Landvogtes. Augustini scheint hier wie in seiner Autobiographie⁷⁰ die Umstände der Zendenhauptmannwahl in ein für ihn günstiges Licht zu stellen.

Am selben Tag veranstaltete Wegener in Brig einen Aufmarsch seiner Anhänger, um die eigene Stärke zu demonstrieren. Nach der Vereidigung Augustinis trafen der Zendenkurial von Brig, der Kastlan Pfaffen und einige Seckelmeister in Naters bei Kastlan Gasser ein und protestierten erfolglos gegen die Erhebung Augustinis. Nach der Zendenhauptmannwahl löste sich die Besatzung Augustinis auf und zog sich zu den von ihm gestifteten Essen in den jeweiligen Gemeinden zurück⁷¹.

Eine Rauferei zwischen den Anhängern Augustinis und einigen Parteigängern Wegeners in Naters führte schliesslich zum Ausbruch der Gewalttätigkeiten. Die Anhänger Wegeners riefen Verstärkung herbei; in Brig, Glis, Termen und Ried-Brig wurde Sturm geläutet. Dadurch wurden alle Bürger aufgefordert, zu den Waffen zu greifen und sich zu versammeln. Die Anhänger Wegeners zogen am Morgen des 31. Januars 1793 unter dessen Führung nach Naters, um Augustini und seine Parteigänger zu fassen. Unter den Bewaffneten befanden sich alt Landvogt Kaspar Eugen Stockalper sowie Casimir de Sepibus. Die Natischer leisteten keinen Widerstand. Die Wut auf den Emporkömmling Augustini entlud sich vorerst in Misshandlungen seiner gefangenen Parteigänger, wobei Paul Jossen und Anton Gertschen aus Naters durch Schusswunden verletzt wurden⁷².

Unter der Führung eines Kriminellen⁷³ bedrohten ein paar militante Anhänger Wegeners die Frau Augustinis in ihrem Hause. Nachdem sie einiges Mobiliar zerschlagen und das Haus geplündert hatten, zogen sie weiter. Augustini fanden sie jedoch nicht. Dieser war am frühen Morgen zu einem Prozess nach Mörel gereist. Dort rettete er sich vor seinen Häschern in die Pfarrkirche⁷⁴. Seine

69 Ebd., 15f.

70 Autobiographie, 153-162.

71 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 120, 16f.

72 Ebd., A 121, Memorandum Augustinis über die Ereignisse des 31. Januars 1793 und der folgenden Tage, 2-8.

73 Es handelt sich um Simon Eyer. Vgl. Autobiographie, 157f.

74 Ein Spottlied erinnert noch heute an Augustinis Kirchenasyl in Mörel. Es beginnt folgendermassen: «O, mi liebä Augusti - Augusti/ Wo bist du nächti gsi - nächti gsi/ Z' Merel in der Sakristi - da bin ich gsi». Vgl. Arnold, Östlich-Raron, 171.

Verfolger, die in die Kirche eindrangen, wurden von Pfarrer Loretan mit harschen Worten hinausgewiesen⁷⁵.

36 bewaffnete Leute aus Brig umstellten daraufhin die Kirche. Leopold de Sepibus versicherte Augustini, dass er erst nach Brig ausgeliefert würde, nachdem sich die Wut des Volkes gelegt habe. De Sepibus war der Ansicht, dass wenig Hoffnung für sein Leben bestünde, falls er der Zendenhauptmannschaft von Brig nicht entsage. Daraufhin entschloss sich Augustini angesichts seiner ungemütlichen Lage auf diese zu verzichten. Nach drei Tagen durfte er unter Begleitschutz die Sakristei verlassen und im Pfarrhaus logieren, nachdem die Briger Besatzung Mörel verlassen hatte. Der Bischof von Sitten verbot jedem «sub poena excommunicationis» Augustini irgendein Leid anzuthun. Zudem sollte der Pfarrer von Glis Augustini in Mörel abholen und seine Sicherheit garantieren. Am 7. Februar unterzeichnete Augustini die Verzichtserklärung, die ihm die Freiheit gewährleistete⁷⁶.

Augustini beklagte sich später bitter über diese Verzichtserklärung, in der er und seine Familie quasi vogelfrei erklärt wurden⁷⁷.

Am nächsten Tage hätte Augustini mit den Vertretern des Zenden Brig, Moritz Anton Joachim Wegener, Kaspar Eugen von Stockalper, Casimir de Sepibus und den drei Kastlänen Johann In-Albon, Johann Joseph Luggen und ein gewisser Arnold den definitiven Vertragsakt errichten sollen. Mit Hilfe einiger Freunde gelang es ihm jedoch, nachts unerkannt durch Brig und Visp nach Leuk zu flüchten⁷⁸. Kaum war Augustini in Visp eingetroffen, zog er in zwei Schreiben an den Richter und den Zendenrat von Brig seine Verzichtserklärung, welche «ex metu gravissimo» erfolgt sei, zurück⁷⁹.

Mit einer an Starrsinn grenzenden Hartnäckigkeit versuchte Augustini seine vermeintlichen Rechte auf die Zendenhauptmannschaft zu wahren. Davon zeugen die zahlreichen Memoranden, die er dazu abfasste⁸⁰.

Am 29. April fand die Zendenhauptmann-Besatzung unter Anwesenheit von Landeshauptmann Sigristen in Brig statt, an der Wegener zum neuen Zendenhauptmann gewählt wurde. Aus Protest gegen Wegener nahmen die Banner Naters und Simplon-Dorf nicht an der Wahl teil⁸¹.

Trotzdem trat Augustini im Mailandrat von 1793 als Abgeordneter von Naters und Rischinen auf. Darauf weigerten sich die Abgeordneten des Zenden Brig, an der Sitzung teilzunehmen. Augustini legte dem Landeshauptmann Sigristen seinen schriftlichen Deputationsbefehl vor, rechtfertigte sich vor dem Landrat und verlangte einen unparteiischen Richter für die Beurteilung der leidigen Zenden-

75 Autobiographie, 158.

76 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 120, 19f.

77 Ebd., A 148/3 (Mai/Juni 1793), Memorandum von Augustini über die von ihm und seinen Parteigängern erlittenen Verfolgungen.

78 Autobiographie, 159.

79 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 120, 19f.

80 Vgl. ebd., A 119, A 123, A 133, A 136, A 149, A 150, A 155 u. A 156.

81 Ebd., A 140 (2. Mai 1793), Brief von Kastlan Bartholomäus Perrig an seinen Vetter Augustini in Leuk.

hauptmann-Affäre. Die Mehrheit der Landratsabgeordneten vertrat die Ansicht, dass dies Sache des Zenden Brig und nicht des Landrats sei. Schliesslich musste Augustini den Saal verlassen⁸².

Trotz vielfältiger Bemühungen konnte er nicht erreichen, dass der Landrat⁸³ oder unparteiische Richter der andern sechs Zenden⁸⁴ Recht über den Streit um die Zendenhauptmannstelle sprachen.

Wegen der Zendenhauptmann-Affäre musste Augustini bis 1797 auf weitere Ämter verzichten⁸⁵.

Nach diesem Fiasko verliess Augustini die politische Bühne des Zenden Brig und liess sich endgültig in Leuk nieder. Hier waren die Voraussetzungen für die Fortsetzung seiner politischen Karriere eindeutig günstiger als in Brig, wo die Politik im ausgehenden Ancien Régime von den beiden Familien Stockalper und Wegener bestimmt wurde. In Leuk war Augustini durch die Heirat mit Genoveva Willa aus einer angesehenen Leuker Familie zu den Notablen aufgestiegen. Eine überragende Familie wie die Stockalper gab es im Zenden Leuk nicht. Hier waren die strukturellen und sozialen Bedingungen für Augustinis Aufstieg weit besser als in Brig.

Die Stockalper waren bis in die 30er Jahre des 19. Jahrhunderts die führende Familie im Zenden Brig. Zwischen 1802 und 1810 und 1815-1839 besetzte die Familie Stockalper zwei Drittel aller Mandate auf Zendenebene⁸⁶. Es überrascht nicht, dass die etablierten Familien Stockalper und Wegener mit allen Mitteln versuchten, den Emporkömmling Augustini noch rechtzeitig zu stoppen, der sich um die Vorrechte der Notablenfamilien nicht kümmerte und zielstrebig seinen Aufstieg anvisierte. Währenddem sein Gegner Wegener vor allem vom Ansehen der Familie und den guten Beziehungen zur Familie Stockalper profitierte, musste sich Augustini seine Hausmacht mit populistischen Methoden erst aufbauen. Die Niederlage von Augustini erscheint auf den ersten Blick als vernichtend. Die beiden grossen Widersacher Augustinis Moritz Anton Joachim Wegener und Kaspar Eugen Stockalper konnten jedoch dessen Aufstieg durch das Ämterverbot nur kurzfristig verzögern. Das Ansehen Augustinis im Zenden Leuk litt durch die Amtsanmassung und die Demütigung in der Affäre um die Zendenhauptmannschaft überhaupt nicht. Dies beweist das Vorhaben der über hundert Leuker, nach Mörel zu marschieren, Augustini abzuholen und ihn sicher durch den Zenden Brig zu geleiten⁸⁷.

Zudem bestand eine alte Rivalität zwischen den beiden Zenden Brig und Leuk.

Die Niederlage im Kampf um die Zendenhauptmannschaft vergass Augustini Zeit seines Lebens nie. Sie muss ihn sehr getroffen haben. Noch in seinem

82 Autobiographie, 159-162; vgl. Abschriften *Favre*, Mailandrat 1793.

83 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 150 (Juni 1793), Supplik von Augustini an den Landrat.

84 Ebd., A 156 (24. November 1793).

85 *Arnold*, Das Testament des Markgrafen von Augustini, 14.

86 *Papilloud*, Le pouvoir et les hommes, 84.

87 Vgl. Autobiographie, 159.

Testament wird trotz gegenteiliger Beteuerungen der Hass auf seine damaligen Gegner spürbar⁸⁸.

Augustini war von seinem Recht dermassen überzeugt, dass er die Gründe für das gewaltsame Vorgehen seiner Gegner nie in seiner Unnachgiebigkeit, seiner willkürlichen Ernennung zum Zendenhauptmann und seinem masslosen Ehrgeiz sah.

Dieses Erlebnis prägte ihn tief. Man muss sich nur einmal die Mühe nehmen, in seiner Autobiographie nachzuprüfen, wie oft er von seinen Verfolgern spricht und sich verfolgt fühlt.

4. DAS ÄMTERVERBOT 1793-1797

In diesen Jahren konzentrierte sich Augustini zwangsläufig auf seine juristische Tätigkeit.

Trotz des Ämterverbots wollte der Staat nicht auf das diplomatische und juristische Geschick Augustinis verzichten. 1794 finden wir ihn als Sekretär einer Kommission, die mit den Abgeordneten von Bern über die Praille von Bouveret verhandelte. Ein Jahr später wurde Augustini vom Landrat zum Sekretär der hohen Kommission ernannt, die mit den Untersuchungen gegen einen angeblichen Jakobinerklub in St-Maurice beauftragt wurde⁸⁹.

Ungefähr zur selben Zeit vertraute der junge Ferdinand Werra (1770-1824) Augustini an, dass er Margaretha Stockalper (1766-1836) aus Brig heiraten wolle⁹⁰. Die Heirat mit dem unbemittelten, aber aus einer angesehenen Familie stammenden Werra hätte für die Familie Stockalper die Ausrichtung einer grossen Mitgift bedeutet und zur Schmälerung des Erbes der Söhne geführt. Deshalb war eine normale Heirat zwischen Margaretha und Ferdinand ausgeschlossen⁹¹.

Augustini sollte ihm ein Dispens beim Nuntius in Luzern erwirken, damit er Margaretha verborgen ehelichen durfte. Augustini nahm das Angebot an, weil er sich einerseits ein grosses Honorar von der vermögenden Margaretha erhoffte, sich aber anderseits an ihrem Bruder Kaspar Eugen Stockalper für den Bürgerrechtshandel zu Naters und die Zendenhauptmann-Affäre rächen konnte.

Dank einer jedes kleinste Detail berücksichtigenden Planung und einer gewissen Skrupellosigkeit überwand der gewiefte Advokat alle Widerstände dieses heiklen Rechtsfalls. Er drängte sogar den Bräutigam zum sofortigen Vollzug der Ehe. Als bei Augustini Zweifel ob des erfolgten Beischlafes auftauchten, schickte

88 «J'avais la majorité, l'injustice exercée contre moi en cette occasion aura bien augmenté le nombre dans l'enfer (ils ne sont pas tous morts). Je pardonne à tous, mais je ne leur donne pas ce qu'ils m'ont pris». Vgl. Fonds AV 107 d'Augustini, 13, Testament des Markgrafen Augustini.

89 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 194 (21. April 1810), Kurzer Lebenslauf des Grafen Augustini.

90 Autobiographie, 162.

91 Werra, Heiratgeschichte, 157.

er Ferdinand Werra zum nämlichen Zwecke nochmals zu seiner Gattin zurück⁹². Den Ehekontrakt des Brautpaares verfasste Augustini selber⁹³.

Nach dem Tode von Margarethas Vater zeigte Ferdinand Werra seinem Schwager Kaspar Eugen von Stockalper die Heirat durch ein von Augustini verfasstes Schreiben an. Diesem blieb angesichts des hieb- und stichfesten Dispenses und dem bereits erfolgten Vollzug der Ehe nichts anderes übrig, als seinen neuen ungeliebten Schwager anzuerkennen⁹⁴.

Neben seinen vielfältigen juristischen Tätigkeiten⁹⁵ bemühte sich Augustini um den Erwerb zahlreicher Adelsdiplome⁹⁶. Kaum etwas erfreute ihn so sehr wie Adelstitel, um die er sich während seines ganzen Lebens fieberhaft bemühte.

1766 fand Augustini in der Dachkammer seines Vaterhauses in Macugnaga⁹⁷ ein Dokument, in dem der Graf de Colloredo bestätigt, dass Augustin de Augustini vom adeligen Casparus de Agustinis aus Spanien abstammte, der 1517 einen Ritterorden erhalten hatte⁹⁸.

Wahrscheinlich wollte sich Augustini, der von den Walliser Notablenfamilien als Emporkömmling betrachtet wurde, durch die Titel legitimieren.

1793 unternahm er eine Reise zu dem Prinzen Philipp von Limburg nach Bartenstein im heutigen Baden-Württemberg. Dieser ernannte Augustini zum Baron von Wisch in der Provinz Geldern in Holland. Im September 1793 bot ihm derselbe Fürst eine Gesandtschaft zur russischen Zarin Katharina II. (1762-1796) an, die er ablehnte. Später bereute er diese Absage⁹⁹.

5. AUF DEM HÖHEPUNKT DER MACHT 1798-1807

5.1 Die politische Karriere

Als Gemeindepräsident von Bratsch nahm Augustini am 29. Juni 1797 am Zendenrat in Leuk teil, in dem verhandelt wurde, ob man den französischen Truppen aus der Lombardei den Rückmarsch nach Frankreich durch das Wallis gestatten solle oder nicht. Augustini ahnte schon damals, dass die Tage der Republik Wallis gezählt waren und die Revolution unter dem Schutz Frankreichs bald ausbrechen würde¹⁰⁰.

Im Friedensvertrag von Campo-Formio vom 17. Oktober 1797 anerkannte Österreich das französische Protektorat über die Ligurische und die Cisalpinische

92 Ebd., 155-164; Autobiographie, 162-165.

93 Vgl. ebd., 165.

94 Ebd., 165f.

95 Ebd., 91-95 u. 168f.

96 Ebd., 171-191 u. 242-245.

97 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 194 (21. April 1810).

98 Autobiographie, 14.

99 Ebd., 171-174.

100 Ebd., 191.



Anton de Augustini (1743-1823)
Porträt von Félix Cortey, nach 1812 (im Besitz von Léon de Willa, Basel)
Foto Hoffmann (Basel)

Republik¹⁰¹. Als die Lombardei unter französische Herrschaft geriet, stieg die Bedeutung des St. Bernhards und Simplons aus strategischen Gründen. Das Wallis geriet in eine bedrohliche Lage, als Napoleon Mitte Mai 1797 vom Landrat den freien Durchmarsch für seine Armeen in die Cisalpinische Republik forderte. Die Walliser gaben eine ausweichende Antwort und wollten sich mit der verbündeten Eidgenossenschaft beraten. Die Verhandlungen wurden hinausgezögert, und schliesslich gab Napoleon seinen Plan vorerst auf¹⁰².

Das Verhältnis des Wallis zu Frankreich hatte sich durch die französische Revolution verschlechtert. Die Entlassung der Schweizerregimenter aus dem französischen Solddienst im Jahre 1792, in denen viele Walliser dienten, war für das Wallis ein grosser finanzieller Rückschlag¹⁰³. Das Wallis konnte sich erst 1796 zur Anerkennung des französischen Staates entschliessen, nachdem die meisten eidgenössischen Orte diesen Schritt bereits vollzogen hatten¹⁰⁴. Zudem befürchtete man eine Revolutionierung der Untertanengebiete unterhalb der Morse, residierte doch der französische Resident seit 1763 nicht mehr in Sitten, sondern in St-Maurice¹⁰⁵. Der neue französische Resident Michel-Ange Mangourit förderte seit seiner Ankunft am 2. Januar 1798 im Auftrag der französischen Regierung die Revolution in den Unterwalliser Untertanengebieten. Dabei konnte er auf die Hilfe einiger emigrierter Franzosen und Spione zählen¹⁰⁶.

Ende Januar 1798 wurde in St-Maurice der Freiheitsbaum gepflanzt und ein provisorisches Komitee konstituiert. Einen Tag später vollzog Monthey denselben Schritt¹⁰⁷. Am 15. Februar 1798 anerkannte der letzte Landrat der Republik Wallis¹⁰⁸ die Unterwalliser endlich als freie und gleichberechtigte Mitbürger. In den ehemaligen Untertanengebieten wurden drei neue Zenden geschaffen: Entremont, St-Maurice und Monthey. Somit bestand das Wallis bis zum Anschluss an die Helvetische Republik im April 1798 aus 10 Zenden¹⁰⁹.

Der steile Aufstieg Augustinis war eng mit dem Umbruch der politischen Ordnung verbunden. Versuchen wir diesen Aufstieg kurz zu skizzieren.

Augustini gehörte zur Abordnung des Zenden Leuk, die an der ausserordentlichen Tagsatzung vom 15. Februar in Sitten teilnahm, an der die oberen sieben

101 *Salamin*, Histoire politique, 13.

102 *Donnet*, La Révolution de 1798, Bd.1, 22f.

103 *Roten*, Landeshauptmänner 1388-1798, 557.

104 *Borter*, Wallis 1790-1815, 86.

105 *Donnet*, La Révolution de 1798, Bd.1, 20f.

106 Vgl. ebd., 56-71.

107 Ebd., 76-95.

108 Die alte Republik Wallis (bis 1798) bestand aus den sieben oberen Zenden, Goms, Brig, Visp, Raron, Leuk, Siders und Sitten. Die Zenden sandten ihre Abgeordneten in der Regel im Mai und im November in den Landrat in Sitten. Die Abgeordneten stimmten nach Instruktionen ihres Zenden. Dem Landeshauptmann oblag die Leitung der Staatsgeschäfte. Er präsidierte den Landrat und berief die ausserordentlichen Landratssitzungen ein. Die Amtszeit des Landeshauptmannes betrug zwei Jahre, er konnte jedoch wiedergewählt werden. In seiner Tätigkeit wurde er vom Landschreiber und Kleinen Rat unterstützt. Der Landschreiber war gleichzeitig der Stellvertreter des Landeshauptmanns. Vgl. *Liebeskind*, L'Etat valaisan, 3-80.

109 *Roten*, Landeshauptmänner 1388-1798, 559f. - *Donnet*, La Révolution de 1798, Bd.2, 9-51.

Zenden auf ihre Souveränitätsrechte im Unterwallis formell verzichteten. Er agierte als stellvertretender Landschreiber, weil Hildebrand Roten nicht an der Tagsatzung erschienen war. Da die Mitglieder der Generalkomitees aus dem Unterwallis sich nicht nach Sitten begeben wollten, wurden Augustini und Kastlan Zurbriggen als Gesandte zu Mangourit geschickt. Dieser befahl, dass der nächste gemeinsame Landrat in St-Maurice abgehalten werden solle¹¹⁰. Augustini wurde auch hierhin abgeordnet und von der Versammlung zu einem der Sekretäre gewählt. Er verfasste eine Tagschrift über die gemeinsamen Sitzungen der Unter- und Oberwalliser Deputierten in St-Maurice¹¹¹. Zuvor hatte der französische Resident Mangourit dem Wallis eine neue Verfassung diktiert¹¹². Der Landrat wurde nun «assemblée nationale» genannt. Am 17. März begab sich Augustini mit Bartholomäus Perrig, Peter Joseph de Riedmatten und dem Präsidenten der provisorischen Wahlversammlung, Jakob Valentin Sigristen, zu Mangourit. Bezeichnenderweise sollte Augustini den französischen Residenten um eine Unterredung bitten. In den folgenden Jahren tritt Augustini immer wieder als Unterhändler und Diplomat in Erscheinung. Die Delegation überzeugte Mangourit, dass man nur einen Freiheitsbaum in Sitten für das ganze Oberwallis pflanzen solle. Augustini schlug der provisorischen Wahlversammlung vor, dass man den freundlichen Briefwechsel¹¹³ zwischen Mangourit und Bischof Blatter veröffentliche und damit «zur Beibehaltung der Ruhe und zur Tilgung der übelgesinnten Kritelern und Aufwiegeln beitragen könne». In der Sitzung vom 19. März warf Augustini die Frage auf, ob es nicht angebracht sei, sich dem französischen Residenten durch ein Geschenk erkenntlich zu zeigen¹¹⁴.

Zwei glückliche Umstände förderten seinen Aufstieg in der «assemblée nationale». Am 21. März 1798 musste der Direktor Peter Chastonay die Wahlversammlung wegen der bevorstehenden Niederkunft seiner Gattin und der Abgabe einer Richterstelle verlassen. Für diese Zeit wurde Augustini als dessen Stellvertreter ins Direktorium aufgenommen¹¹⁵.

Eine Walliser Deputation sollte sich in Bern nach Kräften gegen den Anschluss an die Schweiz wehren; das Wallis wollte weiterhin eine «unabhängige Republik» bleiben. Nachdem Direktor Sigristen ernsthaft erkrankt war, wählte man Augustini in die Abordnung¹¹⁶. Die Gesandtschaft traf am 25. März in Bern ein und präsentierte sich gegen Abend zur Unterredung mit General Brune und Mangourit. Mangourit, der die Delegation nach Bern befohlen hatte, wollte das Wallis als «unabhängige Republik» erhalten. Augustini machte für diese Haltung die Profit-

110 Autobiographie, 191.

111 Comptes rendus des travaux de l'Assemblée représentative provisoire du Valais (15-31 mars 1798), in: *Donnet*, Documents, in: Vallesia 1980, 5-22.

112 Zur Entstehung und zum Inhalt dieser Verfassung vgl. *Donnet*, La Révolution de 1798, Bd.1, 237-247; Rufer, Projets de constitution de 1798, 201-206.

113 Vgl. *Donnet*, Documents, in: Vallesia 1976, 139f.

114 *Donnet*, Documents, in: Vallesia 1980, 11ff.

115 Ebd., 17f.

116 *Donnet*, La Révolution de 1798, Bd.2, 67; vgl. auch Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 8 (23. März 1798).

gier Mangourits geltend. Zudem könne das Wallis als «unabhängige Republik» leichter von Frankreich einverleibt werden. Auch Brune scheint vielleicht aus letzterem Grund die Meinung Mangourits geteilt zu haben. Beide schlugen vor, dass sich Augustini nach Paris begeben, um die Forderung nach der unabhängigen Republik Wallis durchzusetzen. Augustini lehnte dieses Ansinnen und die 600 Louis d'or, die ihm Brune und Mangourit anboten, ab. Er verfüge nicht über die Kompetenzen, um sich unverzüglich nach Paris zu begeben, worauf sie ihm anrieten, ins Wallis zurückzukehren und sich die entsprechende Vollmacht zu verschaffen¹¹⁷.

Vergleicht man die Aussagen Augustinis mit den bisher bekannten Quellen der Abordnung, so ergeben sich einige Unterschiede. In den offiziellen Quellen schlägt Brune zwar auch eine Gesandtschaft nach Paris vor, falls das Wallis seine Unabhängigkeit unbedingt beibehalten wolle, favorisierte aber eindeutig den Anschluss an die Helvetische Republik¹¹⁸.

Vielleicht hatten Brune und Mangourit in einer Geheimunterredung mit Augustini ihre persönlichen Wünsche geäußert, die sich nicht mit der Haltung des französischen Direktoriums deckten. Es teilte Brune am 17. Februar mit, er solle dafür sorgen, dass das Wallis den helvetischen Verfassungsentwurf akzeptiere¹¹⁹.

Nach einer weiteren Unterredung mit Brune und Mangourit am folgenden Tag beschloss die Abordnung ins Wallis zurückzukehren, um dem Direktorium Bericht über ihre Verhandlungen abzustatten. Zudem erachteten sowohl Mangourit und Brune als auch die Delegation eine Abstimmung des Walliser Volkes über seine künftige Staatszugehörigkeit als dringende Notwendigkeit¹²⁰.

Nach der Rückkehr der Deputierten am 28. März wurde unverzüglich die Wahlversammlung in St-Maurice zusammengerufen. Augustini riet der «assemblée», das Wallis solle der Schweiz beitreten, sonst werde es bald von Frankreich annektiert. Das provisorische Walliser Direktorium entschied sich, eine Volksbefragung über den Eintritt in die Helvetische Republik abzuhalten¹²¹.

In einem Schreiben¹²² an die 10 Zenden führte das Direktorium vier Gründe für die Erhaltung der unabhängigen Republik Wallis, die durch ein Verteidigungsbündnis mit der Helvetischen Republik verbündet sein sollte, und sechs Gründe für den Beitritt zur Schweiz, an. In der Abstimmung vom 4. April entschlossen sich fast alle Gemeinden zum Beitritt in die Helvetische Republik¹²³.

Am 1. und 2. Mai 1798 wählte das «corps electoral» die Mitglieder der helvetischen Räte und der Walliser Verwaltungskammer. Die Abgeordneten für den Senat mussten über 30 Jahre alt sowie verheiratet oder verwitwet sein. Folgende Senatoren wurden gewählt: der ehemalige Landeshauptmann Jakob Valentin Si-

117 Autobiographie, 192.

118 *Donnet*, La Révolution de 1798, Bd.2, 70f.

119 *Salamin*, Histoire politique, 12.

120 *Donnet*, La Révolution de 1798, Bd.2, 72f.

121 Autobiographie, 192.

122 Das Schreiben ist abgedruckt in: *Salamin*, Histoire politique, 17ff.

123 Zu den Abstimmungsergebnissen in den einzelnen Gemeinden vgl. *Donnet*, La Révolution de 1798, Bd.2, 86-93.

gristen für den Zenden Goms, Anton de Augustini und der ehemalige Landschreiber Joseph Julier für den Zenden Leuk und Jean-Joseph Duc für den Zenden St-Maurice¹²⁴.

Am 12. Mai vertrat Augustini zusammen mit seinen drei Kollegen das Wallis erstmals im Senat. Schenkt man den nicht gerade bescheidenen Ausführungen Augustinis Glauben, so verpasste er den Einzug in das Direktorium nur wegen der späten Anreise nach Aarau. Als er dort eintraf, waren die Direktoren der Helvetischen Republik bereits ernannt. In Aarau und später in Luzern erwarb sich Augustini rasch den Ruf eines tüchtigen und kompetenten Parlamentariers. Er präsidierte 1798 zweimal den Senat¹²⁵ und wurde viermal zur Direktorenwürde vorgeschlagen. Der Einzug in das höchste Amt auf helvetischer Ebene blieb ihm jedoch versagt. 1799 fiel Augustini unter jenes Viertel der Senatoren, das durch Losentscheid aus dem Senat ausschied¹²⁶. Er wurde jedoch von der kantonalen Wahlversammlung am 6. November 1799 erneut zum Senator gewählt¹²⁷. Augustinis Senatszeit fand am 7. August 1800 ihr Ende, als der Vollziehungsausschuss die eidgenössischen Räte zu ihrer Selbstaflösung zwang. Im Senat, der sich im Gegensatz zum Grossen Rat gegen seine Entmachtung wehrte, kam es zu Tumulten¹²⁸. Augustini lehnte Karl Albrecht von Frischings Vorschlag ab, in den Gesetzgebenden Rat einzutreten, weil ihm dazu die Legitimation durch das Walliser Volk fehle¹²⁹. 1801 sandte der Walliser Landrat seinen Präsidenten Augustini an die helvetische Tagsatzung¹³⁰. Im Vorfeld wie im Verlauf dieser Tagsatzung bemühte er sich, die andern Abgeordneten von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass die Schweiz das Wallis nicht an Frankreich abtrete¹³¹.

Nach der Rückkehr ins Wallis und einer Reise wegen eines Erbschaftshandels nach Regensburg übernahm Augustini die Präsidentenstelle der Verwaltungskammer¹³².

Die geschickten diplomatischen Interventionen Augustinis¹³³ beim bevollmächtigten Minister Frankreichs, Raymond de Verninac-Saint-Maur, trugen nicht unwesentlich dazu bei, dass das Wallis 1802 nicht an Frankreich abgetreten wurde

124 *Donnet*, *La Révolution de 1798*, Bd.2, 111-116. Hier finden sich auch die Namen der Mitglieder des Grossen Rats der Helvetischen Republik und die der Walliser Verwaltungskammer.

125 Am 5. Juli 1798 wurde Augustini erstmals zum Präsidenten des Senats gewählt. Zwei Wochen später wurde er in dieser Funktion bestätigt. Vgl. Fonds Hans Anton von Roten, Bericht Augustinis über die Vorgänge in Aarau vom 21. Juni bis 31. Juli 1798.

126 Autobiographie, 193-196.

127 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 30 (11. November), Verbalprozess Augustinis über die Wahlversammlung des Kantons Wallis, 20.

128 Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2, 810.

129 Autobiographie, 196.

130 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 30 (September und Oktober 1801), Tagschrift Augustinis über die helvetische Tagsatzung, 3.

131 Ebd., 6-8, 39, 57f.; vgl. auch Autobiographie, 198.

132 Ebd., 199.

133 Siehe oben, 53-68.

und sich am 5. September 1802 als Satellitenstaat Frankreichs¹³⁴ konstituieren konnte.

Seinen hervorragenden diplomatischen Fähigkeiten verdankte Augustini seine Wahl zum Landeshauptmann der unabhängigen Republik Wallis am 30. August 1802. Damit hatte er den Höhepunkt seiner Karriere erreicht. Bis 1807 lenkte Augustini als Landeshauptmann die Geschicke des Wallis.

Werfen wir noch einen kurzen Blick auf die Verfassung der Republik Wallis (1802-1810).

Im Gegensatz zur alten Republik Wallis (bis 1798) waren die Zenden und Gemeinden nur mehr Verwaltungsbezirke; die Souveränität lag im neu gegründeten Einheitsstaat beim Volk¹³⁵. Jeder Zenden stellte je nach Bevölkerungszahl eine bestimmte Anzahl von Landräten. Der Bischof von Sitten verfügte von Amtes wegen über einen Sitz und eine Stimme im Landrat. Der Landrat bestand von 1803-1810 jeweils aus 32 Abgeordneten: Die Zenden Goms, Brig, Visp, Raron, Leuk, Hérémence und St-Maurice hatten zwei Deputierte, Siders, Monthey und Martinach 3, Entremont und Sitten 4, dazu kam noch der Bischof. Es wurde nicht mehr nach Instruktionen der Zenden abgestimmt¹³⁶.

Die Landratsabgeordneten wurden vom Zendenrat gewählt. Dieser setzte sich aus allen Gemeindepräsidenten des Zenden und dem Zendenpräsidenten zusammen. Grössere Gemeinden durften nach einer bestimmten Verhältniszahl zusätzliche Vertreter in den Zendenrat abordnen. Diese wurden vom Gemeinderat der jeweiligen Gemeinde bestimmt. Der Zendenrat hatte die Befugnis, seinen Präsidenten und Vizepräsidenten sowie den Zendenrichter und seinen Statthalter selbst zu wählen¹³⁷.

Die Exekutive bildete der Staatsrat, der sich aus drei Staatsräten und drei Vizestaatsräten zusammensetzte. Für die Wahl des Staatsrats war der Landrat zuständig. Die Amtsdauer eines Staats- und Vizestaatsrats war auf drei Jahre beschränkt. Die Exekutive wurde nicht gesamthaft erneuert: jährlich musste jeweils der amtsälteste Staatsrat (nach drei Jahren) ersetzt werden. Nach der ersten Amtsperiode von 1802-1805 bestimmte das Los die Reihenfolge des Ausscheidens. Landeshauptmann Augustini war vom Glück begünstigt, denn er musste erst 1807 als letzter Staatsrat austreten. Der Landeshauptmann erhielt wie die anderen Staatsräte ein Departement zugeteilt. Sein Pflichtenheft umfasste die Aussenpolitik, das Militärwesen, die allgemeine Regierungstätigkeit und die Verteilung der Aufgaben unter die Departemente. Seine Stellvertretung übernahm ein speziell dazu gewählter Vizestaatsrat, den man Statthalter nannte. Die restlichen Ressorts wurden in zwei Departemente aufgeteilt: eines umfasste die Justiz, Polizei und den Unterricht sowie das Innere und die Verwaltung, das andere die Finanzen mit den öffentlichen Arbeiten sowie dem Handel und Verkehr. Beiden Staatsräten war

134 Vgl. *Salamin*, La République indépendante, 16-43.

135 *Liebeskind*, L'Etat valaisan, 68.

136 *Biderbost*, Republik Wallis, 96 u. 100f.

137 Ebd., 158-161 u. 192f.

jeweils ein Vizestaatsrat zugeteilt. Bei der Erarbeitung von Gesetzesvorschlägen in der Exekutive galten die Vizestaatsräte als gleichberechtigte Mitglieder¹³⁸.

Die Volksrechte wurden durch das indirekte Wahlverfahren im Vergleich zur Zeit vor 1798 stark eingeschränkt. Dem Volk oblag nur die Wahl der Gemeinderäte¹³⁹.

5.2 Augustinis Ideenwelt im Spiegel seiner parlamentarischen Arbeit als Senator und Tagsatzungsabgeordneter in der Helvetik

Während seiner Zeit als Senator (1798-1800) und Abgeordneter an der Tagsatzung (1801) äusserte sich Augustini immer wieder zu politischen, sozialen und wirtschaftlichen Problemen der Helvetik.

5.2.1 Finanz- und Steuerpolitik

Das erste helvetische Auflagengesetz vom 17. Oktober 1798¹⁴⁰ kam erst nach wiederholten Verwerfungen durch den Senat zustande. Erstmals wurden in der Schweiz direkte Steuern auf Vermögen, Grundstücke, Häuser und Handel erhoben. Das neue Steuergesetz sah auch indirekte Steuern (Einschreibe-, Stempel-, Getränkeabgaben usw.) nach französischem Muster vor¹⁴¹.

Am 8. Oktober bezog Augustini erstmals Stellung zum neuen Finanzsystem der Helvetischen Republik. Er beklagte sich darüber, dass das helvetische Direktorium, dem das Vorschlagsrecht in Finanzfragen oblag, nach der vom Senat verworfenen ersten Resolution die Steuerauflagen in der zweiten Fassung nochmals erhöht habe¹⁴².

Augustini wandte sich entschieden gegen direkte Steuern. Um die prekäre Finanzlage der Helvetischen Republik zu verbessern, schlug er immer wieder Sparmassnahmen vor¹⁴³.

Die Ernennung von Friedensrichtern für leichtere Vergehen lehnte Augustini wegen der grossen finanziellen Kosten ab. Die Helvetische Republik, die jetzt schon 40000 Beamte besolde, könne 2400 neue Friedensrichter nicht mehr verkraften¹⁴⁴. Die Verwirklichung dieses Projektes scheiterte denn auch an der Finanzknappheit der Helvetik¹⁴⁵.

138 *Biderbost*, Republik Wallis, 128-138.

139 Ebd., 62f.

140 ASHR, Bd.3, 113ff.

141 Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2, 820f.

142 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 28 (8. Oktober 1798), Rede von Augustini im Senat über das Finanzsystem der Helvetischen Republik, 20.

143 Ebd., 15.

144 Ebd., (1. Dezember 1798), 191ff.

145 Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2, 825.

Die Entsendung eines zweiten helvetischen Ministers nach Paris hielt Augustini für zu kostspielig¹⁴⁶.

Er bezeichnete eine sparsame Staatsführung als eine der ersten Pflichten einer Republik: «Es ist eine der ersten Pflichten der republikanischen Rätche (sagte Antonius pius), des Schatzamts sparsam zu gebrauchen, nichts unnützlich auszugeben»¹⁴⁷.

Die Schweiz könne es sich in der schwierigen finanziellen Lage nicht leisten, auf die Einziehung der Zehnt- und Bodenzinse zu verzichten. Zur Deckung der Ausgaben sollten Einnahmen aus dem Postwesen, Transitverkehr, dem Salzhandel¹⁴⁸ und den Einkünften aus den Nationalgütern herangezogen werden¹⁴⁹.

Augustini sprach sich für Luxussteuern auf Gold-, Silber- und Seidenwaren sowie auf Zucker, Kaffee, Gewürze und Haarpuder aus. Die Besteuerung der Wirtshäuser wollte er beibehalten und zudem auf die «Caffe-Sieder und Liqueur-Verkäufer» ausdehnen. Die Wirte sollten zudem für jeden Hotelgast einen bestimmten Betrag an den Staat abliefern. Die im Gesetz vorgesehene Stempelgebühr befürwortete Augustini. Grosse Summen erhoffte er sich von dem staatlichen Münzmonopol und Heimfallrecht bei Erbenlosigkeit, Buss- und Konfiskationsgeldern sowie dem Gerichtswesen¹⁵⁰.

Gemäss Augustinis Ansicht genügten diese indirekten Steuern in Verbindung mit einer konsequenten Sparpolitik vollends, um die Staatskosten zu decken. In Kriegszeiten oder bei dringendem Geldbedarf befürwortete Augustini Kontributionen der einzelnen Kantone. In einer solchen Lage begreife das Volk die Erhebung einer einmaligen Kriegsteuer¹⁵¹.

Das Direktorium führte als einen der Gründe für ein neues Steuergesetz die Schaffung einer Nationalgarde an. Danach würden die französischen Truppen das Land verlassen. Augustini befürchtete bei der Durchsetzung des Steuergesetzes einen Volksaufstand. In diesem Falle würden die französischen Truppen die Schweiz nicht verlassen, ja sie müssten von der Regierung sogar gebeten werden, im Land zu bleiben¹⁵².

Als weiteren Grund gegen die direkte Besteuerung führte Augustini an, dass weite Landesteile infolge der französischen Tribute, Plünderungen und Aufstände nicht in der Lage seien, die vorgesehenen Steuergelder aufzubringen¹⁵³.

146 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 29 (20. März 1799), Rede Augustinis gegen die Entsendung eines zweiten Ministers nach Paris, 31ff.

147 Ebd., R 28 (11. Dezember 1798), Rede Augustinis über Gehaltskürzungen für abwesende Senatoren, 207.

148 Allein bei einer Abgabe von 5 Franken pro Sack Salz an den Staat rechnete Augustini für das Wallis mit 45000 Franken Einnahmen, gesamtschweizerisch kam er auf eine Summe von rund einer Million Franken. Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, (17. Oktober 1798), Rede von Augustini über das Finanzsystem, 40.

149 Ebd., (8. Oktober 1798), 15-18.

150 Ebd., (17. Oktober 1798), Rede Augustinis über das Finanzsystem, 39ff.

151 Ebd., (4. u. 17. Oktober 1798), 16ff. u. 43f.

152 Ebd., (8. Oktober 1798), 16f.

153 Ebd., 21f.

Die Einschätzung des persönlichen Vermögenswertes zwecks Erhebung von Steuern bezeichnete er als «Vermögensinquisition». Überdies stigmatisierte sie die armen Leute und verleite zum Steuerbetrug¹⁵⁴.

Die Grundstücksteuer erachtete Augustini als Rückfall in den Feudalismus. Das Handänderungsrecht, aufgrund dessen der Staat auf Erbschaften in der Seitenlinie Anspruch erheben konnte, erschien dem Walliser Senator als neue Bezeichnung für die alten *Laudemia* (Abgaben bei Besitzwechsel)¹⁵⁵.

Nach Augustinis Auffassung erfüllten die direkten Steuern ihren Hauptzweck nicht, innert nützlicher Frist der Helvetischen Republik grosse Geldsummen zu verschaffen. Einzig die Kapital- und Grundsteuer könnten rasch eingezogen werden. Die restlichen Beträge der andern direkten Abgaben würden mit grosser Verzögerung nur unregelmässig in die Staatskasse fliessen. Augustini schlug einen andern Weg zur schnellen Geldbeschaffung vor. Die Eigentümer der Zehnt- und Feudallasten, welche den Zehnt in diesem Jahr selbst eingezogen hatten, sollten diesen Betrag der Verwaltungskammer des jeweiligen Kantons bis zu Martini (11. November) abliefern¹⁵⁶.

Die von Augustini befürchteten Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der direkten Steuern bewahrheiteten sich.

Das erste Staatsbudget der Helvetischen Republik für 1799 rechnete mit Ausgaben von 22,2 Millionen Franken, denen Einnahmen von 13,56 Millionen Franken gegenüberstanden. Das zu erwartende Defizit wurde also auf 8,5 Millionen Franken beziffert. Bis zum 30. Juni 1799 flossen nur 3,8 Millionen Franken in die Staatskasse. Die zeitaufwendige Taxation der Kapitalien und Grundstücke stiess auf grossen Widerstand in der Bevölkerung und wurde nur halbherzig vorgenommen. Das Übergreifen des 2. Koalitionskrieges (1798-1801) auf die Schweiz unterhöhlte das neue Steuersystem vollends. Es mussten Steuerzuschläge und eine ausserordentliche Kriegsteuer erhoben werden, deren Erfolg jedoch wegen der finanziellen Erschöpfung des Landes und den Kontributionen der französischen Besatzungsmacht gering war¹⁵⁷.

Das Finanz- und Steuerkonzept Augustinis, das auf dem Verzicht von direkten Steuern unter gleichzeitiger Betonung von indirekten Abgaben, gelegentlichen Kontributionen und sparsamem Staatshaushalt beruht, kennzeichnete die bescheidene Finanzpolitik der Republik Wallis im Ancien Régime. Das Wallis kannte im Ancien Régime keine direkte Besteuerung. Bei Bedarf wurde den Untertanen im Unterwallis eine ausserordentliche Steuer auferlegt, wie aus den Landratsabschieden verschiedentlich hervorgeht.

Vielleicht haben die bescheidenen Verhältnisse, in denen der junge Augustini nach dem Bankrott seines Vaters aufgewachsen war, dazu beigetragen, dass er die Staatskosten möglichst tief halten wollte.

154 Ebd., 22f.

155 Ebd., 24f.

156 Ebd., (17. Oktober 1798), 41f.

157 Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2, 821.

Seine finanz- und steuerpolitischen Vorstellungen stammen aus dem Ancien Régime, wenn auch moderne Auffassungen (Einzug von Kontributionen nach Vermögenshöhe des einzelnen Bürgers, Ausdehnung der indirekten Steuern) zum Vorschein kommen. In dieser Hinsicht gehörte Augustini durchaus zum konservativen Lager im helvetischen Senat.

5.2.2 Die Ablösung der Zehnten und Grundzinse

Artikel 13 der helvetischen Verfassung¹⁵⁸ sah den Loskauf der Feudallasten vor. Am 4. Mai 1798 schafften der Grosse Rat und der Senat die persönlichen Feudalrechte (Leibeigenschaft, Fronen, Personalabgaben) ohne Entschädigung ab. Die Debatten, wie man die Zehnten und die Grundzinse ablösen solle, zogen sich bis zum Herbst hin. Einigkeit bestand einzig darüber, dass die Feudallasten abgeschafft und durch ein modernes Steuersystem ersetzt werden sollten. Die bäuerlich-patriotische Mehrheit in den Räten wies den Loskauf zurück. Der Staat sollte den Zehntbesitzer mit einer kleinen Summe entschädigen und für den Unterhalt der Spitäler, Armenanstalten und des Klerus aufkommen. Sie befürworteten eine gleichmässige Einkommens- und Vermögenssteuer. Für die reformerisch-republikanische Minderheit war der Zehnt eine privatrechtliche Schuld, die somit in geordneter Weise abgelöst werden musste. Der Staat könne wegen der prekären finanziellen Lage nicht auf seine Zehnten verzichten, geschweige denn die Zehntbesitzer entschädigen¹⁵⁹.

Augustini gehörte eindeutig zur reformerisch-republikanischen Minderheit im Senat. Am 25. Oktober 1798 wurde er zum Mitglied einer Kommission ernannt, die sich mit dem Loskauf der Zehnten auseinandersetzen sollte¹⁶⁰.

Augustini begründete die Notwendigkeit einer geordneten Ablösung der Zehnten rechtlich-historisch¹⁶¹.

158 Dieser Artikel lautet wörtlich: «Der Grund und Boden kann mit keiner Last, Zins oder Dienstbarkeit beschwert werden, wovon man sich nicht loskaufen könnte». Vgl. ASHR, Bd.1, 569.

159 Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2, 818.

160 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 28 (25. Oktober 1798), 94.

161 «Diejehnige, die Bodenzinse entrichten, haben in den Personen ihrer Vorfahrern oder ein Gutt durch einen förmlichen emphiteutischen Contract oder durch ein[en] feudalischen Contract ohne einen Heller Kaufgeld an sich gebracht. Beide Gattungen dieser Contracten bestunden im Rechte und allgemeinen Uebung. Der Contractus Emphitensis wurde definiert: Eine Uebergab eines eigenen Guts an den Lehnmann mit Uebertragung des Eigenthums, doch mit der Bedingung, dass dem Uebergeber jährlich ein Gewisses gegeben werde. Der feudalische Contract ist sozusagen dem Emphitensi gleich, doch in diesem behielt sich der Lehnherr noch persönliche Praestationes vor». Vgl. ebd., (2. November 1798), Rede Augustinis über die Ablösung der Zehnten und Grundzinse, 120f. Unter Emphyteuse versteht man die dingliche Erbpacht mit vollem Nutzungsrecht wie Verfügungsrecht der Eigentümer und der Verpflichtung, das Grundstück in einem guten Zustand zu erhalten. Vgl. Raab, Wörterbuch, Bd.1, 237.

Er verstieg sich gar zur Behauptung, dass das Schweizer Volk die finanzielle Abgeltung der Zehnten und Grundzinse an die Eigentümer befürworte¹⁶². In seinen unzähligen Reden betonte er oft demonstrativ seine Volksnähe und neigte dazu, das einfache Volk zu idealisieren.

Das Gesetz vom 10. November 1798 beseitigte den kleinen und Neubruchszehnten entschädigungslos. Der grosse Zehnt sollte von den zehntpflichtigen Grundeigentümern durch Bezahlung von zwei Prozent des Grundstückwertes an den Staat losgekauft werden. Der Staat verpflichtete sich seinerseits, die Zehntberechtigten mit dem fünfzehnfachen Durchschnittsertrag der Zehnten der Jahre 1775-1788 zu entschädigen. Auch die Grundzinse wurden durch einen genau festgelegten Betrag abgelöst. Dieses Gesetz erwies sich jedoch wegen der Finanzschwäche der Helvetischen Republik und des grossen Zeitaufwands für die Einschätzung der Grundstücke in der kurzen Zeit als nicht ausführbar. Im Jahre 1800 wurde die Wiedereinziehung der Grundzinse beschlossen, was zu Aufständen in Baselland und der Waadt führte¹⁶³.

An der helvetischen Tagsatzung von 1801 sprach sich Augustini dafür aus, dass den Kantonen die Regelung der Zehntfrage überlassen werde. Dies könne zwar zu unterschiedlichen Ablösesummen für die Zehnten und Bodenzinse führen und den Hass der Bauern gegen die Kantonsbehörden schüren¹⁶⁴. Aber unter dem Eindruck der Aufstände in der Waadt befürwortete Augustini eine schnelle Entscheidung und massvolle Ablösesummen¹⁶⁵.

Eine Abfallbewegung der Waadt und des Wallis zu Frankreich wegen der Zehntfrage schloss er jedoch aus. Am 9. November 1801 entschied die Tagsatzung, die Regelung der Zehnten und Grundzinse den Kantonen zu übertragen¹⁶⁶.

5.2.3 Religion, Kirche und Staat

Augustini war ein entschiedener Verteidiger der kirchlichen Rechte. Als gläubiger Katholik regte er sich beispielsweise darüber auf, dass die christlichen Senatoren so lange diskutierten, ob man zu Beginn der Sitzung das höchste Wesen anrufen solle oder nicht. Die Anrufung des höchsten Wesens verletze weder die Gefühle der katholischen, protestantischen noch jeder andern Religion. Dies könne lediglich Atheisten und Materialisten stören, die es hoffentlich weder im

162 Wörtlich sagte er: «Brüder Senatoren, könnte man in den Herten des souverainen Volckes lesen, so würdet ihr darin mit unauslöschlichen Buchstaben der Religion geschrieben finden: Gebt Gott, was Gottes etc, cuique suum». Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 28 (2. November 1798), 121f.

163 Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2, 819.

164 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 189 (September und Oktober 1801), Tagschrift Augustinis über die helvetische Tagsatzung, 48.

165 Ebd., 48f.

166 Ebd., 49f.

Senat noch in der Helvetischen Republik gebe. Solche Diskussionen verminderten das Ansehen des Senats im Volk. Schliesslich habe sogar der französische Nationalkonvent die Existenz eines höchsten Wesens und die Unsterblichkeit der Seele anerkannt¹⁶⁷.

Augustini wehrte sich gegen die uneingeschränkte Religionsfreiheit. Der Staat sollte nur die katholische und protestantische Konfession schützen:

«Die Religion der Christen nach dem katholischen und protestantischen Bekenntnisse, ihre Gottesdienste und gottesdienstlichen Uebungen bleiben ungestört, jedem frey und unter dem Schutz der Regierung. Diese sorgt directe oder vermittelt der Pfarrgenossen für den anständigen Unterhalt derjenigen Pfarrer und Religionsdiener derselben, für welche sonst keine eigene oder nicht hinlängliche Stiftungen und Einkünften sich vorfinden»¹⁶⁸.

Neben der Einschränkung der Religionsfreiheit zeigt dieses Zitat auf, dass Augustini einerseits den Einzug von kirchlichen Gütern durch den Staat verurteilte, anderseits aber staatliche Hilfe für bedürftige Pfarreien bejahte. Die Basler Kantonsverfassung erachtete er als mustergültig, weil darin dem Kanton die Erhaltung der Gottesdienste vorgeschrieben wurde. Augustini befürchtete, dass der Zentralstaat auch im Wallis Pfrundstiftungen an sich ziehen werde. Deshalb bevorzugte er für das Kirchenwesen kantonale Lösungen¹⁶⁹.

Augustini war überzeugt, dass das Volk die uneingeschränkte Religionsfreiheit, die bis zur Gotteslästerung führen könnte, nicht begrüssen würde¹⁷⁰.

Er forderte im Gegensatz zu der Verfassung von 1798¹⁷¹ die Unterscheidung zwischen öffentlichen und nicht öffentlichen (bloss geduldeten) Gottesdiensten. Unter den öffentlichen Gottesdiensten verstand Augustini diejenigen der katholischen und protestantischen Konfession. Der Staat sei nur zum Unterhalt bzw. der Unterstützung dieser beiden Religionen verpflichtet¹⁷².

Augustini schlug auf der Tagsatzung von 1801 vor, einen Religionsartikel an den Anfang der Verfassung¹⁷³ zu stellen oder in einen Paragraphen¹⁷⁴ zu integrieren.

167 Ebd., R 28 (4. Oktober 1798), 9f.

168 Ebd., R 30 (9. Februar 1800), Vorschläge Augustinis zu den Religionsartikeln in der Verfassung, 105.

169 Ebd., 110.

170 Ebd., 109f.

171 Vgl. ASHR, Bd.1, 568.

172 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 30 (11. Februar 1800), 112f.

173 «Die Helwetische Tagsatzung verkündet in Gegenwart Gottes und im Namen des Helwetischen Volckes folgende Verfassung, die vor allem die ungestörte Beibehaltung der Religion der Christen nach dem Glaubensbekenntnisse der Katholischen und der Reformierten, ihres Gottesdienstes und gottesdienstlicher Uebungen versiechert». Vgl. ebd., A 189, 65.

174 «Die Religion der Christen nach dem katholischen Glaubensbekenntnisse und jehnem der Reformierten, ihr Gottesdienst und gottesdienstliche Uebungen bleiben ungestört». Vgl. ebd.

Er betrachtete den Religionsartikel als unabdingbares Beruhigungsmittel gegen religiös motivierte Volksaufstände in der Schweiz¹⁷⁵.

Am 16. Oktober wurde von der Tagsatzung ein konstitutioneller Religionsartikel¹⁷⁶ dekretiert. Augustini war mit dem Dekret nicht zufrieden. Die «gottesdienstlichen Uebungen und das geistliche Eigenthum» solle den beiden Konfessionsgruppen zugesichert werden. Er lehnte zudem die generelle Kollatur durch die Gemeinden ab. Die Kollatur sei auch ein Eigentum, das einer Gemeinde, einer Einzelperson, einem Bischof oder Kapitel gehöre. Schliesslich übertrug die Tagsatzung die Regelung dieser Fragen den einzelnen Kantonen¹⁷⁷.

Am 17. September 1798 hatte der Senat beschlossen, dass alle ausländischen Mönche die Schweiz innerhalb eines Monats verlassen müssten. Am 25. Oktober diskutierten die Senatoren über eine Resolution des Grossen Rates, die dem Direktorium die Befugnis gab, «nützliche und wohlgesinnte Mönche» ausländischer Herkunft in der Helvetischen Republik zu belassen¹⁷⁸. Der Grosse Rat hatte diesen Beschluss auf Anregung des Direktoriums gefasst¹⁷⁹.

Der Vielredner Augustini wies darauf hin, dass das Gesetz vom 17. September verfassungswidrig sei. Die Konstitution erlaube allen Ausländern die Tätigkeit im Unterrichts- und Erziehungswesen¹⁸⁰. Sie verstosse keinen Einwohner, wenn er «Zeugnüsse gutter Aufführung und Sitten aufweist, Verzicht auf andre Bürgerrechte thut und den Eyd ableget». Das Gesetz vom 17. September weise die ausländischen Mönche nur aufgrund ihrer Ordenszugehörigkeit aus. Davon betroffen seien auch Mönche, die 20 Jahre in der Schweiz gelebt hätten und damit gemäss Verfassung das helvetische Bürgerrecht beanspruchen dürften. Dadurch entziehe man den Schulen viele nützliche Lehrer¹⁸¹.

175 «Si vous voulés rendre la constitution que vous allés faire agréable au peuple suisse, il faut le tranquilliser sur sa chère religion. Il n'a point dégénéré à cet égard. Il est encore prêt de sacrifier la dernière goutte de son sang et tout ce qu'il possède pour la deffendre. Le sang qu'a coulé dans les Waldstetten et en Valais depuis la révolution et leur contrées pilliées et incendiées en déposent sans réplique. Si vous garantissés au peuple suisse sa religion dans l'acte constitutionnel même, vous ôterés par-là l'occasion d'égarer le peuple sous le prétexte d'un danger pour la religion aux ministres de culte fanatiques et aux malveu[i]llans qui sous le dit prétexte le travaille dans le but d'empêcher la consistance du nouvel ordre des choses. Vous tranquilliserés par-là la conscience timorée de tous les ministres des autels et de tous vos concitoyens et vous convaincerés vos commettans que vous êtes vous-même animés des sentimens de religion». Vgl. ebd., 62.

176 Der von einer speziellen Kommission des Senats vorgeschlagene Artikel 13 lautete folgendermassen: «(...) sie [die Verwaltungsbehörden des Kantons] verfügen über das Kirchenwesen, insofern es der weltlichen Gewalt zukommt; über die Entschädnisse der Geistlichen, über die besondern Erziehungs- und Unterrichtsanstalten; sie haben die Aufsicht über Kirchen-, Schul-, Armen- und Gemeindgüter und besorgen das öffentliche Unterstützungswesen (...)» Vgl. AHSR, Bd.7, 577f.

177 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 189, 67-70; AHSR, Bd.7, 593.

178 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 28 (25. Oktober 1798), Rede Augustinis über das Gesetz vom 17. September 1798, 58.

179 Ebd., 73f.

180 Vgl. AHSR, Bd.1, 572.

181 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 28 (25. Oktober 1798), 59f.

Augustini wies auf das erfolgreiche Wirken der Piaristen im Kollegium von Brig hin. Dieser ausländische Orden habe während der ganzen Revolution zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben und eine fruchtbare Lehr- und Erziehungstätigkeit entfaltet. Das Volk würde die Ausweisung der Piaristen nicht verstehen. Zusammen mit Urs Joseph Lüthy, Paul Usteri, Jules Muret und Johannes Zaeslin wurde Augustini vom Senat mit der Überprüfung der Resolution beauftragt. Nur Augustini sprach sich für die Annahme der Resolution aus. Am 29. Oktober nahm er nochmals Stellung gegen die von der Kommissionsmehrheit beantragte Rückweisung¹⁸². Man dürfe die Mönche, die den helvetischen Bürgereid geleistet hätten, nicht ausweisen, weil ihnen die despotisch regierenden Herrscher in ihren Heimatländern diesen Schwur für die «Freyheit und Gleichheit» nicht verzeihen würden. Augustini betonte, dass das Direktorium im Kriegsfall befugt sei, Untertanen des Kriegsgegners aufzunehmen, und nun wolle ihm der Senat das Recht verweigern, in Friedenszeiten staatsreue ausländische Mönche in der Schweiz zu belassen. Augustini vermutete, dass sich das Veto des Senats gegen die katholische Religion richte¹⁸³.

Er vertrat in der Tagsatzung von 1801 die Ansicht, dass der Kanton über das Kirchenwesen verfügen solle, insofern ihm dies überhaupt zustehe¹⁸⁴.

Es wäre falsch, die Zustimmung Augustinis zu diesem Gesetz antiklerikal zu deuten. Vielmehr gab dieses Gesetz dem Kanton Wallis die Möglichkeit, die Rechte des Klerus besser zu schützen. In diesem Sinne wandte sich Augustini entschieden gegen das Aufsichtsrecht der Kantonsbehörden über die Kirchen- und Armengüter¹⁸⁵.

Auch im Primarschulwesen verteidigte Augustini die Rechte des Klerus. Wie die meisten Senatoren lehnte er eine Vorlage des Grossen Rates ab, die dem Direktorium das Recht geben wollte, Religionslehrer abzusetzen, die ihren Pflichten in der Elementarschule nicht nachkamen. Augustini wies darauf hin, dass die diesbezüglichen Absetzungsgründe kirchenrechtlich festgelegt seien und der katholische Klerus ein Privileg der Eigengerichtsbarkeit besitze. Die vielen Vorschriften, Ermahnungen und Auskunftsforderungen des Ministers der Künste und Wissenschaften, Stapfer, an den katholischen Klerus in schulischen Dingen würden diesen und das katholische Volk verärgern. Augustini anerkannte zwar die Tüchtigkeit und den guten Willen Stapfers im schulischen Bereich, erachtete jedoch dessen Kenntnisse in der katholischen Theologie und Kanonistik als nicht ausreichend. Deshalb könne er die im Schuldienst tätigen katholischen Priester nicht belehren. Selbst wenn Stapfer in seinen Vorschriften betreffend die Primarschule grösste Rücksicht auf den katholischen Klerus nehme, würde ihm das katholische Volk nicht vertrauen, weil er ein reformierter Theologe sei. Augustini fügte hinzu, dass dasselbe für die Reformierten gelte würde, falls der Minister der Künste und Wissenschaften ein katholischer Priester wäre. Um das Misstrauen der

182 Ebd., 60ff.

183 Ebd., 91ff.

184 Ebd., A 189, 52.

185 Ebd., 53.

Katholiken abzubauen, solle man Stapfer einen katholischen Bürochef zur Seite stellen. Bei einem katholischen Minister müsse natürlich der Bürochef protestantischen Glaubens sein. Augustini schlug sogar noch eine andere Variante vor, mit der man den jeweiligen Konfessionsteil noch besser beruhigen könnte. Ein bischöflicher Kommissar bzw. ein reformierter Pfarrer (je nach Konfession des Ministers der Künste und Wissenschaften) des Regierungssitzes sollte Einsicht in die ministeriellen Primarschulerlasse, welche den Klerus betrafen, nehmen und Veränderungen vorschlagen dürfen. Mit dieser Regelung trage man massgeblich zur Beruhigung des Volkes bei¹⁸⁶.

Wir stellen fest, dass Augustini in der durch die Trennung von Kirche und Staat geprägten Helvetik ein paritätisches Anliegen vertrat. Es fällt auf, dass er der Religion einen grossen gesellschaftlichen Stellenwert einräumt: «Kein Trieb ist stärker, unternehmender, mistrauender als jehner der Religion»¹⁸⁷.

5.2.4 Rechtswesen

Auf dem Gebiet der Gesetzgebung – seiner eigentlichen Domäne – entfaltete Augustini eine rege Tätigkeit.

Rechtsgleichheit: Er unterstützte die Resolution des Senats vom Dezember 1798, die den unehelichen Kindern die bürgerlichen und politischen Rechte zusprach, sie jedoch im Gegensatz zu Frankreich nicht als gesetzliche Erben anerkannte¹⁸⁸.

Gewerbefreiheit: Augustini erachtete die Abschaffung der Zünfte als Notwendigkeit. Er befürwortete auch strenge Kontrollen im Medizinalwesen, «damit nicht jeder Quacksalber die Menschen tödten könne»¹⁸⁹.

Zivilrecht: Augustini wandte sich mit Vehemenz gegen eine Resolution, welche die «Ehesachen» den Zivilgerichten übertrug. Die Bestimmung über die «Ehesachen» sei unklar definiert und erlaube unterschiedliche Auslegungen. So könnte die Kompetenz des Zivilgerichtes mit Hilfe dieser Resolution auch auf Verhandlungen über die Gültigkeit von Ehen und Ehescheidungen in katholischen Gebieten ausgedehnt werden, welche der geistlichen Jurisdiktion unterstehen¹⁹⁰. Dies stünde im Widerspruch zur katholischen Glaubenslehre¹⁹¹. Während seiner Rede wurde Augustini wiederholt von einigen Senatoren unterbrochen, die sich über sein Misstrauen und seine juristischen Spitzfindigkeiten ärgerten. Einige Senato-

186 Ebd., R 30 (2. Januar 1800), Rede Augustinis über die Primarschulen, 57-60.

187 Ebd., 58.

188 Ebd., R 28 (27. Dezember 1798), Rede Augustinis über die Rechtsstellung der unehelichen Kinder, 244. Vgl. auch Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2, 824.

189 Ebd., R 28 (19. November 1798), 52.

190 Ebd., R 29 (30. April 1799), Rede Augustinis gegen die Übertragung von Ehesachen an Zivilgerichte, 79f.

191 Augustini zitierte wörtlich den folgenden katholischen Glaubenssatz: «Derjenige, der sagen würde, dass die Ehehändler nicht dem geistlichen Richter gebühren, der ist von der Religion ausgeschlossen». Vgl. ebd., 80.

ren hielten ihn für einen Fanatiker oder für gefährlich. Senator Johann Melchior Kubli bemerkte, dass «Augustini nicht bei Verstand sei»¹⁹². In seiner Autobiographie dramatisierte Augustini dieselbe Situation. Auf allen Seiten habe man «embas le protecteur des calottes» geschrien. Er sei sogar in Gefahr geraten, während der Rede ermordet zu werden! Schliesslich bewirkte Augustini laut eigener Angabe mit seiner «dichtige[n] Rede» die Verwerfung der Resolution¹⁹³. Rund acht Jahre später behauptete er, dass sich das Direktorium dermassen über die Verwerfung der Resolution aufgeregt hatte, dass es in einem Brief an das «comité secret» seine Inhaftierung in der Zitadelle von Strassburg gefordert habe. Das Direktorium verlangte diese Massnahme, weil es sonst im Senat keine liberalen Gesetze mehr durchsetzen könnte. Die französische Regierung habe diesem Wunsch des helvetischen Direktoriums nicht entsprochen. Augustini hielt mit grosser Befriedigung fest, dass er sich als einziger Katholik im Senat gegen den Eingriff des Direktoriums in die geistliche Ehegerichtsbarkeit gewehrt habe¹⁹⁴.

Er lehnte einen Gesetzesentwurf des Grossen Rates, der die Heiraten zwischen Geschwisterkindern erlauben wollte, ab. Augustini machte dafür drei Gründe¹⁹⁵ geltend:

1. Dieses Gesetz fördere die Heiraten innerhalb einer aristokratischen Familie. Diese würde ihre Geschwisterkinder aus Standesdünkel miteinander verheiraten. Ein Aristokrat bewaise sein Einstehen für die Revolution dadurch, dass er seine Kinder mit gewöhnlichen Bürgern verheirate.

2. Das Gesetz ermögliche die Heirat zwischen Kindern reicher Geschwister, wodurch eine Familie ihr Vermögen besser zusammenhalten könne. Dadurch drohe eine Aristokratie des Geldes. Augustini gestand ein, dass dies der verlockendste Punkt der Resolution sei: «(...) Ich bekenne meine Schwachheit; in dieser Aussicht kitzelt auch mich die Annahme dieser Resolution».

3. Durch die Annahme des Gesetzes führe man eine «Aristokratie der Denkarthen» ein:

«Gleich und gleichs gesellt sich gern. Gleich denkende Brüder (sey es religiöse oder politische, gar contrerevolutionarische Meinungen betreffend) werden ihre Kinder auch untereinander verheyrathen, und so giebt mann ihnen eine Gelegenheit, die aristocratischen Denkarthen zu verewigen und diesfalls die gesuchte Aufklärung zu verfählen».

Die Argumente Augustinis gegen diese Resolution stehen in krassem Widerspruch zu seinem persönlichen Verhalten, bemühte er sich doch während seines ganzen Lebens fieberhaft um den Erwerb von Adelstiteln und betonte immer wieder seine adelige Abstammung.

Strafrecht: Am 3. Dezember 1798 stellte er als Kommissionsmitglied die Resolution betreffend die «Desertion und Feigen» vor. Diejenigen, die sich der

192 Ebd., 83.

193 Autobiographie, 194.

194 Fonds Hans Anton von Roten, Notizen Augustinis über seine Erlebnisse von 1798-1807.

195 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 28 (17. Oktober 1798), Rede Augustinis über die Heirat zwischen Geschwisterkindern, 35f.

Exerzierpflicht durch Flucht entzogen, wurden nicht strafrechtlich verfolgt, wenn sie sich innerhalb von sechs Wochen stellten. Taten sie dies nicht, entzog ihnen der Staat das helvetische Bürgerrecht. Wer in nicht vom Staat anerkannte Solddienste trat, musste bei seiner Ergreifung mit 10 Jahren Kerkerhaft rechnen. Den Leuten, die emigrierten und sich dem Widerstand gegen die Helvetische Republik anschlossen, drohte die Todesstrafe¹⁹⁶.

Augustini empfahl die Annahme der Resolution mit patriotischen Worten:

«Last uns Gesandte Helwetiens eine Resolution annehmen, die ein ewiges Denkmal seyn wird der drey ersten republikanischen Tugenden, der vätterlichen Nachsicht im Irrthum, der vätterlichen Verbesserung in Bosheit und der Brutusmässigen Vatterstrenge in der Unverbesbarlichkeit der ausgearteten Söhne der Winkelriede»¹⁹⁷.

Die hier angeführten drakonischen Strafen erstaunen angesichts der schwierigen politischen Lage der Helvetischen Republik nicht.

Nachdem Frankreich im zweiten Koalitionskrieg in der Schweiz wieder die Oberhand gewonnen hatte, beriet der Senat am 28. Februar 1800 über ein Amnestiegesetz für politische Gefangene. Augustini befürwortete die Begnadigung der «Staatsverbrecher» aus humanitären Gründen. Er machte sich jedoch keine Illusionen über die freigelassenen Aufständischen:

«Denn bei solchen Staatsverbrechen, dern Triebfedern politische Meinungen sind, können noch Beredungen, noch Guttathen, noch Vergeben, noch Straffen die Verbrecher überhaupt von ihren Gedanken weckbringen und zu einem ächten Bürger umschaffen»¹⁹⁸.

Die unveränderte politische Gesinnung der Begnadigten zeigte er am Beispiel des Wallis auf. Die meisten Anführer des Aufstandes von 1798¹⁹⁹, die bis zu ihrer Begnadigung Gefängnisstrafen verbüsst hatten, seien ein Jahr später wiederum an der zweiten Erhebung gegen die Franzosen²⁰⁰ beteiligt gewesen²⁰¹. Eine weitere Erhebung der Begnadigten befürchtete Augustini nicht. Spöttisch hielt er fest:

196 Ebd., (3. Dezember 1798), Rede Augustinis bezüglich der Resolution über die Deserteure und Feiglinge, 195-197.

197 Ebd., 197.

198 Ebd., R 30 (28. Februar 1800), Rede Augustinis über die politische Amnestie, 133.

199 Der erste Aufstand der Oberwalliser (1. Mai - 20. Mai) gegen den verhassten helvetischen Einheitsstaat konnte von französischen, waadtländischen und vereinzelt Unterwalliser Truppen unter der Führung von General Lorge schnell beendet werden. Nach dem misslungenen Aufstand besetzten französische Truppen die Oberwalliser Dörfer. Vgl. Donnet, *La Révolution de 1798*, Bd.2, 124-279.

200 Der zweite Aufstand der Oberwalliser gegen die Franzosen dauerte vom 21. April bis zum 8. Juni 1799. Gründe für den Aufstand waren das den Wallisern aufgezwungene neue politische Regime, die Schaffung einer helvetischen Miliz, die neue Finanzorganisation, die vermeintliche Gefährdung der Religion und die Einschränkung der persönlichen Freiheit. Der Aufstand wurde von französischen Truppen mit äusserster Härte niedergeschlagen. Danach wurden viele Dörfer des Oberwallis geplündert und verbrannt. Dank Spenden aus andern Schweizer Kantonen konnte das Leid und die Not gelindert werden. Hungernde Kinder fanden im Unterwallis, im Kanton Léman, in Freiburg und Solothurn bei Familien Aufnahme. Vgl. *Salamin*, *Histoire politique*, 58, 71-76 u. 221; ders., *Pierre-Joseph de Chastonay et l'insurrection de 1799*, 243.

201 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 30 (28. Februar 1800), 133f.

«Die Amnistie kann dem Vatterlande nicht schaden, sollten auch alle Begnadigte den nämlichen Willen wieder das Vatterland im stillen, falschen Busen tragen. Sie sind ohne Führer, ohne Waffen, ohne Brod. Ihnen kann nur der Willen wie bei einem 80jährigen Buhler übrig seyn»²⁰².

In der Senatsversammlung vom 18. Oktober wurde diskutiert, ob der Staat weiterhin die Güter von Selbstmördern einziehen solle. Augustini erachtete diese Gesetzesregelung als einzige Möglichkeit, um den Selbstmörder von diesem Schritt abzuhalten:

«Das Suicidium kann auf den Verbrächer nicht anderst gestraft werden als durch die Confiscation seiner Güter, weil der Todte keine körperliche Straffe empfinden kann. Die Gesezgeber glaubten, dass der Verbrecher durch das Bewustseyn, dass seine Güter dem Fisco zukommen und seinen eigenen Kindern weckgenommen werden, gestraft, ja durch die vätterlichen Triebe von solcher Schandthat würde abgehallten werden, damit er nicht seine unschuldigen Kinder mit seinem Verbrechen in das Unglück ziehe»²⁰³.

Bei Aufhebung der Konfiskationsstrafe befürchtete er eine Zunahme der Selbstmordrate. Den Suizid erachtete Augustini als moralisch verwerfliche Sache, weil der Selbstmörder dem Staat einen Bürger und Soldaten, seiner Gattin den Mann, seinen Kindern den Vater und seinen Eltern ihr Kind raube. Obwohl Augustini eingestand, dass die Kinder nicht für die Verbrechen ihrer Eltern büssen sollten, beharrte er aus rechtlichen und präventiven Gründen auf der Konfiskation der Güter eines Selbstmörders²⁰⁴.

Erwerb des Schweizer Bürgerrechts: Augustini wandte sich gegen die im Senat vorgeschlagene erleichterte Einbürgerung von Ausländern. Der neue Gesetzesentwurf sah vor, dass ein Ausländer, der während eines zehnjährigen Aufenthaltes in der Schweiz zu keinen Klagen Anlass gegeben hatte und über ein Grundstück von 3000 Pfund verfügte, die helvetische Staatsbürgerschaft beantragen durfte. Augustini betonte, dass in der Zeit vor der Revolution die Einbürgerungskriterien viel strenger gewesen seien. Die Schweizer Bürger würden diese erleichterte Einbürgerung nicht verstehen. Augustini forderte ein Leumundszeugnis des Einbürgerungswilligen aus dessen Herkunftsland. Damit wollte er verhindern, dass Kriminelle das Bürgerrecht erlangen und zu politischen Ämtern aufsteigen konnten²⁰⁵.

Durch die Erhöhung der finanziellen Anforderungen zur Erlangung der Schweizer Nationalität wollte Augustini dem Staat spätere armengenössige Eingebürgerte ersparen, befürchtete er doch eine Überschwemmung Helvetiens mit ehrlosen Leuten. Jeder Ausländer, der das helvetische Bürgerrecht erwerben wollte, sollte sich neben dem Nachweis eines Grundstückes im Wert von 3000 Pfund noch in

202 Ebd., 134.

203 Ebd., R 28 (18. Oktober 1798), Rede Augustinis über den Selbstmord, 47.

204 Ebd., 47f.

205 Ebd., R 30 (3. März 1800), Rede Augustinis über den Erwerb des Schweizer Bürgerrechts, 147f.

ein Gemeindegut einkaufen. Um seine Haltung zu rechtfertigen, verwies Augustini darauf, dass es für einen Schweizer Bürger, der aus eigenem Verschulden Bankrott gemacht habe, schwieriger sei, sein Bürgerrecht wieder zu erlangen, als für einen Ausländer ins schweizerische Bürgerrecht aufgenommen zu werden²⁰⁶.

Aus seiner Schrift über die Einbürgerungen lässt sich Augustinis Misstrauen gegenüber den Ausländern, ja sogar eine gewisse Fremdenfeindlichkeit herauslesen. An einer Stelle wird dies explizit:

«Brüder Senatoren, Glück zu! Wenn ihr keine andere Praecautio[n]en nehmen wollt als die Scheinne der gutten Aufführung wehrend dem 10jährigen Auffenthalt in Helwetien, so zweifle ich nicht, mann werde früher oder später gebrandmarchete Frömde in der Regierung finden. Denn die Frömde sind insgeheim gutte Schwetzer, Intriganten und Heuchler»²⁰⁷.

Einerseits erstaunen diese fremdenfeindlichen Äusserungen des eingebürgerten Wallisers, anderseits erklärt sich dieses Verhalten dadurch, dass er durch seinen Superpatriotismus den Senatoren seine Loyalität zur Schweiz beweisen wollte.

5.2.5 Rede- und Pressefreiheit

In einer scharfen Rede verurteilte Augustini am 15. Mai 1800 die Auswüchse der Rede- und Pressefreiheit:

«Da ist wiederum eine neue Probe der schönen Früchte der Press-, Schreib- und Redefreiheit. Ein jeder Papierschmihrer glaubt bald, er därfte sogar im Drucke alle Spott und Schande nicht nur wieder einzelne Glieder, sondern sogar wieder sammentliche höchste Autoritäten ausspeyen und nach Belieben verbreiten. (...) Solche Brandstifter, deren Urheber sind auf einmal Staatsverbrecher, Räuber, Mörder, Mordbränner, Schänder und Lästerer. Ja! Sie, die verfluchten Räuber stehlen den rechtmässigen Gewalten ihre Ehre, das theürste jedes Menschen, und das Zutrauen des Volckes, ohne welches sie das Wohl des Vatterlandes nicht bewircken können, und so richten sie das Vatterland zugleich zugrund, solche Abentheü[r]er, solche Vatterlandsmörder»²⁰⁸!

Besonders heftig kritisierte er Priester, die unter Missbrauch ihres Hirtenamtes und mit Hilfe ihres gesellschaftlichen Ansehens das Volk zu Aufständen verleiteten. Augustini bezeichnete sie als Volksverführer und «Schande ihres heiligen Standes». Sie nützten die Ahnungslosigkeit des Volkes aus, das glaube, dass «ihr Lehrer nicht betrogen könne, der Wolff, der im Hirtenamte ihnen täglich wieder die Lüge und die Verläumdung predige». Augustini wies auf die schlimmen Folgen der Aufstände in Nidwalden und im Wallis hin. Er beklagte sich auch über

206 Ebd., 149-151.

207 Ebd., 149.

208 Ebd., (15. Mai 1800), Rede Augustinis über die Pressefreiheit, 321.

die Polizei, die gegen die Verfasser von «Brandschriften» nur halbherzig vorgehe, obwohl sie von den gesetzgebenden Räten dazu angehalten werde. Man habe bis jetzt nur einen Schreiber von staatsfeindlichen Schriften verurteilt. Den Leuten, die sich über die Pamphlete gegen den Staat lustig machten und sie ignorierten, empfahl Augustini eine Reise nach Stans oder ins Wallis, wo ihnen ob den Folgen des Aufstandes das Lachen vergehen werde. Augustini forderte die Pressezensur mit dem Hinweis, dass «auch der grosse Bonaparte auf die Zeitungsschreiber acht gegeben habe»²⁰⁹.

Die Zensurbestrebungen Augustinis erklären sich nicht nur aus seinen Staatsschutzbestrebungen, sondern auch aus einem persönlichen Motiv.

Am 24. September 1799 wurde im «Helvetischen Blatt» ein tendenziöser Artikel publiziert, in dem man ihm unter anderem vorwarf, er sei an der Planung des zweiten Aufstandes der Oberwalliser gegen die Franzosen von 1799 beteiligt gewesen²¹⁰. Dieser Vorwurf war unhaltbar, weil Augustini die Oberwalliser von der Aussichtslosigkeit ihrer Erhebung gewarnt hatte²¹¹. Zudem wurden seine Häuser in Leuk von den aufständischen Oberwallisern besetzt und geplündert²¹². In der folgenden Ausgabe des «Helvetischen Blatts» widerlegte er die fadenscheinigen Anschuldigungen. Augustini verlangte zudem den Namen des Verfassers, um ihn gerichtlich belangen zu können²¹³.

5.2.6 Militärwesen

Am 24. April 1800 hielt Augustini fest, dass im Senat Einigkeit über die Notwendigkeit einer helvetischen Armee zur Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern und zur Verteidigung gegen aussen bestehe. Gegen die Verfügungsgewalt des Vollziehungsausschusses über die Armee hatte er Vorbehalte anzubringen²¹⁴:

«Die vollziehende Gewalt verfügt über die bewafnete Macht - sie ernennt ohne Ausnahme alle obern und andern Officiers; daher ist es gewis, dass alle Officiers Kreaturen der vollziehenden Gewalt sind. Es ist in der Natur der Sache, dass in einem ausserordentlichen Falle, wenn zwieschen der gesezgebenden Gewalt und der vollziehenden Gewalt ein Zwischt vorfallen sollte, die Officiers alle, als die ihren Stand der vollziehenden Gewalt schuldig sind, alle für diesselbe getragen wären, sollte auch alle Gerechtigkeit auf der Seite der Gesezgebung seyn».

209 Ebd., 321f.

210 Ebd., 7f.

211 Autobiographie, 195.

212 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 30 (7. Januar 1800), 64f.

213 Ebd., 9.

214 Ebd., (24. April 1800), Rede Augustinis über die helvetische Armee, 263f.

Augustini erinnerte wahrscheinlich an den missglückten Versuch der Direktoren Laharpe²¹⁵, Oberlin und Sécrétan, sich mit Hilfe der Armee ihrer Entlassung aus dem Direktorium zu widersetzen. Zudem zeige die Geschichte, dass die «Auctorität, welche über die bewafnete Macht» befehle, «der Freiheit der Völker gefährlich» sei²¹⁶.

Es sei nicht sinnvoll, dem Senat und Grossen Rat Wachen zur Verfügung zu stellen, weil die Exekutivgewalt ohne Konsultation der gesetzgebenden Räte Truppen an den Regierungssitz beordern dürfe und die Wachen dem Kommando des Vollziehungsrats unterstünden²¹⁷.

Augustini wollte mehrere Instanzen am Entscheid über die Wahl, Funktion und Verfügungsgewalt dieser speziellen Wachen zum Schutz der Legislative und Exekutive beteiligen:

«Ich schlage sohinn folgende Artickel vor als Zusatz zu dem 106. Artickel, theils, um die Wache der gesezgebenden Rätthe und der vollziehenden Gewalt auszumachen, die verhältnissmässig von allen Wahlkreissen genohmen, von ihren Waffenbrüdern gewählt, die Befehlshaber aber über jede Wache von jeder respectiwen Auctorität für welche die Wache bestimmt ist, ernamset werden. Das gesezgebende Corps bestimmt die Stärcke, die Arth und die Dauer dieses Dienstes»²¹⁸.

Die vorgesehene Schaffung einer Leibgarde für die ausführende und gesetzgebende Behörde mag für uns befremdlich wirken, zeigt aber auf, dass das neue politische System im Volk überhaupt nicht verankert war und die neue Elite sich bedroht fühlte. Der Ergänzungsvorschlag Augustinis zeugt von einem gewissen Misstrauen gegenüber der Exekutive.

Dass dies durchaus berechtigt war, bewies der 2. Staatsstreich vom 7. August 1800, durch den der republikanisch gesinnte Vollziehungsausschuss die Annahme eines Verfassungsprojektes der Patrioten verhinderte und zugleich den Senat und den Grossen Rat zur Selbstauflösung zwang²¹⁹.

215 Laharpe wollte durch einen Staatsstreich die Macht übernehmen. Napoleon unterstützte das Vorhaben des Waadtländers nicht. Laharpes Plan wurde jedoch bekannt und ein spezieller Untersuchungsausschuss gebildet. Der Bericht dieser Kommission empfahl den beiden Räten die Abschaffung des Direktoriums. Die Exekutive sollte Franz Peter Savary und Johann Rudolf Dolder übertragen werden. Diese Forderungen wurden vom Senat und Grossen Rat am 7. Januar 1800 akzeptiert. Zuvor hatte Napoleon Laharpe endgültig fallen gelassen. Somit wurden Laharpe und seine beiden Parteigänger Oberlin und Sécrétan gestürzt. Als neue Exekutive wählten die beiden Räte einen Vollziehungsausschuss, der aus sieben Mitgliedern bestand. Vgl. Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2, 810. Augustini hielt fest, dass die Zustimmung zur Einsetzung einer Untersuchungskommission den gesetzgebenden Räten aufgezwungen worden sei. Der Senat und Grosse Rat dürften ihre Gewalt laut Verfassung nicht delegieren. Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 30 (20.-31. Januar 1800), Diverse Interventionen Augustinis, 78f.

216 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 30 (24. April), 264f.

217 Ebd., 264.

218 Ebd., 265.

219 Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2, 810.

Der Vorschlag Augustinis, der der Exekutive und der Legislative die Wahl des Befehlshabers ihrer «Privatgarde» überliess, hätte beim 2. Staatsstreich zu gefährlichen Konfrontationen zwischen den beiden Garden führen können, wenn man bedenkt, wie heftig sich der Senat seiner Auflösung widersetzte. Diese potentielle Gefahr konnten auch seine Vorsichtsmassnahmen (föderalistisches Prinzip der Auswahl, Entscheidungsgewalt des gesetzgebenden Korps über die Grösse, Aufgabe und Organisation der Garden) nicht ausschliessen. In erster Linie wollte Augustini damit aber die militärische Macht des Vollziehungsausschusses einschränken.

Am 4. Mai 1800 teilte Augustini dem Vollziehungsausschuss in einem Brief mit, dass man im Oberwallis heimlich Soldaten für das Regiment de Courten im englischen Solddienst anwerbe. Bereits seien 13 junge Leute aus dem Bezirk Mörel verpflichtet worden und hätten das Wallis verlassen. Ein Gewährsmann aus Brig hatte ihn über die Anwerbung und deren Hintergründe informiert²²⁰.

Augustini betonte, dass die grosse Armut nach dem zweiten Aufstand gegen die Franzosen die Hauptursache für dieses Verhalten einiger junger Leute sei²²¹.

Er befürchtete, dass die Einquartierung einer französischen Division die Not im Oberwallis noch vergrössern werde und sich noch mehr junge Leute als Söldner bei den Gegnern Frankreichs verdingen würden. Augustini bat den Vollziehungsausschuss um grösste Verschwiegenheit, weil man seine Mitteilungen falsch interpretieren könnte. Das Regiment im englischen Solddienst werde zudem von Louis de Courten, seinem nahen Verwandten, geführt. Augustini wollte nicht als «Denunziant und Spion» eines Verwandten gelten²²². Der Präsident des Vollziehungsausschusses Dolder dankte Augustini für den Hinweis und teilte ihm mit, dass er die dafür zuständigen Stellen beauftragt hätte, Massnahmen gegen diese Anwerbungen zu treffen²²³.

5.2.7 Aussenpolitik

Am 19. August 1798 musste das helvetische Direktorium mit Frankreich eine Offensiv- und Defensivallianz abschliessen. Der Vertrag kam nur dank massivem französischem Druck zustande. Das helvetische Direktorium konnte sich mit seiner Forderung nach einem Defensivvertrag nicht durchsetzen. Die Schweiz war somit verpflichtet, Frankreich auch für Offensivkriege Hilfstruppen zu stellen²²⁴.

Auch Augustini hatte diese Offensivallianz abgelehnt. In einer Motion beantragte er im April des Jahres 1800, die Urversammlungen der Helvetischen Republik über offensive Kriegserklärungen entscheiden zu lassen. Dieses Recht sollte

220 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 30 (4. Mai 1800), Brief von Augustini an den Vollziehungsausschuss, 275.

221 Ebd.

222 Ebd., 276.

223 Ebd., 277, Brief von Dolder an Augustini vom 5. Mai 1800.

224 Handbuch der Schweizer Geschichte, 802.

in der Verfassung verankert werden. Augustini begründete die Motion damit, dass der Entscheid über eine offensive Kriegserklärung den Bürgern als Direktbetroffenen und nicht den Senatoren zustehe. Die Mitglieder des Senats seien amts- und altershaber vom Kriegsdienst dispensiert. Er wies zudem darauf hin, dass die Neutralitätspolitik und der Verzicht auf jegliche Kriegserklärungen der Schweiz eine lange Friedensperiode ermöglicht habe. Jede offensive Kriegserklärung berge grosse Gefahren in sich, weil der Friede vom Sieger und nicht von der kriegserklärenden Partei diktiert werde. Er betonte auch, dass sich bei einem Entscheid der Urversammlungen für eine offensive Kriegserklärung Zwangsrekrutierungen erübrigen würden²²⁵.

5.2.8 Augustinis Interventionen für das Wallis

Nachdem die Senatoren aus dem Oberwallis erfahren hatten, dass ab Dezember 1798 3000 französische Soldaten im Wallis einquartiert werden sollten, schrieb Augustini im Namen seiner Kollegen eine dringende Bittschrift an das helvetische Direktorium. Die Abgeordneten erklärten sich zwar mit der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Wallis nach der Niederschlagung des Aufstandes von 1798 einverstanden, betonten jedoch, dass ein solches Truppenaufgebot vom Wallis nicht ernährt werden könne. Das Direktorium, das die wirtschaftliche Situation des Wallis nicht genügend kenne, hätte vor einer solchen Massnahme dessen Volksvertreter konsultieren sollen. Nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung habe das Wallis eine beträchtliche Kontribution an Frankreich entrichten müssen. Nach dem Aufstand von 1798 habe das Volk eine ansehnliche französische Besatzungsarmee unterhalten. Zudem seien Sitten und weitere Ortschaften geplündert worden²²⁶. Augustini schilderte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Wallis sehr anschaulich und appellierte an das Mitgefühl des Direktoriums²²⁷.

Augustini wies darauf hin, dass die Freunde der Revolution von 1798 in den Hauptorten der Bezirke zu finden seien. Es wäre nicht sehr klug, diese «Wohlgesinnten» durch Einquartierungen grosser Truppenteile zu verärgern. Augustini dachte hier wahrscheinlich an die grösseren Ortschaften wie beispielsweise St-Maurice und Monthey in den ehemaligen Untertanengebieten. Er glaubte nicht

225 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 30 (2. April 1800), Rede Augustinis über die Offensiv- und Defensivallianz mit Frankreich, 237-243.

226 Ebd., R 28 (23. Dezember 1798), von Augustini im Namen der Oberwalliser Senatoren verfasster Brief an das helvetische Direktorium wegen der Einquartierung französischer Truppen im Wallis, 239.

227 «La plaine est en grande partie occupée par le Rhône. Un[e] partie de ce pays a souffert la maladie des moutons qui faisoient un objet considérable de leurs ressources. Au printemps on y est obligé de faire des manœuvres innombrables au Rhône aux frais et à la nourriture des particuliers. Le peuple s'y nourrit en grande partie des pommes de terre. Qu'on lui donne à présent trois milles hommes qui lui mangeront ses pommes de terre, qui logeront dans sa petite chambre, coucheront dans son pauvre lit unique, pendant que la mère, le père et les enfants gèleront dans une grange, il n'aura rien à manger lui-même, il sera malade au printemps, il n'aura pas seulement des pommes de terre pour en planter». Vgl. ebd., 240f.

darán, dass sich die Soldaten selber verpflegen würden, ohne die Bevölkerung zur Herausgabe von Lebensmitteln zu zwingen. Die Oberwalliser Senatoren baten die helvetischen Direktoren, die Zahl der Soldaten zu verringern. Ausserdem solle der Nationalpräfekt Charles-Emmanuel de Rivaz dazu angehalten werden, revolutionsfeindliche Gegenden durch Einquartierungen stärker zu belasten²²⁸.

Am 23. April 1799, kurz nach Ausbruch des zweiten Aufstands gegen die Franzosen, schlug Augustini vor, ausgewählte Gesandte aus dem Kanton Oberland sollten den rebellierenden Oberwallisern ihre Pläne ausreden. Das Berner Oberland hatte sich kurz zuvor erfolglos gegen die Franzosen erhoben. Augustini hatte erfahren, dass es Verbindungen zwischen den aufständischen Oberwallisern und den Oberländern gab. Er hielt diese Taktik für erfolgversprechender als das Vordringen der französischen Truppen ins Goms, wo der Aufstand begonnen hatte und aufgrund der Topographie verlustreiche Kämpfe drohten. Nach erfolgreicher Mission der Oberländer Gesandten befürwortete Augustini eine exemplarische Bestrafung der Anführer des Aufstandes²²⁹.

Das Direktorium ging auf den Vorschlag Augustinis nicht ein. Bereits vorher hatte Augustini den Präsidenten des Direktoriums, Peter Ochs, vor einem bevorstehenden Aufstand im Wallis gewarnt. Dieser lehnte Verhandlungen ab und bevorzugte einen Waffengang, um die Anhänger des Ancien Régime vernichtend zu schlagen²³⁰.

Am 16. Januar 1800 wies Augustini auf das grosse Elend im Wallis nach dem zweiten Aufstand gegen die Franzosen hin. Er befürchtete in einzelnen Gegenden den Ausbruch einer Hungersnot und der Pest, falls die Hilfsmassnahmen nicht verstärkt würden. Danach dankte er zwei Waadtländer Frauen mit warmen Worten, die 100 Walliser Kinder mit Kleidern versorgt hatten²³¹.

Rund zwei Monate später hielt Augustini in einem Brief an den helvetischen Vollziehungsausschuss fest, dass dem Wallis viel Elend erspart worden wäre, wenn das helvetische Direktorium im Frühling des Jahres 1799 seine Warnungen vor einem bevorstehenden Aufstand im Oberwallis ernst genommen und entsprechende Massnahmen getroffen hätte. Viele Bürger hätten in den Kämpfen ihr Leben verloren und nun müsse der Staat grosse Summen zur Linderung der Not ausgeben²³².

Augustini verlangte vom Vollziehungsausschuss materielle Unterstützung, um die bittere Not im Oberwallis zu lindern. Zudem sollten die Besatzungstruppen sich selber versorgen²³³. Um die Notwendigkeit seiner Forderungen zu unterstreichen

228 Ebd., 241.

229 Ebd., R 29 (23. April 1799), Brief Augustinis an das helvetische Direktorium, 3.

230 Vgl. Autobiographie, 195.

231 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 30 (16. Januar), Intervention Augustinis für das vom Hunger bedrohte Wallis, 75f.

232 Ebd., (22. März 1800), Brief Augustinis an den Vollziehungsausschuss der Helvetischen Republik, 201.

233 Ebd., 206.

chen, zitierte Augustini den Bericht eines Unterwalliser Magistraten, der ihn über die Zustände im Distrikt Ernen informiert hatte²³⁴.

Augustini beklagte sich darüber, dass das alte Direktorium in Krisenzeiten wiederholt Kommissäre aus der Waadt ins Wallis geschickt habe, die mit den Verhältnissen im Kanton nicht vertraut waren. Man hätte besser einen Kommissär katholischer Konfession aus einem anderen Kanton oder dem unteren Landesteil mit den schwierigen Missionen betraut. Ausserdem bestehe eine uralte Antipathie zwischen den Waadtländern und den Wallisern. Er hoffte, dass der Vollziehungsausschuss die Meinung der Walliser Abgeordneten stärker berücksichtige als das alte Direktorium²³⁵.

Augustini stellte fest, dass das Wallis bei der Besetzung von höheren politischen und militärischen Ämtern regelmässig zu Gunsten der reichen Kantone benachteiligt werde²³⁶.

Tatsächlich berücksichtigte das ehemalige Direktorium bei der Vergabe der Offiziersstellen in der Nationalgarde keine Walliser²³⁷. Augustini bezeichnete die starke Berücksichtigung von Offizieren aus den Kantonen Léman, Solothurn und Freiburg als Nepotismus, weil jeder dieser Kantone einen Direktor stellte²³⁸.

Sein Groll über die Zurückstellung der Walliser hatte jedoch auch persönliche Gründe, war er doch als Kandidat für das helvetische Direktorium viermal gescheitert.

In seinem Antwortschreiben sicherte der Vollziehungsausschuss Augustini Hilfe für das Wallis zu einem späteren Zeitpunkt zu. Der Ausschuss sei sich der schwierigen Lage im Oberwallis bewusst und bedauere, dass er derzeit nicht in der Lage sei, Hilfsgüter zu liefern. Informationen und Ratschläge für die Organisation der Hilfe im Wallis nehme man gerne entgegen²³⁹.

Ungefähr ein Jahr zuvor hatte Augustini für 15 junge Leute von Bourg St-Pierre, die für den Unterhalt der Passstrasse auf den Grossen St. Bernhard zuständig waren, eine Dispens vom Militärdienst erwirkt²⁴⁰.

234 «On m'écrit d'Ernen que si les troupes ne quittent pas bientôt Conche (c'est le district d'Ernen), beaucoup de familles seront obligés d'aller chercher du pain ailleurs, la misère y est extrême de même qu'à Brigue et ailleurs. Nous ne savons pas comment y faire passer les secours que nous recevons de l'étranger et du bas Valais, les chars étant fort rares (on en a brûlé par gaillardise dans les détestables pillages) et les militaires accablés aussi de la disette privent encore ces infortunés de subsistances qu'on leur envoie». Vgl. ebd., 205.

235 Ebd., 206f.

236 Ebd., 207.

237 Das Direktorium wies darauf hin, dass es eine Namenliste der Kandidaten aus dem Wallis erhalten habe, aber nur ungenügend über die Qualitäten dieser Offiziere informiert worden sei. Vgl. ebd., (12. März 1800), Rede Augustinis über die Verfassungsartikel, 166f.

238 Ebd., 167.

239 Ebd., (26. März 1800), Brief des Vollziehungsausschusses an Augustini, 197.

240 Vgl. ebd., R 29 (23. März 1799), Brief von Augustini an das helvetische Direktorium, 43f. sowie die Antwort von Direktor Bay an Augustini, 47f.

5.2.9 Augustinis Staatsauffassung

Wie bereits gesagt wurde, befürwortete Augustini einen Staat, der eine konsequente Sparpolitik betrieb. Vor allem der aufgeblähte helvetische Verwaltungsapparat wurde von Augustini immer wieder kritisiert. So sprach er sich im März 1800 in der Diskussion über einen neuen Verfassungsentwurf für die Abschaffung des «stoltze[n] nach der Monarchie schmekenden Geschmeiss der Ministerien» aus²⁴¹.

Augustini erkannte, dass ein Staatshaushalt nach französischem Muster mit direkter Besteuerung aus politischen und historischen Gründen in der Schweiz undurchführbar sei. Der Staat solle in allen Bereichen Geld einsparen:

«Der Religionsdiener wird von denjehnigen belohnt, die ihn nöthig haben. Der Tagelöhner, der Handwerker wird von dem bezahlt, dem er arbeitet, der Lehrer von seinen Le[h]rlingen, der Arzt von seinen Patienten, der Vormünder von seinen Klienten, der Vogt auf dem Vermögen der Pupillen, die Scheidrichter von denen, die sie wählen, billig sollen auch die Richter von denen bezahlt werden, die ihnen zu arbeiten geben»²⁴².

Für die Entlohnung des Klerus, der Lehrerschaft und der Richter griff Augustini auf die Praxis des Ancien Régime zurück. Als Ergänzung zu seiner Spardoktrin befürwortete er jedoch auch moderne steuerpolitische Massnahmen (Einzug von Kontributionen nach Vermögenshöhe des einzelnen Bürgers, Ausdehnung der indirekten Steuern).

Als die patriotische Senatsmehrheit im März 1800 die Bildung eines Staatsrats vorschlug, der das Direktorium und die Minister ersetzen und von den gesetzgebenden Räten gewählt werden sollte, pochte Augustini auf das Vorschlagsrecht der Urversammlungen. Die Wahl der Kandidaten behielt er den Urversammlungen der neu eingeteilten kleinen Distrikte vor²⁴³.

Augustini lehnte das von den Republikanern vorgeschlagene Verfassungsprojekt ab, welches direkte Wahlen ausschloss und ein elitäres, sich selbst ergänzendes Notablenregime errichten wollte, dem die Wahlen und die wichtigen Befugnisse obliegen sollten²⁴⁴.

Es fällt auf, dass der Advokat Augustini in dieser Sachfrage die bäuerlich-patriotische Mehrheit unterstützte.

Der republikanisch gesinnte Vollziehungsausschuss verhinderte jedoch mit französischer Unterstützung das Inkrafttreten der neuen Verfassung durch den zweiten Staatstreich vom 7. August 1800²⁴⁵.

Augustini betrachtete die Zehnten als privatrechtliche Schuld, die der bisherige Zehntpflichtige dem Zehntbesitzer durch eine einmalige Ablösesumme entgelten müsse. Hier vertrat er die gleichen Prinzipien wie die Republikaner²⁴⁶.

241 Ebd., R 30 (12. März 1800), 168.

242 Ebd., 173.

243 Ebd., (20. März 1800), Rede Augustinis über das neue Verfassungsprojekt, 209-212.

244 Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2, 810.

245 Ebd.

246 Ebd., 818.

Seine Vorstellungen über das Verhältnis von Kirche und Staat waren von vorrevolutionärem Gedankengut geprägt. Augustini verteidigte im Senat mit Vehemenz die Rechte der katholischen Kirche und Konfession. Die Regelung des Kirchenwesens wollte Augustini den einzelnen Kantonen überlassen.

Im September 1801 sollte die helvetische Tagsatzung die Verfassung von Malmaison formell annehmen. Die Mehrzahl der Tagsatzungsabgeordneten war jedoch unitarisch gesinnt und begann sogleich mit der Umarbeitung der Verfassung nach einheitsstaatlichen Prinzipien. Darauf verliessen die föderalistisch gesinnten Abgeordneten die Tagsatzung²⁴⁷.

Augustini gehörte zu den Befürwortern eines gemässigten Einheitsstaates:

«Jeder ist oder für das Systeme der vollkommenen Einheit oder jehnes des Federalismus oder für den Mittelweg gefast und wird dabei bleiben. (...) Uebrigens wenn mann betrachtet, dass das Federatifwesen unsere Schwachheit, oft Zwie-tracht und dadurch unsern Untergang befördert hat, wenn mann erwegt, dass in Federatifconstitutionen die Stimmen oft noch nicht alle eingeholt sind, da die Antwort wegen Änderung der Umstände ein vollkommenes après dîne[r] m[o]ltar-de schohn geworden ist. Wenn mann betrachtet, dass in Federatifconstitutionen oft wüttende Völckregierung, oft seine regiergührige Familien auch eiserne Zepter haben. Wenn ich mich erin[n]re, wie unseres Volck die besten Auctoritäten nur darum, weil sie in der neuen Ordnung der Dinge Ämter angenommen haben, grausam mishandelt hat und sie samt ihrem Vermägen zu Grund gerichtet haben, wenn sie nicht die Macht der Einheit besiegt hätte. So finde ich Beweggründe für eine wohl verstandene Einheit»²⁴⁸.

Er verlangte, dass das Volk in der neuen Verfassung ausdrücklich als Souverän bezeichnet werde²⁴⁹.

Durch den von Frankreich angeregten dritten Staatsstreich vom 28. Oktober 1801 wurde diese Verfassung aufgehoben und durch Napoleons Diktat von Malmaison ersetzt²⁵⁰.

Zusammenfassend kann man Augustini weder als Patrioten noch als Republikaner bezeichnen. Je nach Sachfrage neigte er dem einen oder andern Lager zu oder knüpfte an das Gedankengut des Ancien Régime an. Seine Geisteshaltung wird sowohl von revolutionärem wie vorrevolutionärem Denken bestimmt.

Augustini befürwortete einen gemässigten Einheitsstaat, in dem das Mitspracherecht der Urversammlungen gegenüber der von Ochs ausgearbeiteten Verfassung²⁵¹ ausgebaut werden sollte. Die repräsentative Demokratie stellte Augustini

247 Ebd., 812.

248 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 189, Tagschrift Augustinis über die helvetische Tagsatzung vom September und Oktober 1801, 26.

249 Ebd., 31.

250 Vgl. Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2., 812.

251 Zu dieser Verfassung äusserte sich Augustini am 29. Januar 1800 im Senat folgendermassen: «Wir wollen die Ochso-Reubelsche durch fränckische Gewalt aufgetragene Constitution, der-gleichen eine die Francken selber jüngst eylfertig von sich werffen musten, auch aus Helwetzien verdrenge und eine dem Geist und den Bedürfnissen der Schweitzer angemässenere einführen». Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 30 (29. Januar 1800), diverse Interventionen von

jedoch nicht in Frage. Um die Finanzen der Helvetischen Republik in den Griff zu bekommen, forderte er nach alteidgenössischer Tradition immer wieder einen sparsamen Staatshaushalt und bescheidenen Verwaltungsapparat.

Eine Rückkehr zum föderalistischen Staat erachtete er als nicht mehr zeitgemäss. Augustini bezeichnete die föderative Struktur der alten Eidgenossenschaft als einen wichtigen Grund für ihren Untergang. Zudem fördere ein föderalistisches System in den Kantonen die Beschränkung auf wenige regimentsfähige Familien²⁵².

Hingegen hielt es Augustini für angebracht, die Regelung einzelner Sachfragen den Kantonen zu überlassen.

5.3 Kandidat für das helvetische Direktorium

Augustini wurde viermal als Kandidat für das helvetische Direktorium vorgeschlagen.

Nachdem der französische Regierungskommissär Jean-Jacques Rapinat die Absetzung der beiden Direktoren Ludwig Bay und Alphons Pyffer durchgesetzt hatte, wählte der Grosse Rat am 29. und 30. Juni 1798 die eigentlichen Promotoren der helvetischen Revolution Frédéric-César de Laharpe und Peter Ochs in die helvetische Exekutive. Augustini wurde als Kandidat für die Nachfolge von Bay und Pyffer nominiert²⁵³.

In der Ersatzwahl für die 4. Direktorenstelle entfielen auf den Sieger Laharpe 56 von 90 Stimmen²⁵⁴, Ochs erhielt 26 und Augustini 4 Stimmen. Bei der zweiten Direktorenwahl vom 30. Juni vereinigte Ochs 83 von 97 Stimmen auf sich²⁵⁵. Unter den restlichen vier Kandidaten erzielte Augustini das beste Resultat²⁵⁶.

Im Januar 1799 gab das Direktoriumsmitglied Johann Lukas Legrand aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt bekannt. Das Vorschlagsrecht für dessen Nachfolger fiel durch Losentscheid dem Senat zu. Dieser nominierte folgende fünf Kandidaten: Ludwig Bay (Bern), Johann Rudolf Dolder (Aargau), Tobias Barras (Freiburg), Johann Melchior Kubli (Glarus) und Anton de Augustini. In den ersten drei Wahlgängen schieden die Senatoren Barras und Kubli aus. In der Endausmar-
 chung behielt Bay gegenüber Augustini mit 70 zu 44 Stimmen die Oberhand²⁵⁷. Der Berner Bay schaffte somit zum zweiten Mal den Einzug ins Direktorium.

Augustini, 81.

252 Ebd., A 189, 26.

253 Autobiographie, 193. Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2, 801.

254 Für das absolute Mehr waren 46 Stimmen erforderlich.

255 AHSR, Bd.2, 353f.

256 Autobiographie, 193.

257 AHSR, Bd.3, 1004f; Augustini figurierte in jedem Wahlgang hinter Bay an zweiter Stelle. 1. Wahlgang: Bay 35, Augustini 24, Dolder 21, Kubli 21 und Barras 13 Stimmen. 2. Wahlgang: Bay 40, Augustini 33, Dolder 23 und Kubli 19 Stimmen. 3. Wahlgang: Bay 51, Augustini 38 und Dolder 27 Stimmen. 4. Wahlgang: Bay 70 und Augustini 44 Stimmen.

Augustini befand sich zum Zeitpunkt der Ersatzwahl in Leuk. Sein Cousin Peter Anton Preux, Suppleant am obersten Gerichtshof in Luzern, informierte ihn über den Verlauf der Wahl und die Gründe für sein Scheitern²⁵⁸.

Auch der zutiefst enttäuschte Augustini sah sich als Opfer einer Intrige. Als Hauptschuldigen für seine Nichtwahl betrachtete er Leopold de Nucé. Dieser habe die Mitglieder des Grossen Rates während der Wahl vor dem Aristokraten Augustini gewarnt. Letzterer hatte sich de Nucé zum Feind gemacht, als er für seinen Mandanten Jakob Valentin Sigristen einen Prozess gegen ihn gewann. Augustini war überzeugt, dass er ohne die Intervention de Nucé's und seine vom Senat bewilligte Abwesenheit die einträgliche Direktorenwürde erlangt hätte. Schliesslich habe man schon die Pferde an die Kutsche gespannt, um ihn im Wallis abzuholen²⁵⁹.

Augustini war überzeugt, dass mehrere Walliser Abgeordnete im Grossen Rat gegen ihn gestimmt hatten:

«Ich hatte 46 Stimmen²⁶⁰ ungeacht meiner Abwesenheit und der Bestrebung mehrerer Wallesaner wieder mich. Untreüe Wallisser! War schohn lang das Sprichworth. Es geschehe der Willen des Schöpfers und das Wohl des lieben Vatterlandes! Ich binn doch sehr fühlbar des Angedencken wegen vieler Stellvertreter des Volckes»²⁶¹.

In seiner Autobiographie hält Augustini mit Genugtuung fest, dass Ochs ihn als zukünftiges Mitglied des helvetischen Direktoriums betrachtete. Er bescheinigte ihm die dafür nötigen Fähigkeiten. Am Anfang einer Revolution «müsse man hauen und stechen und fortschreiten» und nicht dauernd über Religion und Gerechtigkeit reden, deshalb sei der Zeitpunkt für seine Wahl noch verfrüht²⁶².

Der von Laharpe betriebene Sturz Ochsens (25. Juni 1799) bot Augustini zum letzten Mal Gelegenheit nach drei vergeblichen Anläufen doch noch zur lang ersehnten Direktorenwürde zu gelangen. Erneut scheiterte er im entscheidenden letzten Wahlgang²⁶³. Der Waadtländer Philippe Secrétan trat die Nachfolge von Ochs an. Augustini führte seine neuerliche Nichtberücksichtigung²⁶⁴ auf sein Votum für die Beibehaltung der geistlichen Sondergerichtsbarkeit und der kirch-

258 «Oh, si j'avois eu connaissance plus tôt d'une aventure tramée dans le silence et travaillée avec art dans le deistain de vous en frustrer, j'auerois fait mon possible pour une réussite qui feroit honneur à notre canton, qui vous rendait justice et à vos talens et loyauté et pour ma grandissime et intime satisfaction, mais la chose a été conduite avec une telle précipitation et combinaison qu'à peine on pouvait respirer de son étonement que tout était consommé». Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 18 (31. Januar 1799), Brief von Peter Anton Preux an Augustini.

259 Autobiographie, 193.

260 Nach Preux und den AHSR, Bd.3, 1005, waren es 44 Stimmen.

261 Fonds Guillaume de Kalbermatten, R 29, 29f.

262 Autobiographie, 193.

263 Vgl. AHSR, Bd.4, 870ff.

264 Später behauptete Augustini, dass das helvetische Direktorium nach seinem Eintreten für die geistliche Sondergerichtsbarkeit in Ehesachen seine Wahl zum Direktoren durch Versprechungen, Drohungen und Verläumdungen bei den Mitgliedern des Senats und Grossen Rats hintertrieben habe. Vgl. Fonds Hans Anton von Roten, Notizen Augustinis über seine Erlebnisse von 1798-1807.

lichen Zehnten und Bodenzinse zurück. Ein «protecteur des calottes» sei als Mitglied des Direktoriums nicht erwünscht gewesen. Schon bei der Ersatzwahl für Legrand habe ihm sein Eintreten für die geistlichen Rechte geschadet²⁶⁵.

Diese Erklärung erscheint plausibel, wenn wir uns vor Augen halten, was für Proteststürme Augustini mit seinen Auffassungen über Religion, Kirche und Staat im Senat ausgelöst hatte²⁶⁶.

5.4. Augustinis diplomatische Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene

5.4.1. Die Verhandlungen um die Staatszugehörigkeit des Wallis 1801/1802 in Bern

Im Vertrag von Lunéville (9. Februar 1801) anerkannte Frankreich die Neutralität der Helvetischen Republik. Auf die strategisch wichtige Simplonstrasse wollte Napoleon nicht verzichten, deshalb forderte er von der helvetischen Regierung die Abtretung des linken Rhoneufers vom Genfersee bis nach Brig. Als Kompensation für diesen Gebietsverlust bot er der Schweiz das Fricktal an. Zudem galt die Abtretung des linken Rhoneufers als *conditio sine qua non* für eine föderalistische Verfassungsrevision in der Helvetischen Republik²⁶⁷.

Die Verhandlungen Frankreichs mit der Schweiz über die Abtretung dieses Gebietsteils erstreckten sich vom 25. Februar 1801 bis zum März 1802²⁶⁸, als sich Napoleon entschloss, das Wallis zur unabhängigen Republik zu erklären²⁶⁹.

Im Wallis stiess die vorgesehene Einverleibung des linken Rhonetales auf allgemeinen Widerstand. Die Verwaltungskammer entsandte deshalb ihre beiden Mitglieder Augustini und Jsaac de Rivaz sowie Peter Joseph de Riedmatten (Präsident des Kantonsgerichts) und Pierre-Louis du Fay (Unterpräfekt von Monthey) zu Verhandlungen mit der helvetischen Regierung nach Bern. Dort versuchte die Gesandtschaft in mehreren Gesprächen mit dem Vollziehungsrat und den Ministern der Helvetischen Republik die Einverleibung des linken Rhoneufers zu verhindern²⁷⁰.

Die Abgeordneten wiesen darauf hin, dass die grosse Mehrheit der Walliser bei der Schweiz bleiben wolle. Man könne die seit mehreren Jahrhunderten bestehende Union zwischen der Schweiz und dem Wallis nicht auflösen. Zudem bestünden Gemeinsamkeiten bezüglich der Mentalität und der Religion. Im Volk und Klerus herrsche ob der drohenden Einverleibung grosse Verzweiflung. Die Abneigung

265 Autobiographie, 196; Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2, 808.

266 Siehe oben, 38f.

267 *Salamin*, Histoire politique, 138ff.

268 Ebd., 132.

269 Ebd., 221.

270 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 187a (März 1801), Tagschrift Augustinis über die Verhandlungen der Walliser Gesandtschaft gegen die Abtretung des linken Rhoneufers an Frankreich, 3-11.

der Walliser gegen die Franzosen habe zu zwei unglücklichen Volksaufständen geführt. Es liege im Interesse der Schweiz, für die territoriale Unversehrtheit des Wallis einzustehen. Falls die linke Seite des Wallis Frankreich abgetreten werde, verliere die Helvetische Republik eine gute Handelsverbindung, die Post nach Italien und eine leicht zu verteidigende natürliche Grenze gegen Süden. Selbst wenn die Einverleibung dem Wallis politische und wirtschaftliche Vorteile verschaffen sollte, wären dessen Bewohner lieber arme Schweizer statt reiche Franzosen²⁷¹.

Am 13. März legte die Gesandtschaft in einem ausführlichen Memorandum nochmals die Gründe dar, die für den Verbleib ihres Kantons bei der Helvetischen Republik sprachen²⁷².

Einen Tag später begab sich Augustini zum Vollziehungsrat Karl Albrecht von Frischung. Dem Vollziehungsrat hatte das Memorandum so sehr gefallen, dass er es per Eilkurier dem helvetischen Gesandten Maurice Glayre in Paris zukommen liess. Die von der Delegation angeregte Erklärung der Walliser Gemeinden für einen Verbleib bei der Schweiz hielt Frischung für nicht angebracht. Zudem könne ein allzu langer Aufenthalt der Walliser Gesandtschaft die französischen Agenten argwöhnisch machen. Am 17. März begab sich Augustini heimlich zu einem Mitglied des Vollziehungsrats und schlug ihm vor, einen Walliser Gesandten nach Paris zu schicken, um Glayre zu ermutigen und ihn über die neuesten Vorfälle zu informieren. Der betreffende Vollziehungsrat es könnte sich um Frischung handeln war der Meinung, dass der Gesandte zu spät in Paris eintreffen würde²⁷³.

Der Ratschlag der helvetischen Regierung, im Wallis keine Befragungen der Gemeinden über die geplante Abtretung zu veranstalten, wurde zu spät geäussert. Ab dem 12. März bekräftigten die Zenden Siders, Sitten und Leuk sowie einzelne Gemeinden aus dem Ober- und Unterwallis durch Briefe an den Vollziehungsrat ihre Absicht, dass das ganze Wallis weiterhin der Helvetischen Republik angehören solle. Der Nationalpräfekt de Rivaz hatte Augustini schon am 3. März die Anweisung gegeben, mit einflussreichen Vertrauenspersonen im Oberwallis über eine solche Erklärung zu reden²⁷⁴.

Am 20. Mai 1801 traf Augustini mit einigen andern Walliser Gesandten zu neuerlichen Verhandlungen in Bern ein. Die Mitglieder des Vollziehungsrates Dolder und François-Pierre Savary teilten den Gesandten aus dem Wallis mit, dass es keine Hoffnung mehr für die Erhaltung des linken Rhoneufers gebe. Die Abgesandten insistierten darauf, dass bei einer allfälligen Abtretung das rechte Rhoneufer einen eigenen Kanton bilden dürfe. Augustini versuchte in Einzelunterredungen die wichtigsten helvetischen Politiker von dieser Idee zu überzeugen.

271 Ebd., 5f.

272 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 40/1 (13. März 1801), Memorandum von Augustini, Riedmatten, de Rivaz und du Fay an den Vollziehungsrat der Helvetischen Republik gegen die Abtretung des linken Rhoneteils. Die Gesandten betrachteten eine allfällige Abtretung des Wallis als Verletzung des Vertrags von Lunéville. Für die Abtretung des linken Rhoneufers sei die Zustimmung des Walliser Volkes unerlässlich.

273 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 187a, 10f.

274 *Salamin*, Histoire politique, 145.

Diese versprochen ihm ihre Unterstützung für sein Vorhaben. Innenminister Rengger versicherte Augustini, dass er sich für eine Verminderung der französischen Truppen im Wallis einsetzen werde. Ausserdem würden die Kantone Léman, Freiburg und Oberland den Bau der Simplonstrasse durch die Stellung von Arbeitern unterstützen. Die von Augustini geforderte Finanzhilfe an den Kanton Wallis lehnte er ab. Diese könne der Vollziehungsrat vor den andern Schweizern nicht rechtfertigen, weil die Abtretung des linken Rhoneufers unmittelbar bevorstehe. Am 24. Mai erfuhr Augustini, dass der schweizerische Gesandte Glayre aus Paris nach Bern zurückgekehrt sei. Im Gespräch mit der Walliser Delegation erklärte Glayre, er habe Paris verlassen, ohne sein Einverständnis für die Abtretung des linken Rhoneufers gegeben zu haben. Napoleon habe ihm gesagt, dass er notfalls die linke Rhoneseite ohne seine Einwilligung annektieren würde. Er könne auf die Einverleibung dieses Gebietes, die 30 Millionen Menschen nütze, nicht zugunsten der wenigen Tausend Walliser verzichten. Glayre verlangte von Bonaparte im Falle einer unvermeidlichen Abtretung eine Garantie für die Gemeindegüter des linken Rhoneufers sowie dieselben Handelsprivilegien, die andere von Frankreich einverlebte Gegenden erhalten hatten. Er betonte, dass der Zeitpunkt für Verhandlungen über möglichst vorteilhafte Bedingungen bei einer Preisgabe des linken Rhoneufers derzeit günstig sei. Im Falle der von Napoleon angedrohten Annexion wäre die Verhandlungsposition weniger günstig. Die Gesandtschaft betonte gegen Ende des Gesprächs, dass die grosse Mehrheit der Walliser Bevölkerung der Einverleibung des linken Rhoneufers nie zustimmen würde. Sie versprochen Glayre, ihn über ihre Forderungen bei einer erzwungenen Abtretung zu informieren²⁷⁵.

Ein Mitglied des Vollziehungsrates versicherte Augustini, dass das Gebiet rechts der Rhone bei einer unvermeidbaren Abtrennung des linken Teils einen eigenen Kanton bilden solle. Augustini begab sich am 25. Mai zu einem Mitglied des Gesetzgebenden Rates²⁷⁶, um sich darüber zu informieren, welche Rolle dem Wallis in der Verfassung von Malmaison zugedacht sei. Dieser war der Meinung, dass das rechte Rhoneufer dem Kanton Léman zugesprochen werde, dessen Bevölkerungszahl dadurch ansteige und somit eine Vorrangstellung gegenüber den übrigen Kantonen einnehmen werde. Die Verfassungskommission habe eigentlich für das rechte Rhoneufer einen eigenen Kanton vorgesehen. Dies liege jedoch nicht im Interesse Napoleons. Deshalb solle man die linke Uferseite an Frankreich abtreten, um wenigstens die rechte der Schweiz zu erhalten. Nach der Annahme der Verfassung von Malmaison könne dann das rechte Ufer wieder zu einem eigenständigen Kanton erklärt werden. Augustinis Gesprächspartner erachtete die neue Verfassung als Versuch Frankreichs, in der Helvetischen Republik Unfrieden zu stiften und die Schweiz bei allfälligen Unruhen zu annektieren. Als Vorwand könne dann die Regierungsunfähigkeit der Schweiz dienen. Unter dem Diktator Napoleon sei die Schweiz verloren. Man könne nur noch auf einen Erfolg der Alliierten hoffen, der Napoleon zu Konzessionen zwingen. Am selben Tag besuchte

275 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 188 (18.-29. Juni 1801), Tagschrift Augustinis über seine Verhandlungen in Bern gegen die Abtretung des linken Rhoneufers, 1-6.

276 Leider erwähnt Augustini den Namen dieser Person absichtlich nicht.

Augustini den Bürger «P. du C. L. qui a la réputation d'un grand homme, bon et courageux suisse, qui est au reste initié dans tous les secrets des cy-devant et modernes». P. schlug ihm vor, man solle dem russischen und dem österreichischen Minister in Paris die strategische Bedeutung des Simplon und des St. Bernhard klar machen. Bei einer allfälligen Einverleibung des linken Rhoneufers durch Frankreich sei er bereit, ein diesbezügliches Memorandum der Walliser unverzüglich an die betreffenden Minister Russlands und Österreichs in Paris weiterzuleiten. Innenminister Rengger bedauerte die bevorstehende Teilung des Wallis und betonte, dass die helvetische Regierung in dieser Hinsicht nichts unternehme, ohne den Kanton Wallis vorher zu unterrichten²⁷⁷.

Nach seiner Ankunft in Bern am 2. September 1801 bemühte sich Augustini im Vorfeld der helvetischen Tagsatzung unermüdlich, die Abgeordneten aus den andern Kantonen für den Verbleib des ganzen Wallis bei der Schweiz zu gewinnen. Paul Usteri, der Präsident des Vollziehungsrates vertraute Augustini an, dass der Gesandte Stapfer Napoleon in der Walliser Frage noch nicht die letzte Antwort habe geben müssen. Die provisorische helvetische Regierung habe ausserdem nicht das Recht, einen integralen Teil Helvetiens abzutreten. Der Zürcher Usteri vertrat die Auffassung, dass die Tagsatzung möglichst wenig über die Beibehaltung des Wallis als Schweizer Kanton debattieren sollte²⁷⁸. Wahrscheinlich wollte er Frankreich nicht provozieren und vertraute auf das Verhandlungsgeschick und die Standhaftigkeit Stapfers in Paris.

Usteri führte Augustini zum Vollziehungsrat Johann Jakob Schmid, der mit einigen Abgeordneten über die neue Verfassung diskutierte. Als über das Schicksal des Wallis geredet wurde, ergriff Augustini das Wort. Er dankte dafür, dass man den übrig bleibenden Teil des Wallis durch ein nachträgliches Gesetz als eigenen Kanton beibehalten wolle. Damit anerkenne man aber die Abtretung des linken Rhoneufers an Frankreich. Augustini schlug vor, die betreffende Stelle in der Verfassung abzuändern. Sein Vorschlag schien auf allgemeine Zustimmung zu stossen²⁷⁹.

Als Augustini erfuhr, dass man in der neuen Verfassung das Wallis nicht erwähne, rief er am 14. September die Walliser Abgeordneten²⁸⁰ zusammen, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Die Abgeordneten beschlossen, ein dringendes Empfehlungsschreiben an die Verfassungskommission zu richten. Es wurde vom wortgewandten Augustini verfasst²⁸¹.

Am 28. September begehrte er in der Tagsatzung eine geheime Sitzung. Augustini drohte, dass die Walliser Abgeordneten die Tagsatzung verlassen würden,

277 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 188, 7ff.

278 Ebd., A 189 (September und Oktober 1801), Tagschrift Augustinis über die helvetische Tagsatzung, 6f.

279 Ebd., 7.

280 Der Walliser Landrat hatte neben Augustini Charles-Emmanuel de Rivaz, Jean-Joseph Duc und Jakob Valentin Sigristen an die Tagsatzung in Bern gesandt. Vgl. *Charles-Emmanuel de Rivaz, Mémoires*, 31.

281 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 189, 21.

falls man nicht den Artikel in der Verfassung streiche, der die Abtretung des linken Rhoneufers an Frankreich bis zur Massabücke (bei Bitsch) vorsehe²⁸². In einer Rede²⁸³ legte er die Gründe für die Beibehaltung des ganzen Wallis als Schweizer Kanton dar:

«Im 1. Theil erprobete ich, dass Walliss dazzu [zur Einverleibung] nie einwilligen werde. Im 2., dass die fränkische Regierung Walliss nicht mit Gewalt nehmen werde. Im 3., dass die Schweytz das Recht nicht habe, Wallis zu verhandeln. Wir seyen ihre Brüder, nicht ihre Schglawen, nicht ihre nègres. Im 4., dass die Schweytz die Neutralität nicht drey Tage lang wehren könne, wenn Walliss frantzösisch würde, sohin sie alle andern Mächte beleidigen würde. Im 5., dass Walliss der Schweytz nie werde zur Last fallen»²⁸⁴.

Augustini scheint hier sein rhetorisches Talent voll ausgeschöpft zu haben. Die Rede wurde von der Tagsatzung begeistert aufgenommen. Schenkt man seinen Ausführungen Glauben, so weinten viele mit ihm, viele schrien «bravo» oder «o l'excellent suisse», und andere wollten sogleich zur Abstimmung über den betreffenden Artikel schreiten²⁸⁵.

In der folgenden Abstimmung beschlossen die Abgeordneten mit grossem Mehr²⁸⁶, das Wallis als schweizerischen Kanton in seinen alten Grenzen beizubehalten. Am folgenden Tag wurde der Antrag eines Tagsatzungsmitglieds angenommen, der die Einheit und die territoriale Integrität der Helvetischen Republik garantieren sollte²⁸⁷.

Augustini dankte Usteri, dem Präsidenten des Vollziehungsrates, für seine Bemühungen, das Wallis als Schweizer Kanton zu erhalten²⁸⁸.

Frankreich war über den Beschluss der Tagsatzung, das linke Rhoneufer nicht abzutreten, verärgert. Zudem hatte es gehofft, dass die Verfassung von Malmaison ohne Abänderungen akzeptiert werde. Die französische Diplomatie änderte nun ihre Verhandlungsstrategie. Napoleon verlangte von der Helvetischen Republik die Abtretung des ganzen Wallis bis Brig. Der französische Minister in Bern, Reinhard, fiel bei Bonaparte in Ungnade und wurde durch den erfahrenen Diplomaten Verninac ersetzt²⁸⁹.

Der dritte Staatsstreich vom 28. Oktober 1801, der von Verninac geplant und von Dolder und Savary mit Hilfe französischer und helvetischer Truppen durch-

282 Autobiographie, 198.

283 Der vollständige Text der langen Rede befindet sich im Fonds Hans Anton von Roten, Rede Augustinis gegen die Einverleibung des Wallis durch Frankreich vom 28. September 1801.

284 Autobiographie, 198.

285 Ebd.

286 Laut Augustini sprachen sich 75 von 80 Tagsatzungsabgeordneten für die Beibehaltung des Wallis als Schweizer Kanton aus. Vgl. ebd., 123.

287 Salamin, Histoire politique, 152.

288 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 189, Kopie des Dankschreibens Augustinis an Usteri vom 29. September 1801, 37.

289 Salamin, Histoire politique, 153.

geführt wurde, beseitigte die Tagsatzung und verhinderte das Inkrafttreten der überarbeiteten Verfassung. Diese wurde durch die Verfassung von Malmaison ersetzt. In den Senat und den Kleinen Rat wurden fast ausschliesslich Föderalisten gewählt. Die Führung des Kleinen Rates als Landammann übernahm der Schwyzer Alois Reding. Das Amt des zweiten Landammanns übte der Berner Frisching aus²⁹⁰.

Frankreich hoffte, dass die Föderalisten das Wallis eher preisgeben würden.

Gegenüber dem Wallis verfolgte Napoleon fortan eine Zermürbungstaktik. Im November 1801 liess Bonaparte das Wallis von französischen Truppen besetzen. Am 23. November desselben Jahres traf General Turreau in Sitten ein, dessen Kommando die französische Besatzungsarmee im Wallis unterstand²⁹¹. Die Aufgabe Turreaus bestand darin, die Walliser zum Anschluss an Frankreich zu nötigen²⁹². Der französische General wollte über die Staatseinkünfte des Wallis verfügen, um die Verköstigung und den Unterhalt seiner Soldaten zu gewährleisten sowie den Bau der Simplonstrasse zu beschleunigen. Als der Generalstabschef Bailly de Monthion die Staatskasse überprüfen wollte, weigerte sich der Staatskassierer, ihn zu begleiten. Daraufhin zog sich Monthion mit seinem Militärdetachement zurück. Die Verwaltungskammer beschloss am 6. Dezember, eine Kontribution von 16000 Franken in den Gemeinden des Kantons für den Unterhalt der Besatzungstruppen einzuziehen²⁹³. Turreau versuchte die darob resultierende Unzufriedenheit im Volk für seine Zwecke auszunützen, indem er die Kontribution ablehnte²⁹⁴. Es gelang ihm nicht, die Verwaltungskammer beim Volk durch Verleumdungen anzuschwärzen. Das Volk war über Turreaus tägliche Schikanen entrüstet. Seine Drohung, noch mehr Truppen im Wallis einzuquartieren, verstärkte den Widerstand in der Bevölkerung. Die feste Haltung der Kantons- und Distriktsbehörden, die bei jeder neuen Machenschaft Turreaus protestierten, zwang ihn zu einer neuen Taktik. Am 25. Dezember beschlagnahmte sein Generalstabchef die Staatskasse und inhaftierte den Staatskassierer Tousard d'Olbec während 32 Tagen. Schliesslich setzte Turreau sogar den Nationalpräfekten de Rivaz ab. An seine Stelle trat der unwürdige Joseph-Louis Pittier, der den Beitritt des Wallis zur französischen Republik forderte. Alle Unterpräfekten mit Ausnahme derjenigen von Brig und Stalden akzeptierten den neuen Nationalpräfekten nicht. Nun entliessen Turreau und Pittier kurzerhand die Widerstand leistenden Präfekten und ersetzten sie durch willfährige Personen. Die Verwaltungskam-

290 Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2, 812.

291 *Salamin*, Histoire politique, 157.

292 Die diesbezüglichen Instruktionen der französischen Regierung sind in *Salamin*, La République indépendante, 231-234 abgedruckt.

293 *Salamin*, Histoire politique, 157.

294 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 63 (26. Dezember 1801), Erlass von General Turreau gegen die Einziehung von Steuern durch die Verwaltungskammer für den Unterhalt der französischen Truppen.

mer²⁹⁵, die sich weigerte, Pittier anzuerkennen²⁹⁶, wurde ebenfalls abgesetzt. Die illegalen Entlassungen Turreaus wirkten sich kontraproduktiv auf die Stimmung im Volk aus²⁹⁷.

Am 5. Februar 1802 informierte Augustini General Turreau, dass die Verwaltungskammer das Protokoll über ihre Entlassung an die helvetische Regierung gesandt habe²⁹⁸.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates Jsaac de Rivaz, Nikolaus Roten, Franz Alex Allet, Jean-Joseph Duc und Augustini durften sogar während 14 Tagen Sitten nicht verlassen. Sie trafen sich jedoch weiterhin heimlich in der Küche des Grossdekans Oggier²⁹⁹.

Der französische Minister Jacques-Augustin Bacher wandte subtilere Methoden an, um die Einverleibung des Wallis zu bewirken³⁰⁰. Ein Abgesandter Bachers traf sich heimlich mit Augustini ausserhalb Sittens und versuchte, ihn zu bestechen. Wenn er künftig nicht mehr gegen die Abtretung des Wallis agiere, werde er nach dem Anschluss des Wallis an Frankreich zum Senatoren mit einem respektablen Gehalt ernannt werden. Augustini war völlig überrascht und schien dem Angebot nicht zu trauen. Daraufhin zeigte ihm der französische Gesandte seine Instruktionen. Schliesslich wies Augustini das Angebot entrüstet zurück. Er sei der oberste Verwaltungsbeamte des Wallis und kein Verräter³⁰¹.

Zwischen dem 20. Februar und dem 1. März 1802 begaben sich die Vertreter von 82 Walliser Gemeinden nach Bern, um gegen die Einverleibung des ganzen oder eines Teils des Wallis zu protestieren und ihre Treue zur Helvetischen Republik zu bekunden³⁰².

Der Vorschlag zu diesem Vorgehen stammte von Augustini:

295 Die Verwaltungskammer betrachtete ihre Absetzung als Verstoß gegen den Friedensvertrag von Lunéville, der die Existenz der helvetischen Regierung garantierte. Da das Wallis immer noch zur Helvetischen Republik gehöre, unterstehe die Verwaltungskammer der Regierung in Bern. Die Absetzung der Verwaltungskammer und die Einsetzung Pittiers als Nationalpräfekt seien Willkürakte Turreaus. Vgl. ebd., C 68 (30. Januar 1802), Bericht der Verwaltungskammer über ihre Entlassung durch den General Turreau.

296 «Vous nous demandés une réponse cathégorique sur notre consentement ou refus à reconnaître le citoyen Pittier pour préfet général de ce canton. Nous avons l'honneur de vous répondre que nous ne pouvons reconnaître ce citoyen pour préfet général ni national, c'est à dire pour premier agent du pouvoir exécutif dans ce canton et cela d'autant plus fermement que nous avons des lettres de fraîche date de notre gouvernement par lesquelles il nous fait connaître qu'il ne reconnaîtra jamais le préfet nommé par votre arrêté du [23 janvier 1802]». Vgl. ebd., C 69 (30. Januar 1802).

297 *Salamin*, Histoire politique, 157ff.

298 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 74 (5. Februar 1802), Brief von Augustini an General Turreau.

299 Autobiographie, 202.

300 Fonds AV d'Augustini, 13, Testament des Markgrafen Augustini, 6.

301 Autobiographie, 200f.

302 *Salamin*, Histoire politique, 193 u. 249.

«Mitletweyl kamm mir der Gedanke, dass alle treyen Gemeinden des Lands einen Deputierten nach Bern schicken sollen, um feyrlich, da wir noch reden dürffen, nunc pro tunc wieder alle Einverleibung mit Franckreich zu protestiern, diese Protestation in Druck ausgehn zu lassen und an alle Höffe zu schicken. Dieses geschah in drey Tügen. Die zahlreichen Gesandten warn aus dem Land, bevor General Turreau was davon wusste. Dieser Streich hat ihn erschrecklich niedergeschlagen, und die helwetische Regierung dürfte nichts mohr unterfangen»³⁰³.

Dieser Schachzug trug wesentlich dazu bei, dass die Gefahr einer Abtretung des Wallis an Frankreich für einige Jahre gebannt werden konnte. Die helvetische Regierung wagte es nicht, sich über den Willen der Walliser Bevölkerung hinwegzusetzen³⁰⁴, zumal Landammann Reding bei seinen Verhandlungen in Paris das linke Rhoneufer im Januar 1802 nur dann an Frankreich abtreten wollte, falls das Wallis damit einverstanden wäre³⁰⁵.

Der Bericht des Kommissärs Balthasar Pfister, der zur Erkundung der Stimmung ins Wallis gesandt worden war, bekräftigte die Absicht der helvetischen Regierung, das Wallis nicht abzutreten³⁰⁶.

Der schweizerische Gesandte Stapfer setzte sich in Paris bei Talleyrand energisch für das Wallis ein. Vergeblich forderte er die französische Regierung auf, Turreaus Willkürherrschaft zu beenden. Dieser habe die Bevölkerung des Wallis dermassen von Frankreich entfremdet, dass ein freiwilliger Beitritt des Wallis zur französischen Republik ausgeschlossen sei. Als Beweis legte Stapfer Talleyrand die Protestnote der 82 Walliser Gemeinden vor. Er bekräftigte Redings Auffassung, dass die helvetische Regierung keinen Teil des helvetischen Territoriums preisgeben dürfe, wenn die betroffene Bevölkerung damit nicht einverstanden sei³⁰⁷.

Am 4. März schlug Verninac Staatssekretär Gottlieb Thormann vor, die Verhandlungen über die Abtretung des linken Rhoneufers wieder aufzunehmen. Die helvetische Regierung akzeptierte jedoch nur Verhandlungen über die Abtretung einer Militärstrasse im Wallis³⁰⁸.

So blieb die Entscheidung über das Wallis weiterhin in der Schwebe.

303 Autobiographie, 204.

304 *Salamin*, Histoire politique, 227.

305 Reding hatte Napoleon am 2. Januar 1802 die Abtretung des linken Rhoneufers unter folgender Hauptbedingung zugestanden: «Le Premier Consul revenant à sa première demande d'une cession de la portion du Valais qui s'étend depuis Brigue sur la rive gauche du Rhône jusqu'à l'embouchure de ce fleuve dans le lac Léman, le premier Landammann consent à engager le gouvernement helvétique à faire ce sacrifice sous la réserve formelle que le peuple valaisan réclame lui-même sa réunion à la République française et demande à ne plus être suisse et sous les conditions énoncées ci dessus (c'est-à-dire un voeu librement émis et légalement constaté, un plein et entier assentiment)». Vgl. AHSR, Bd.7, 881ff.

306 *Salamin*, Histoire politique, 193.

307 Ebd., 196f.

308 Ebd., 194f.

Nationalpräfekt de Rivaz und die Verwaltungskammer entsandten Jean-Joseph Duc und Augustini am 28. März 1802 nach Bern, um bei der helvetischen Regierung gegen die Willkürherrschaft Turreaus zu protestieren³⁰⁹.

Am 1. April informierten Duc und Augustini Landammann Reding über die Situation im Wallis und ihre Mission in Bern. Sie baten ihn, Napoleon über die Vergehen Turreaus im Wallis zu unterrichten³¹⁰.

Zwei Tage später verwies Reding die beiden Abgeordneten an seinen Staatssekretär Thormann, der sie anhand der Akten über den Stand der Verhandlungen um das Wallis orientierte: Talleyrand habe dem helvetischen Gesandten in Paris am 27. März mitgeteilt, dass Napoleon das Wallis am 25. März zur unabhängigen Republik³¹¹ erklärt habe. In einer scharfen Replik³¹² ohne Konsultation der helvetischen Regierung in Bern betonte Stapfer, dass die Franzosen das Wallis 1798 mit Gewalt zur Annahme der helvetischen Verfassung gezwungen hatten. Die helvetische Regierung könne das Wallis, das seit Jahrhunderten zur Schweiz gehöre, nicht abtreten. Sonst würden die andern Länder die Achtung vor der Schweiz verlieren. Verninac verlangte von der Regierung in Bern die Wiederaufnahme der Verhandlungen über das Wallis. Die helvetische Regierung stellte hierfür zwei Bedingungen: 1. Turreaus illegalen Aktionen sollte Einhalt geboten werden. 2. Die verfassungsmässigen Gewalten sollten im Wallis wiedereingesetzt werden. 3. Man wolle nur über eine französische Militärstrasse im Wallis verhandeln. In einem Brief an die französische Regierung schilderte der Kleine Rat die Verfehlungen Turreaus. Sein Benehmen stelle das Ansehen beider Regierungen in Frage. Das Wallis gehöre zur Schweiz, so dass sich Turreau mit den gleichen Befugnissen wie die andern Generäle in den restlichen Kantonen begnügen müsse. Die helvetische Regierung werde das Wallis in seinem Bemühen, weiterhin der Schweiz anzugehören, mit allen Mitteln unterstützen. Duc und Augustini freuten sich über die entschlossene Stellungnahme der helvetischen Regierung. Rengger war überzeugt, dass das Wallis für die Schweiz verloren sei. Die Regierung werde es jedoch nicht freiwillig abtreten. Reding versprach den beiden Wallisern, er werde sein möglichstes tun, um den Einzug der Zwangssteuern durch Turreau zu verhindern³¹³.

In den nächsten Tagen sprachen Duc und Augustini mit den wichtigsten helvetischen Politikern über die Zukunft des Wallis.

309 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 79 (28. März 1802).

310 Ebd., A 190 (27. März-15. April 1802), Tagschrift Augustinis über seine Verhandlungen in Bern wegen der Machschaften Turreaus im Wallis, 5f.

311 Die Idee, das Wallis als unabhängige Republik zu konstituieren, stammte von Talleyrand. Er hatte dies bereits am 12. Januar 1802 in einem Brief an Verninac in Erwägung gezogen, falls zwischen Frankreich und der Schweiz keine andere Einigung erzielt werden könnte. Vgl. *Salamin*, *Histoire politique*, 191.

312 Den vollständigen Brief von Stapfer an Talleyrand findet man in den AHSR, Bd.7, 1184f; vgl. auch *Salamin*, *Histoire politique*, 197f.

313 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 190, 7-11.

In einer neuerlichen Unterredung zeigte Reding den beiden Gesandten seine Note³¹⁴ vom 2. Januar 1802, in dem er sich im Namen der helvetischen Regierung bereit erklärte, das linke Rhoneufer unter gewissen Bedingungen an Frankreich abzutreten. Er bat sie, darüber Diskretion zu wahren. Reding versicherte ihnen, dass Napoleon das Wallis zur unabhängigen Republik erklärt habe. Trotzdem wollte sich Reding für den Verbleib des Wallis bei der Schweiz einsetzen³¹⁵.

Duc und Augustini legten ihm vier Beweise vor, warum das Wallis zum helvetischen Territorium gehöre:

1. Die französische Regierung habe uns gezwungen, die helvetische Verfassung ohne eine Silbe zu ändern, anzunehmen.
2. Die Walliser Abgeordneten hatten an dem Allianzvertrag von Frankreich mitgearbeitet.
3. Indem die gegenwärtige französische Regierung von der helvetischen Regierung die Abtretung des Wallis verlangte, habe sie das Wallis als vollwertigen Teil Helvetiens anerkannt.
4. Das helvetische Banner in Sitten³¹⁶.

Die beiden Gesandten waren sich noch nicht darüber im klaren, ob Frankreich die Errichtung einer isolierten Republik Wallis betreibe, um das Wallis «unter seine Fuchtel» zu nehmen oder eine spätere leichtere Eingliederung vorzubereiten. Auf jeden Fall habe sich der französische Botschafter Verninac bei der schweizerischen Regierung darüber beklagt, dass sie die gegen den Anschluss an Frankreich protestierenden Walliser Deputierten empfangen habe³¹⁷.

Nationalpräfekt de Rivaz vermerkte, dass die Verwaltungskammer über die von Augustini und Duc erwähnten Absichten Frankreichs zur Gründung eines unabhängigen Walliser Staates bestürzt sei. Eine solche Republik werde der totalen

314 In der Autobiographie wird der politisch unerfahrene, aber integre Alois Reding, der sich nach Kräften für das Wallis einsetzte, von Augustini negativ beurteilt. Als Reding ihm die Note vom 2. Januar 1802 zeigte, beschwerte er sich bei diesem darüber, dass die Schweiz Bonaparte auf Kosten des Wallis den Hof mache. Nun werde ihm klar, wieso Turreau die Walliser Bevölkerung dermassen drangsaliere. Duc fügte hinzu: «Wer wird urtheilen, ob wir freywillig eingewilliget haben». Augustini beklagte sich bei Landammann Dolder, mit dem er seit seiner Senatszeit befreundet war, über das Verhalten Redings. Nun müsse das Wallis so schnell wie möglich von der Schweiz loskommen, sonst verkaufe sie es. Er bat am selben Tag Dolder, Verninac für die Schaffung einer unabhängigen Republik Wallis zu gewinnen. Landammann Dolder galt als Protegé des französischen Botschafters. Am Nachmittag teilte Dolder Augustini mit, dass Verninac mit dem Vorschlag einverstanden sei. Vgl. Autobiographie, 203f. Merkwürdigerweise erwähnt der sonst sehr genaue Augustini diese Sicht der Dinge weder in seiner Tagschrift noch im Brief an den Nationalpräfekten de Rivaz. Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 190 und C 84 (2. April 1802). Auch über die Bitte an Dolder, den französischen Botschafter Verninac für die Unabhängigkeit des Wallis zu disponieren, erfahren wir in diesen beiden Dokumenten nichts. Ausserdem haben wir keine Quellen gefunden, die beweisen, dass Augustini zu diesem Zeitpunkt schon eine unabhängige Republik befürwortete.

315 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 84 (2. April 1802), Brief von Augustini und Duc an den Nationalpräfekten de Rivaz und die Verwaltungskammer, Kopie von Charles-Emmanuel de Rivaz.

316 Ebd.

317 Ebd.

Kontrolle Frankreichs unterstehen. Diesen Lauf der Dinge sollten die beiden Gesandten in Bern mit allen Mitteln verhindern³¹⁸.

Staatssekretär Thormann versicherte den zwei Deputierten, dass sich die helvetische Regierung sehr stark um die Erhaltung des Wallis³¹⁹ bemühe. Er habe mehrmals mit Verninac über Turreaus Zwangsregime geredet. Verninac habe immer wieder betont, dass Turreau nicht seinem Befehl unterstehe³²⁰.

Auf Drängen Thormanns entschied sich Verninac, Turreau zu schreiben. Er könne jedoch Turreau nicht befehlen, sondern nur dazu einladen, die den einzelnen Walliser Gemeinden auferlegten Steuern auszusetzen³²¹.

Am 7. April teilte Senator Pfister Augustini mit, dass Verninac als Garantiemächte für die künftige Unabhängigkeit des Wallis die an den Friedensschlüssen von Lunéville (9. Februar 1801) und Amiens (27. März 1802) beteiligten Länder genannt habe. Am nächsten Tag verlangten Augustini und Duc von Landammann Reding, dass die durch General Turreau im Wallis verursachten Kontributionen und Kosten heimlich als helvetische Staatschuld anerkannt würden. Dieser räumte jedoch dem Antrag keine Erfolgsaussichten ein, weil die absehbare Unabhängigkeitserklärung des Wallis die Mitglieder des Kleinen Rates und des Senats von einer solchen Erklärung abhalten werde. Zudem könne Turreau noch mehr Truppen ins Wallis rufen³²².

Tatsächlich fand der Antrag im Kleinen Rat keine Zustimmung. Da er im Senat ohnehin nicht akzeptiert worden wäre, lehnten ihn auch viele dem Wallis günstig gesinnte Mitglieder ab. Als Trost stellte der Kleine Rat dem Nationalpräfekten de Rivaz eine Summe von 6000 Franken in Aussicht. Angesichts der beträchtlichen Zwangsbesteuerungen der Walliser Gemeinden handelte es sich hier um einen unbedeutenden Betrag. Reding riet Augustini und Duc von weiteren Demarchen in dieser Sache ab. Bei einer allfälligen Unabhängigkeit solle das Wallis darauf bestehen, dass es seine Vertreter weiterhin an die Tagsatzung entsenden dürfe und diese das Stimmrecht in Kriegssachen und Allianzverträgen besässen³²³. Mit diesem Vorschlag knüpfte Reding an den Status des Wallis als zugewandtem Ort im Ancien Régime an.

Der Waadtländer Senator Victor de Saussure, einer der engsten Vertrauten des französischen Botschafters Verninac, schloss den Verbleib des Wallis bei der Helvetischen Republik kategorisch aus. Dem Wallis böten sich drei Möglichkeiten: 1. Die Abtretung des linken Rhoneufers. 2. Der Anschluss an Frankreich. 3. Die Konstituierung einer unabhängigen Republik. Er empfahl Augustini und Duc die dritte Variante. In diesem Fall könne das Wallis die vorteilhaftesten

318 Ebd., C 85 (5. April 1802), Brief von Nationalpräfekt de Rivaz an Augustini und Duc in Bern.

319 Landammann Reding hatte im Senat betont: «Depuis les protestations solennelles des communes du Vallais il n'est plus en notre pouvoir de traiter sur une cession d'une portion du Vallais. S'il y a quelqu'un parmi nous qui oserait signer un traité de cession, qu'il sorte de sa place et qu'il vienne ici prendre la miene». Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 190, 14.

320 Ebd., 13f.

321 Ebd., 17.

322 Ebd., 20f.

323 Ebd., 25ff.

Bedingungen herausholen. Falls die helvetische Regierung weiterhin auf dem Wallis als integralem Bestandteil ihres Territoriums beharre, werde sie dadurch ihren Sturz bewirken. Die Revolution vom 28. Oktober 1801 sei wegen des Wallis zustande gekommen. Frankreich werde jedes Regime stürzen, das sich weigere, das Wallis abzutreten. General Turreau habe den Befehl erhalten, das Wallis solange zu quälen, bis es die Wünsche der französischen Regierung erfülle. Die jetzige Regierung bestehe aus rechtschaffenen Mitgliedern, die jedoch nichts von Politik verstünden. Der schweizerische Gesandte Maurice Glayre habe in Paris mit dem österreichischen Minister Johann Ludwig von Cobenzl über die Abtretung des linken Rhoneufers gesprochen. Dieser habe ihm geraten, die Forderung Napoleons zu erfüllen. Er habe Glayre noch anvertraut, dass sich kein Land für das Schicksal der Schweiz interessiere. Augustini und Duc hielten fest, dass sie andere Vorstellungen von der Gerechtigkeit Napoleons hätten. Seine Forderungen könnten mit der Abtretung einer Militärstrasse erfüllt werden. Saussure bezeichnete dies als Illusion. Das Wallis habe nur die Wahl zwischen den drei von ihm genannten Alternativen³²⁴.

Die Senatoren Joseph Krus (Luzern) und Marc Antoine Pellis (Léman) sahen in der Schaffung einer unabhängigen Republik die einzige Möglichkeit, die Einverleibung des Wallis zu verhindern³²⁵.

Am 11. April teilte der ehemalige Senator Jules Muret (Léman) Duc mit, dass laut Botschafter Verninac die Unabhängigkeit des Wallis eine beschlossene Sache sei. Als Augustini erfuhr, dass der Kleine Rat auch seinen zweiten Antrag, die durch Turreau verursachten Kosten im Wallis zur schweizerischen Staatsschuld erklären zu lassen, nicht annehmen würde, schlug er vor, die helvetische Regierung solle dem Wallis in einem Brief ihre finanzielle Unterstützung zusichern. Der Kleine Rat gestand dem Wallis eine Summe von 20000 Franken zu. Landammann Reding versprach Augustini zudem noch weitere Zahlungen zu einem späteren Zeitpunkt. Er vertraute Augustini zudem an, dass am 13. April ein gegen ihn gerichteter Umsturzversuch stattfinden solle, der jedoch scheitern werde. Er versicherte Augustini nochmals, dass er der Abtretung des Wallis niemals zustimmen werde. Bei einer allfälligen Aushebung von Regimentern für den Solddienst werde er sich an ihn erinnern³²⁶. Einmal mehr bekundete Augustini seine Treue zur Schweiz³²⁷.

Reding forderte Augustini auf, nach seiner Rückkehr ins Wallis weiterhin mit ihm zu korrespondieren. Am selben Tag beendeten Augustini und Duc ihre Mission in Bern. Drei Tage später informierten sie Nationalpräfekt de Rivaz und die Verwaltungskammer des Wallis. Jedes Mitglied sollte sich bis zur nächsten Sitzung am 20. April Gedanken über die künftige Staatszugehörigkeit des Wallis

324 Ebd., 22f.

325 Ebd., 23f.

326 Ebd., 29ff.

327 «Si une puissance prédominante, si un sort malheureux nous détachent de la Suisse, nous serons français que de nom, nos coeurs resteront toujours suisses et nous changerons aussi ce nouveau nom à la première occasion». Vgl. ebd., 31.

machen. Augustini konsultierte Kaspar Eugen Stockalper und die Notablen der Bezirke Leuk und Siders. Alle befürworteten die Schaffung einer unabhängigen Republik, falls der Verbleib bei der Schweiz sich als unmöglich erweisen sollte. In der Sitzung vom 20. April beschlossen Nationalpräfekt de Rivaz und die Verwaltungskammer die Entsendung Ducs nach Bern zwecks Verhandlungen mit Verninac³²⁸. Er erhielt genaue Instruktionen: Das Wallis wolle ein schweizerischer Kanton bleiben. Die von Turreau verursachten Kosten und Steuern seien als gemeinsame Schuld aller Kantone zu betrachten. Falls ein Teil oder das ganze Wallis an Frankreich abgetreten werden sollte, bevorzuge man die Schaffung einer eigenständigen mit der Schweiz alliierten Republik. Als Bedingungen für eine unabhängige Republik verlangte die Verwaltungskammer den Rückzug von General Turreau, die Aufhebung aller militärischen Dorfbesetzungen durch die französischen Truppen, die Wiedereinsetzung der rechtmässigen Staatsgewalten sowie ein Vorschlagsrecht der Volksversammlungen an die staatlichen Behörden³²⁹.

Augustini konnte Duc nicht begleiten, weil ihn General Turreau vom 16. April bis 24. Mai 1802 in Sitten festhielt³³⁰. Er musste sich jeden Tag zusammen mit Pancrace de Courten beim französischen Kommandanten melden. Dieser fragte sie Tag für Tag, ob sie die von Turreau eingesetzten Behörden anerkennen würden, was die beiden jeweils verneinten³³¹.

Am 17. April 1802 wurde Reding gestürzt (4. Staatsstreich). Sein Widerstand gegen die Abtretung des Wallis war zweifellos der Hauptgrund für seine Absetzung. Dadurch konnte von den Unitariern die Annahme der revidierten Verfassung von Malmaison verhindert werden, die die kantonale Autonomie und Selbstverwaltung verstärkt und die Urkantone, Glarus und Appenzell wiederhergestellt hätte. Die Nachfolge von Reding trat Vinzenz Rüttimann an. Einige erfahrene Unitarier sollten nun das Verfassungsproblem lösen³³².

Als die Verwaltungskammer die Instruktionen für ihren Abgeordneten Duc verfasste, war sie über den 4. Staatsstreich vom 17. April noch nicht informiert. In Bern fand Duc eine völlig veränderte politische Konstellation vor. Das neue unitarische Regime verteidigte die Interessen des Wallis nicht mehr. Duc wurde zusammen mit den sich schon in Bern befindlichen Gesandten³³³ vom diplomatischen Komitee der neuen Regierung³³⁴ direkt an Verninac verwiesen. Der französische Botschafter schlug vor, dass Duc zusammen mit den andern Wallisern in Bern an den Verhandlungen über die Konstituierung eines selbständigen Staates

328 Ebd., 31f.

329 *Salamin*, Histoire politique, 205.

330 Mit Befriedigung hielt Augustini fest: «Par un ordre du 12 floréal (2 May) j'étais derechef mis sur la surveillance militaire par le général Turreau qui me donne par-là une preuve publique solennelle, comme s'il craignoit moi seul, regardoit moi seul de tous les fonctionnaires contraire à ses vues et opérations dans le Vallais». Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 190, 33f.

331 Autobiographie, 204.

332 Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2, 813.

333 Peter Joseph Preux, Tousard d'Olbec und Moritz Zurbriggen. Vgl. *Salamin*, Histoire politique, 206.

334 Es bestand aus Vinzenz Rüttimann, Albrecht Rengger und Johann Heinrich Füssli. Vgl. *Salamin*, Histoire politique, 205f.

teilnehmen sollte. Verninac befahl Rüttimann alle Massnahmen zu treffen, um die Verhandlungen über das Wallis zu beschleunigen. Auf schweizerischer Seite führte Rengger die Verhandlungen mit Frankreich. Im Kleinen Rat stellte er drei Prinzipien für diese Verhandlungen auf: 1. Es sollte ein für alle Parteien akzeptabler Plan für die Abtrennung des Wallis ausgearbeitet werden. 2. Die Beziehungen zwischen der neuen Republik Wallis zu Frankreich und der Helvetischen Republik mussten festgelegt werden. 3. Die Schweiz sollte für den Verlust des Wallis territorial entschädigt werden³³⁵.

In einem Gespräch mit Duc bekräftigte Verninac die Schaffung der Republik Wallis. Der Anschluss des Wallis an die Französische Republik werde nicht mehr in Erwägung gezogen. Da das Wallis nach der Abtrennung von der Schweiz über keine Regierung mehr verfüge, solle eine provisorische ernannt werden, um die Polizeigewalt auszuüben, das Land zu verwalten und eine Verfassung auszuarbeiten. Duc war überzeugt, dass Verninac die Unabhängigkeit des Wallis befürwortete. Turreau³³⁶ halte jedoch noch immer an der Einverleibung fest. Nun gelte es für die Walliser, noch die letzten Schikanen Turreaus bis zur nahen Unabhängigkeit zu ertragen, ohne seinem Wunsch nachzugeben. Duc hoffte, dass Turreau nach der Gründung der eigenständigen Republik abberufen würde und nur eine kleine Anzahl französischer Soldaten zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Land verblieben. Er wollte sich darum bemühen, dass die provisorische Regierung indirekt vom Volk (Elektorenwahlrecht) gewählt werde³³⁷.

Auf Wunsch der helvetischen Regierung fand sich am 13. Mai eine Walliser Gesandtschaft unter der Leitung von Nationalpräfekt de Rivaz in Bern ein. Die Verhandlungen mit den Mitgliedern des diplomatischen Komitees zerstörten die letzten Hoffnungen auf den Verbleib des Wallis bei der Schweiz. So entschied sich die Delegation für die Unabhängigkeit des Wallis, um die Einverleibung durch Frankreich und den Fortgang der Repressionen Turreaus zu verhindern. Am 18. Mai legte sie Rengger ihre Bedingungen³³⁸ für einen unabhängigen Staat vor. Eine Woche später orientierte Verninac die Abgeordneten Duc und Kaspar Eugen Stockalper über Napoleons Forderungen. Bonaparte wünschte die Schaffung einer unabhängigen Republik und einer französischen Handels- und Militärstrasse durch das Wallis. Es sollte eine neue Verfassung ausgearbeitet und den Gemeinden vorgelegt werden. Napoleon sah für die politische Organisation die Übernahme einiger Elemente aus der alten Republik Wallis vor. Die Mitglieder der Gesandtschaft forderten für die Ausarbeitung dieser Verfassung die Einberufung eines Landrats. Verninac hingegen wollte die Verfassung selber ausarbeiten und direkt dem Volk unterbreiten. Auch den Kompromissvorschlag der Delegierten gemeinsame Erarbeitung des Verfassungsprojekts, Beratung im Landrat sowie eine anschliessende Volksabstimmung lehnte Verninac ab. Zudem weigerte er

335 *Salamin*, Histoire politique, 206.

336 Turreau führte ungefähr zur selben Zeit wie Duc Gespräche mit der französischen Botschaft in Bern. Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 93 (27. April 1802), Brief von Duc an Augustini.

337 Ebd.

338 Vgl. *Charles-Emmanuel de Rivaz*, Mémoires, 211-215.

sich, unter Beizug der helvetischen Regierung gleichzeitig über die Unabhängigkeits- und Verfassungsfragen zu verhandeln. Am 29. Mai verlangten die Walliser Gesandten, dass man die Unabhängigkeitsakte und die Verfassung trenne. Dies sollte spätere Verfassungsänderungen ermöglichen. Verninac versprach, diesen Wunsch an den Ersten Konsul weiterzuleiten, und beauftragte die Abgeordneten, einen Verfassungsentwurf³³⁹ auszuarbeiten. Bis zum 7. Juni wurde das Verfassungsprojekt³⁴⁰ zusammen mit dem französischen Botschafter Verninac bereinigt³⁴¹.

Inzwischen traf Augustini nach Ablauf seines Stadtarrestes am 31. Mai in Bern ein³⁴². Er hatte die Verwaltungskammer gedrängt, ihn nach Bern zu senden³⁴³, «um mit den andern Wallisern, die bereits in Bern waren, die Verhandlung über das Schicksal des Wallis vorteilhaft und möglichst rasch zu beenden»³⁴⁴. Am 12. Juni kehrten alle Walliser Abgeordneten ausser Augustini ins Wallis zurück. Er wartete auf die Antwort der französischen Regierung bezüglich der Unabhängigkeitsakte und der neuen Verfassung³⁴⁵.

Die Konstituierung der unabhängigen Republik wurde durch die Erkrankung des französischen Aussenministers Talleyrand und territoriale Forderungen der Schweiz verzögert. Die Helvetische Republik wollte sich nicht mit dem Fricktal als Entschädigung für das Wallis begnügen und verlangte weitere Gebiete von Frankreich³⁴⁶.

Augustini beschwerte sich am 14. Juli bei Rengger über die Verzögerungstaktik der helvetischen Regierung. Sie gefährde die bevorstehende Unabhängigkeit des Wallis, weil sie deren Gegnern die Möglichkeit biete, sich weiterhin für die Einverleibung durch Frankreich einzusetzen³⁴⁷.

Augustini schlug vor, dass man die Unabhängigkeitsgarantie durch eine Erklärung Frankreichs ergänze, das Wallis nie zu annektieren.

Innenminister Rengger lehnte diesen Vorschlag ab, weil ihn Frankreich nicht akzeptieren würde³⁴⁸.

Napoleon wollte die Einführung der neuen Verfassung im Wallis drei Kommissären der Französischen, Italienischen und Helvetischen Republik übertragen. Verninac betonte, dass der Staatsrat von den Kommissären ernannt werden könne.

339 Der Verfassungsentwurf wurde von Augustini redigiert. Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, P 156 (Juni 1802), Verfassungsprojekt für die Republik Wallis.

340 Vgl. *Charles-Emmanuel de Rivaz, Mémoires*, 223-228.

341 *Salamin, Histoire politique*, 208-213.

342 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 192 (28. Mai - 4. August 1802), Bericht Augustinis über seine Demarchen in Bern für die Unabhängigkeit des Wallis, 4.

343 *Charles-Emmanuel de Rivaz, Mémoires*, 231f., Fussnote 1.

344 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 192, 3.

345 *Salamin, Histoire politique*, 215.

346 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 192, 47 u. 76.

347 Ebd., 74.

348 Ebd., 53.

Zwei der drei Staatsräte sollten aus dem Oberwallis stammen. Er forderte Augustini auf, ihm eine Namenliste³⁴⁹ regierungsfähiger Leute zu erstellen³⁵⁰.

Am 22. Juli unterrichtete Augustini die wichtigsten Notablen des Wallis in Susten über die Verhandlungen mit Verninac. Angesichts der Repressionspolitik Turreaus hielten sie es für ratsam, die Forderungen Napoleons zu erfüllen. Augustini sollte Verninac für eine Volksabstimmung über die Verfassung und die neuen Behörden nach der Proklamation der Republik Wallis disponieren³⁵¹.

Danach trat er die Rückreise nach Bern an. In einem Brief an Verninac betonte Augustini, «welch günstigen Eindruck es auf ein ehemals demokratisches Volk machen würde, wenn es seine Abgeordneten selber bestimmen könnte»³⁵².

Am 1. August teilte ihm Verninac mit, dass Napoleon seinen Vorschlag akzeptiert habe: 1. Es werde ein Landrat einberufen. 2. Der Landrat solle einen Bevollmächtigten zur Unterzeichnung der Unabhängigkeitsakte bestimmen. 3. Der Landrat werde über die Verfassung beraten und die Regierung wählen. 4. Die Regierung solle von den Kommissären eingesetzt werden. 5. Die Ernennung des italienischen und französischen Kommissärs³⁵³ werde bald erfolgen³⁵⁴. Augustini dankte Verninac überschwenglich für seine Verdienste um die Unabhängigkeit des Wallis³⁵⁵.

Am 23. August hielten die Distrikte ihre Wahlversammlungen zur Bestimmung der Landratsabgeordneten ab. Bereits drei Tage später versammelte sich der Landrat in Sitten und akzeptierte am folgenden Tag die Konstituierung der Republik Wallis. Nach kurzer Diskussion nahmen die Landräte die neue Verfassung³⁵⁶ an. Augustini wurde vom Landrat zum Kommissär des Wallis bestimmt. Er unterzeichnete zusammen mit Müller-Friedberg (Helvetische Republik), Louis Lambertenghi (Italienische Republik) und Turreau (Französische Republik) die Unabhängigkeitsakte. Am 30. August wählte der Landrat die neue Regierung. Am 5. September 1802 wurde die Unabhängigkeit des Wallis in Sitten feierlich proklamiert³⁵⁷.

349 Vgl. dazu, Fonds Guillaume de Kalbermatten, P 152 (Juli 1802), Namenliste regierungsfähiger Leute im Wallis. Augustini bemühte sich um eine objektive Auswahl der Personen. Er setzte mehrere Personen auf die Liste, die ihm feindlich gesinnt waren. Als mögliche Staatsräte schlug er Kaspar Eugen von Stockalper, sich selbst, Peter Anton Preux, Peter Joseph de Riedmatten, Joseph-Emmanuel Barberini, Grosshauptmann Riedmatten sowie Franz Joseph Andenmatten für die vier Sitze des Oberwallis und Charles-Emmanuel oder Jsaac de Rivaz, Pierre-Louis du Fay und Gaspard-Etienne Delasoie für die zwei Sitze des Unterwallis vor.

350 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 192, 77f.

351 Ebd., 83.

352 Ebd., 84f.

353 Der helvetische Senat hatte Karl Müller-Friedberg am 29. Juli 1802 zum Kommissär ernannt. Vgl. *Salamin*, *La République indépendante*, 22.

354 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 192, 88f.

355 «J'ai remarqué que la lettre du gouvernement dit qu'il s'étoit décidé à cela d'après deux lettres de Monsieur Verninac. J'ai vu par-là que Monsieur Verninac a porté mes représentations réitérées à ce sujet à son gouvernement, je l'ai infiniment remercié». Vgl. ebd., 89.

356 Vgl. *Salamin*, *La République indépendante*, 30f.; der Verfassungstext ist abgedruckt ebd., 235-246.

357 *Salamin*, *La République indépendante*, 32-39.

Damit hatte sich das Wallis nach langwierigen Verhandlungen von der Schweiz getrennt.

5.4.2 Augustinis Verhandlungen in Paris 1802/1803

Am 8. November 1802 wählte der Landrat in geheimer Abstimmung drei Mitglieder für eine Gesandtschaft nach Paris. Der neue Landeshauptmann Augustini und Vizestaatsrat Jacques de Quartéry nahmen die Wahl an, Staatsrat Kaspar Eugen Stockalper lehnte sie infolge mangelnder Sachkenntnis ab. Schliesslich stellte sich der Alt-Bürgermeister von Sitten, Peter Joseph de Riedmatten, zur Verfügung. Die Hauptaufgabe der Abordnung bestand darin, bei der französischen Regierung die Abberufung General Turreaus und seiner Truppen aus dem Wallis zu erwirken. Zudem sollte das Wallis für die ihm von Turreau aufgezwungenen Kontributionen entschädigt werden³⁵⁸. Dieser nannte den neuen Staat höhnisch «République de 14 jours» und bemühte sich weiterhin, das Wallis durch Agitation und Zwangseinquartierungen zum Anschluss an Frankreich zu bewegen³⁵⁹.

Am 20. November 1802 traten Augustini, seine Tochter Genoveva³⁶⁰ und de Riedmatten die Reise nach Paris an. In St-Maurice gesellte sich de Quartéry zu ihnen. Quartéry war in zweiter Ehe mit der Französin Anne-Pauline de Lazary aus Chambéry (Savoyen)³⁶¹ verheiratet. Der Unterwalliser Quartéry verfolgte mit der Reise nach Paris auch ein privates Ziel. Er wollte die Streichung seines Schwiegervaters Lazary von der Proskribiertenliste erwirken, um später dessen reiches Erbe in Savoyen antreten zu können. Quartéry schlug vor, die Route über Genf zu wählen. Dort schloss sich seine Frau der Gesandtschaft an³⁶². Augustini war von der neuen Reisegefährtin nicht gerade begeistert: «Je prévoiais bien que cette délicate voyageuse nous coûterait du temps et des frais, qu'elle se mêlerait de nos affaires, régnerait sur l'esprit de son mari, pourrait nous brouillier, mais que faire»³⁶³!

Während der Reise bereitete Augustini die Demarchen der Delegation vor. Er wollte seine weniger gut informierten Kollegen erst in Paris über seine Pläne unterrichten. Sein Verhalten versuchte er mit der dadurch verbundenen Kosten- und Zeitersparnis zu rechtfertigen. Diese Geheimniskrämerei erregte den Argwohn de Quartéry's. Riedmatten orientierte Augustini über Quartéry's Misstrauen und Verdächtigungen. Vizestaatsrat Quartéry vertraute Riedmatten an, dass Augustini der Versuchung erliegen könnte, einen Platz im französischen Senat anzunehmen. Die Gesandtschaft sei für ihn nur ein Vorwand. Augustini wies diese

358 Ebd., 61-65.

359 Autobiographie, 210.

360 Augustini wurde wegen seiner häufigen Koliken von seiner älteren Tochter begleitet. Vgl. ebd., 211.

361 Vgl. *Donnet*, Personnages du Valais fichés, Nr. 75 (Jacques de Quartéry), 244.

362 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 167 (20. November 1802-2. Januar 1803), Tagschrift Augustinis über die Streitigkeiten der Pariser Delegation, 1-4.

363 Ebd., 1.

Mutmassung unter Berufung auf seine Verdienste für das Wallis zurück. Er versprach Riedmatten, Quartéry nicht zur Rede zu stellen. Augustini befürchtete, dass sich Quartéry bei der französischen Regierung beliebt machen wollte, um in den Genuss der Erbschaft in Savoyen zu kommen. Die Atmosphäre in der Delegation war nun endgültig vergiftet³⁶⁴.

Am 3. Dezember traf die Gesandtschaft³⁶⁵ in Paris ein. Augustini vertrat die Ansicht, dass es nicht ratsam sei, Turreau bei der französischen Regierung anzuschwärzen, weil er dort Freunde haben könnte³⁶⁶. Er befürwortete eine diplomatischere Taktik: «Il faut toucher le premier Consul par le malheur du Vallais et son point d'honneur»³⁶⁷. Der Landeshauptmann hoffte natürlich, dass Turreau das Land mit den französischen Truppen verlassen würde.

Botschafter Verninac hatte Augustini im Juli 1802 den Abzug der 2500 französischen Soldaten versprochen, sobald die öffentliche Ruhe im Wallis wieder hergestellt sei³⁶⁸.

Am 5. Dezember besuchten die Gesandten Müller-Friedberg, der mit der Consulta in Paris weilte. Dieser schlug ihnen vor, sich durch die Vermittlung Lambertenghis³⁶⁹ beim italienischen Aussenminister Marescalchi zu präsentieren, der bei Napoleon in hohem Ansehen stehe. Gemäss einem weiteren Ratschlag Müller-Friedbergs gaben die drei Abgeordneten zwei Tage später dem französischen Aussenminister Talleyrand ihre Ankunft bekannt und baten um eine Audienz. Vorerst mussten sie sich für die bevorstehenden Audienzen neu einkleiden. In einem Brief an Vize-Landeshauptmann Peter Anton Preux beklagte sich Augustini über die hohen Lebenskosten in Paris. Die Gesandtschaft hatte sich im bescheidenen Hotel de Modène niedergelassen³⁷⁰.

Am 8. Dezember fand sich Augustini bei Louis Lambertenghi, einem Mitglied des Legislativkorps der Italienischen Republik, ein. Lambertenghi schlug vor, dass die Gesandten sich erst nach der Audienz bei Napoleon um die vom Landrat aufgetragenen Geschäfte bemühten. Bonaparte sei über Turreaus Verhalten durch Marescalchi instruiert worden. Lambertenghi hatte die Walliser Delegation bei der französischen Regierung empfohlen. Er betonte, dass die Gesandtschaft sich bei den betreffenden Stellen über Turreaus Verhalten vor und nach der Unabhängigkeit beschweren müsse. Augustini solle seine Beschwerden gegen den General

364 Ebd., 1-4.

365 Augustini berichtet in einer sehr ausführlichen Tagschrift (273 Seiten) detailliert über die Verhandlungen der Walliser Gesandtschaft in Paris. Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 193 (22. November 1802-8. Februar 1803). Da *Michel Salamin* diese Verhandlungen anhand eines kurzen Berichtes von Peter Joseph de Riedmatten dargestellt hat, begnügen wir uns hier mit einem knappen Abriss und greifen einige bisher nicht bekannte Aspekte auf. Vgl. *Salamin*, *La République indépendante*, 63-77.

366 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 193, 10 u. 18.

367 Ebd., 23.

368 *Salamin*, *La République indépendante*, 55.

369 Louis Lambertenghi hatte als Kommissär der Italienischen Republik zusammen mit Turreau, Müller-Friedberg und Augustini die Unabhängigkeitsakte für das Wallis unterschrieben. Siehe oben, 68.

370 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 193, 24-29.

«leidenschaftslos» vorbringen und dessen Versetzung an einen andern Ort beantragen. Lambertenghi hoffte, dass Turreau in den französischen Senat aufgenommen werde. Zudem empfahl er Augustini einen Besuch bei den zwei andern Konsuln Jean-Jacques de Cambacérès und Charles-François Lebrun. Er legte ihm zudem nahe, den Mitgliedern des Landrats das Aufstellen einer Statue Napoleons in Sitten vorzuschlagen. Zwischen Augustini und Lambertenghi herrschte rasch ein gutes Einvernehmen. Lambertenghi machte ihn mit der Hofetikette bekannt und gab ihm praktische Hinweise für ein standesgemässes Auftreten³⁷¹.

Augustini begab sich auch zu seinem Bekannten Verninac, der wegen der Consulta nach Paris gekommen war. Dieser schlug ihm vor, sich für eine Audienz beim Ersten Konsul an Talleyrand zu wenden. Verninac versprach Augustini, sich für seine Forderungen einzusetzen³⁷².

Inzwischen hatte Lambertenghi für den Landeshauptmann und seine Begleiter eine Zusammenkunft mit Aussenminister Marescalchi beantragt. Während der Unterredung betonte Augustini seine italienische Herkunft und dankte Marescalchi, dass er den tüchtigen Kommissär Lambertenghi ins Wallis entsandt hatte. Danach führte der italienische Aussenminister die Gesandtschaft zu Talleyrand. Dieser teilte der Walliser Gesandtschaft mit, dass Napoleon sie anfangs Woche empfangen werde³⁷³.

Schliesslich führte Marescalchi die aufgeregte Walliser Abordnung, die sich im Trubel der Weltstadt Paris wohl ein bisschen verloren fühlte, am 12. Dezember zur Audienz³⁷⁴ bei Bonaparte nach St-Cloud³⁷⁵. Napoleon erkannte de Quartéry wieder, in dessen Haus er einmal übernachtet hatte. Die meisten Fragen richtete er deshalb an den Vizestaatsrat Quartéry, wobei Augustini seinem Kollegen häufig mit der Antwort zuvor kam. Nach dem ersten Wortwechsel hielt Augustini eine Lobrede³⁷⁶ auf Napoleon³⁷⁷. Ein mit Quartéry befreundeter savoyischer Gardeoffizier hatte diesem vor dem Eintritt in den Ambassadorsaal mitgeteilt, dass gute Erfolgsaussichten für die Walliser Delegation bestünden. Man solle jedoch nicht gegen General Turreau reden, weil einige seiner Freunde an der Audienz³⁷⁸ teilnahmen. Nachdem Quartéry dies Augustini zugeflüstert hatte, erwähnte der Landeshauptmann das heikle Thema in seiner Rede nicht. Bonaparte erschien es unbegreiflich, warum die Walliser den Abzug der französischen Truppen begeherten. Er werde alle Kosten bezahlen. Augustini erwiderte, dass Wallis habe seit Jahrhunderten keine fremden Truppen mehr beherbergt. Er könne die öffentliche Ruhe ohne einen einzigen französischen Soldaten garantieren. Der Erste Konsul

371 Ebd., 29-34.

372 Ebd., 37f.

373 Ebd., 47-50.

374 Für den Verbalprozess vgl. Autobiographie, 211ff.; Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 193, 54-62 sowie den Bericht von de Riedmatten in: *Salamin*, La République indépendante, 69-71.

375 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 193, 51f.

376 Vgl. ebd., 54ff.

377 *Salamin*, La République indépendante, 69f.

378 Laut Augustini nahmen alle französischen Minister und ausländischen Botschafter an der Audienz teil. Vgl. Autobiographie, 211.

verlangte die Aushebung eines Walliser Bataillons oder Regiments für den französischen Kriegsdienst. Quartéry und Augustini wiesen darauf hin, dass bereits 2000 Männer aus dem Wallis in Spanien Solddienst leisteten. Bonaparte forderte sie auf, über dieses Angebot nachzudenken. Aus dem Gespräch geht hervor, dass Napoleon den Oberwallisern und dem Bischof misstraute³⁷⁹.

Die Rede Augustinis fand Bonapartes Gefallen. Sie wurde im Regierungsorgan «Le Moniteur» am 24. Dezember 1802 abgedruckt³⁸⁰. Augustini ärgerte sich darüber, dass ein wichtiger Abschnitt aus seiner Rede ausgelassen wurde³⁸¹.

Am 17. Dezember kam es zu einem heftigen Streit zwischen Landeshauptmann Augustini und Vizestaatsrat de Quartéry. Augustini hatte erfahren, dass Quartéry sich um eine Privataudienz bei Napoleon bemühen wollte, um ihm die Forderungen der Walliser Regierung zu unterbreiten. Der Landeshauptmann war damit nicht einverstanden, weil er befürchtete, dass Quartéry nur die Interessen des Unterwallis vertreten würde. In einer von ihm einberufenen Krisensitzung erwähnte Augustini die Vorbehalte und Verdächtigungen Quartérys gegen seine Person. Der Landeshauptmann berief sich wieder einmal auf seine Verdienste für das Wallis und drohte Quartéry, ihn nach Hause zu schicken. De Quartéry betonte, dass das Unterwallis stärker durch französische Truppen belastet sei als das Oberwallis³⁸². Er hielt fest, dass sich der Statthalter des Landeshauptmannes (Vize-Landeshauptmann Preux) zur Zeit im Wallis befinde und dass Augustini und Riedmatten keine Spezialmission des Staatsrates oder Landrates zu erfüllen hätten. Daraufhin drohte Augustini mit seiner Abreise. Quartéry antwortete, dass er gehen könne und bekräftigte seine Absicht, in Paris zu bleiben. Schliesslich beruhigten sich die Gemüter und die drei Gesandten beschlossen, ihre Verhandlungen gemeinsam fortzuführen³⁸³.

Die Streitigkeiten zwischen den beiden Intriganten Augustini und Quartéry verzögerten den Ablauf der Verhandlungen. Sie beruhten auf Augustinis Geheimniskrämerei und übertriebenem Ehrgeiz sowie der Abneigung Quartérys gegenüber dem Oberwallis. Ausserdem wollte der begnadete Selbstdarsteller Augustini die Gelegenheit nutzen, in Paris vor den Augen der französischen Regierung zu brillieren.

Bei der zweiten Zusammenkunft mit Napoleon, einem Essen in den Tuileries, wagte es Augustini angesichts der vielen französischen Minister und Generäle

379 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 193, 57-62.

380 Am 4. Januar 1803 publizierte der «Nouvelliste Vaudois» die schriftliche Version der Rede ebenfalls. Diese Fassung ist teilweise in *Salamin*, La République indépendante, 70f. abgedruckt.

381 «Bonaparte connaît nos maux, il le[s] fera finir, il nous l'a dit. Il ne souffrira pas que ses ordres de justice et bienfaisance restent plus longtemps sans exécution». Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 193, 164.

382 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 167, 5-8.

383 *Salamin*, La République indépendante, 72. *Salamins* Schilderung stützt sich auf einen Brief von Quartéry an Joseph-Alphonse de Nucé vom 20. Dezember 1802. Vgl. auch Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 167, 9-11: Nach Augustinis Sicht der Dinge bat ihn Quartéry schliesslich zu bleiben und sich gegenseitig zu vertrauen.

nicht, mit Bonaparte über die Entfernung Turreaus zu sprechen. Vize-Landeshauptmann Preux hatte ihm dies in einem Brief empfohlen³⁸⁴.

Marescalchi teilte Augustini mit, dass Napoleon Turreau aus dem Wallis abberufen werde³⁸⁵. Lambertenghi war überzeugt, dass nicht alle französischen Truppen das Land verlassen würden. Obwohl Marescalchi und er selber sich beim Ersten Konsul für den Abzug aller Soldaten eingesetzt hätten, beharre Bonaparte auf einem reduzierten Kontingent. Sogar die Italienische Republik habe dieses Ziel trotz guter Beziehungen zu ihrem Präsidenten Napoleon nicht verwirklichen können. Lambertenghi wies die Walliser an, Paris noch nicht zu verlassen, sonst würden ihre Forderungen in den betreffenden Büros rasch vergessen³⁸⁶.

Trotz etlicher Audienzen bei Talleyrand und im Kriegsministerium erhielten die drei Abgeordneten keine schriftliche Garantie für den Abzug der französischen Truppen und die Entfernung Turreaus.

Während der kurzen Abschiedsvisite vom 16. Januar 1803 verlangte Augustini von Napoleon die Abberufung Turreaus. Bonaparte antwortete, dass er einen Residenten ins Wallis schicken werde. Er habe die Bezahlung der den französischen Soldaten von der Republik Wallis gelieferten Waren veranlasst. Die Truppenbelastung im Wallis empfand er als gering. Er gab vor, dass die Soldaten für den Bau der Simplonstrasse gebraucht würden. Danach ermahnte er Augustini folgendermassen: «Vous êtes du haut Vallais», en riant il ajoute: «Vous êtes un peu aristocrate, je vous recomande de bien vivre avec les bas Valaisans en frères». Augustini antwortete: «C'est mon intention, je suis bien avec les bas Vallaisans. Ils m'ont mis en avant chaque fois qu'il était question d'une nomination distinguée»³⁸⁷. Trotzdem beunruhigte ihn diese Feststellung Bonapartes³⁸⁸. Später behauptete der damalige Landeshauptmann, dass ihn Quartéry durch einen Mittelsmann bei Napoleon diskreditiert habe³⁸⁹. Quartéry wies Napoleon auf die starke Truppenbelastung des Unterwallis hin. Bonaparte betonte, dass er das Unterwallis unterstützen werde. Das Generalquartier solle aufgehoben werden. Er schlug vor, die Truppen in den Klöstern von Sitten zu logieren. Ausserdem sollten die französischen Bataillone das Wallis nichts mehr kosten³⁹⁰. Abschliessend bat Augustini noch einmal um die Entfernung Turreaus. Napoleon versprach diesmal ausdrücklich seine Abberufung³⁹¹.

384 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 193, 201f; vgl. auch Autobiographie, 201f.

385 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 193, 203.

386 Ebd., 205f.

387 Ebd., 251f.

388 Augustini bat seinen Gönner Marescalchi, nach seiner Rückkehr aus Paris herauszufinden, wer ihn beim Ersten Konsul als Aristokraten angeschwärzt und diesen gegen das Oberwallis disponiert habe. Zudem solle er Bonaparte über seine Verdienste direkt oder indirekt orientieren. Vgl. ebd., 272f.

389 Autobiographie, 215.

390 Quartéry unterstrich seine Forderung folgendermassen: «Nous sommes tous de la même famille et vous en êtes le père». Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 193, 252.

391 Ebd., 252.

Talleyrand hatte Augustini schon früher anvertraut, dass er Bonaparte zur Entfernung Turreaus und zum allmählichen Abzug der Truppen bewegen werde. Offiziell könne Napoleon den Forderungen einer kleinen Republik nicht nachgeben. Augustini solle darauf zählen und es niemanden anvertrauen³⁹².

Der italienische Aussenminister Marescalchi empfahl dem Landeshauptmann, nach der Rückkehr nichts über Bonapartes Versprechungen verlauten zu lassen. Falls der Erste Konsul sich nicht mehr daran erinnere oder seine Meinung ändere, könne dies Augustinis Karriere zerstören³⁹³.

Im Wallis hielten der Land- und der Staatsrat die Mission der drei Gesandten geheim. Ein Zeitungsartikel des «Nouvelliste Vaudois» vom 28. Dezember 1802 erwähnte die Abordnung erstmals. Da präzise Auskünfte von den Verhandlungen in Paris fehlten, kursierten bald wilde Gerüchte. Die Gesandtschaft sei weder von Napoleon noch Talleyrand empfangen worden³⁹⁴. Ein anderes Gerücht besagte, dass die Unabhängigkeit des Wallis ein Hirnspinnst sei³⁹⁵.

Am 6. Februar 1803 trafen die Abgeordneten nach einer 16tägigen Reise in Sitten ein. Am folgenden Tag legte Augustini dem Staatsrat in geheimer Sitzung die Ergebnisse der Verhandlungen dar. Diese neuerliche Geheimhaltung führte wiederum zu haltlosen Gerüchten, denen viele Leute Gehör schenkten. Augustini schlug seinen Staatsratskollegen daher vor, die Bevölkerung in einem Communiqué über die Verhandlungen zu orientieren. Der Staatsrat lehnte dies ab, sandte jedoch einen nach Augustinis Vorschlägen redigierten Brief an alle Zenden- und Gemeindebehörden sowie den «Nouvelliste Vaudois». Darin dementierte die Walliser Regierung alle zirkulierenden Gerüchte. Die Gesandten seien von Napoleon mit Wohlwollen empfangen worden. Der Erste Konsul habe die Bezahlung der an die französischen Truppen gelieferten Waren bereits angeordnet. Er werde die vertraglich verankerte Unabhängigkeit des Wallis respektieren³⁹⁶.

Es fällt auf, dass in diesem Brief die Abberufung Turreaus und der allmähliche Abzug der französischen Truppen nicht erwähnt wird. Augustini scheint die Ratschläge seines Gönners Marescalchi und diejenigen Talleyrands befolgt zu haben.

Wenn auch seine Verhandlungen in Bern um die Staatszugehörigkeit des Wallis für seine Karriere von weit grösserer Bedeutung waren, so boten die Verhandlungen in Paris dem Landeshauptmann doch Gelegenheit, die Beziehungen zu Verninac und Lambertenghi zu vertiefen sowie neue Bande mit Napoleon, Talleyrand und Marescalchi zu knüpfen. Diese Kontakte erleichterten ihm zweifellos seine Aufgabe als Landeshauptmann, dem unter anderem die Leitung der Aussenpolitik oblag.

392 Autobiographie, 213.

393 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 193, 242.

394 *Salamin*, La République indépendante, 72.

395 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 193, 253.

396 Vgl. *Salamin*, La République indépendante, 75-77.

5.5 Augustinis Verhältnis zur Helvetik

Augustinis rasante politische Karriere wäre ohne die helvetische Revolution, die das Wallis erstmals zu einem Schweizer Kanton machte, nicht möglich gewesen. Während seiner Zeit als Senator (1798-1800) knüpfte er Beziehungen zu einflussreichen helvetischen Politikern. Diese Beziehungen kamen ihm bei den Verhandlungen um die Staatszugehörigkeit des Wallis zustatten. Besonders gute Kontakte unterhielt er mit Karl Albrecht von Frischung (Bern) und Johann Rudolf Dolder (Aargau). Den politischen Durchbruch schaffte der *homo novus* Augustini auf schweizerischer Ebene.

Er verurteilte die beiden Aufstände der Oberwalliser von 1798³⁹⁷ und 1799³⁹⁸, die sich gegen Frankreich und den verhassten helvetischen Einheitsstaat richteten. Diese Verhaltensweise beruhte einerseits auf politischem Kalkül, galt Augustini doch in den Augen der Aufständischen als Verräter und Kollaborateur³⁹⁹, andererseits war er von der Aussichtslosigkeit eines Aufstandes überzeugt⁴⁰⁰. Die Loyalität Augustinis zur Helvetischen Republik zeigte sich in seinen Bemühungen, das Wallis als Schweizer Kanton zu erhalten. Er wehrte sich entschieden gegen den Anschluss des Wallis an Frankreich. Augustinis Rede an der Tagsatzung von 1801 und die von ihm angeregte Willenserklärung der Walliser Gemeinden für den Verbleib bei der Schweiz trugen dazu bei, die Annexion durch Frankreich zu verhindern⁴⁰¹.

Die Gespräche in Bern mit führenden helvetischen Politikern im April 1802 und die veränderte innenpolitische Lage nach dem 4. Staatsstreich bewirkten bei ihm einen Sinneswandel. Angesichts der Stärke Frankreichs und der nachgiebigen Haltung der helvetischen Regierung hielt er nun die von Napoleon beschlossene Errichtung einer unabhängigen Republik für die beste Lösung.

In einem Memorandum, in dem er den Bischof von Sitten, Joseph Anton Blatter, von den Vorteilen einer unabhängigen Republik gegenüber dem Verbleib bei der Schweiz überzeugen wollte, argumentierte er folgendermassen⁴⁰²:

1. Als isolierte Republik habe das Wallis nichts für seine Religion zu befürchten, weil alle Gesetzgeber und Beamten des Landes der gleichen Konfession angehörten. Eine unabhängige Republik könne den Fortbestand der religiösen Stiftungen, der geistlichen Bruderschaften, der Klöster, des Domkapitels und der Kollegien mit geistlichen Lehrkräften und christlichen Lehrmethoden garantieren. Als schweizerischer Kanton unterstehe das Wallis protestantischen Ministern der

397 Fonds Hans Anton von Roten, 1798, Kurzer Bericht Augustinis über den Aufstand von 1798 im Oberwallis.

398 Autobiographie, 195.

399 Während des zweiten Aufstandes der Oberwalliser wurden Augustinis Häuser in Leuk besetzt und geplündert. Vgl. Fonds Hans Anton von Roten, Notizen Augustinis über seine Erlebnisse von 1798-1807.

400 Autobiographie, 195.

401 Siehe oben, 56f. u. 59f.; Autobiographie, 204.

402 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 132 (Mai 1802), Memorandum Augustinis für die Schaffung einer unabhängigen Republik Wallis an den Bischof von Sitten.

Künste und Wissenschaften, die kein Verständnis für die römisch-katholische Konfession gezeigt hätten.

2. Im Falle der Unabhängigkeit könne sich das Wallis eine seinen Bedürfnissen, Sitten und der Religion angepasste Verfassung geben. Das gesetzgebende Korps der Helvetischen Republik setze sich aus «Philosophen, Protestanten, Reformierten und Sektierern anderer Religionen, Aristokraten, Patrioten, Geschäftsleuten, Städtern, Reichen und Oligarchen» zusammen, die andere Interessen als die Walliser, ein Volk von «Hirten, Bauern und armen Berglern», hätten.

3. Das Wallis könne sich im Gegensatz zur Helvetischen Republik wenige, einfache und strenge Gesetze geben, die den Fehlbaren strafen und bessern sollten. Augustini ärgerte sich darüber, dass einige «Philosophen» in der Helvetik den Gesetzgebern die Verhängung der Todesstrafe⁴⁰³ nicht zugestehen wollten. Er befürwortete die Todesstrafe und die Folter wegen der Abschreckung.

4. Nach der Konstituierung einer unabhängigen und neutralen Republik würden die Walliser Soldaten nicht mehr ausserhalb ihres Territoriums gegen eine fremde Macht kämpfen müssen. Zudem werde der arme Kanton Wallis weder «den Neid» noch die «Begierde» eines andern Landes erwecken.

5. Als eigener Staat werde das Wallis weniger Geld für die Verwaltungskosten ausgeben müssen. Die Erhebung von indirekten Steuern werde für die Deckung des bescheidenen Staatshaushaltes genügen.

6. Die unabhängige Republik fördere die politische Eigenständigkeit. Das Wallis werde seine Behörden selber ernennen dürfen.

7. Nach dem Erlangen der Unabhängigkeit wäre das Regiment de Courten in Spanien ausschliesslich für den Unterhalt der Walliser Söldner bestimmt. Augustini betonte, dass das Wallis angesichts der schlechten Wirtschaftslage auf den Solddienst nicht verzichten könnte.

8. Die Unabhängigkeit garantiere den Fortbestand der Gemeindegüter und der geistlichen Liegenschaften. Zudem erlaube sie für die Abgeltung der Feudallasten eine den Verhältnissen des Wallis angepasste Lösung.

9. Der politische Friede⁴⁰⁴ sei in der Schweiz wegen der Verfassungskämpfe noch nicht wieder hergestellt. Als eigene Republik werde das Wallis zur Ruhe kommen. Augustini wies darauf hin, dass bereits am 7. Januar 1800 drei Direktoren auf verfassungswidrige Art und Weise entlassen worden seien. Danach habe man das Direktorium willkürlich durch den Vollziehungsausschuss ersetzt.

403 Der helvetische Code pénal verbesserte das Strafrechtswesen des Ancien Régime erheblich. Die Todesstrafe wurde zwar beibehalten, die Folter jedoch im Mai 1798 abgeschafft. Den Strafvollzug versuchten die Behörden menschlicher zu gestalten. Vgl. Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd.2, 826.

404 Wörtlich sagte er: «Si nous considérons que tantôt des patriotes tantôt des cy-devant font la majorité et les changemens dans le gouvernement, si nous remarquons quels changemens se font chaque révolution dans les cantons parmi leurs premiers magistrats, on peut croire que les esprits ne sont pas encore rapprochés en Helvétie, qu'elle n'est pas encore prête, vraiment tranquille et alors, appréciant la douce tranquillité et la paix comme le plus grand bien des nations, je me décide pour la paix dans un chalet de préférence au palais, où je vois les dissensions». Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 132.

Der Senat und der Grosse Rat seien am 7. August 1800 verfassungswidrig vom Vollziehungsausschuss abgesetzt und durch den Gesetzgebenden Rat ersetzt worden. Desgleichen sei am 28. Oktober 1801 die legitime helvetische Tagsatzung nicht verfassungsgemäss aufgelöst worden. Nach dem Umsturz vom 17. April 1802 habe man eine Notablenversammlung aus allen Kantonen eingesetzt, ohne einen Vertreter aus dem Kanton Wallis einzuladen. Zu diesem Zeitpunkt habe das Wallis noch zur Helvetischen Republik gehört.

Abschliessend versuchte Augustini, drei Argumente für den Verbleib bei der Schweiz zu widerlegen⁴⁰⁵:

1. Napoleon wolle das Wallis nur zur unabhängigen Republik machen, um es später leichter einverleiben zu können⁴⁰⁶.

Falls die französische Regierung diesen Hintergedanken habe, könne auch die Union mit der Helvetischen Republik das Wallis nicht vor der Annexion retten. Die Schweiz sei zu schwach, um etwas für das Wallis zu bewirken. Falls das Wallis eine selbständige Republik werde, könne es von der Schweiz nicht mehr an Frankreich abgetreten werden. Augustini hoffte, dass Napoleon den von andern Ländern zu garantierenden Unabhängigkeitsvertrag des Wallis nicht brechen werde, weil er grossen Wert auf sein öffentliches Ansehen lege.

2. Der Einfluss der französischen Regierung auf die Republik Wallis werde sehr gross sein⁴⁰⁷.

Augustini betonte, dass alle Mächte in Europa gegenwärtig unter dem Einfluss Frankreichs stünden. Finanzen, Polizeigewalt, Religion und Rechtswesen würden jedoch unangetastet bleiben. Dies sei schon ein grosser Erfolg. Der Einfluss Frankreichs könne im Verlaufe der Zeit auch zurückgehen. «L'espérance soutient l'homme»⁴⁰⁸.

3. Die Errichtung einer unabhängigen Republik werde zu Spannungen zwischen Ober- und Unterwallis führen.

Augustini äusserte sich dazu folgendermassen: «Was mich betrifft, zweifle ich nicht daran, dass jeder gute Walliser, der die Vereinigung mit Frankreich ablehnt, denkt wie ich. Wir müssen und wollen das Vergangene vergessen, niemandem wegen seiner politischen Auffassung Vorwürfe machen und einander als wahre Brüder gegenseitig verzeihen»⁴⁰⁹.

Es fällt auf, dass Augustini in seinem Memorandum an Bischof Blatter populistische Denkmuster aufgreift: Schutz der Religion und des Klerus, politische Autonomie, geringe Staatsausgaben, weniger Steuern, Verfügungsrecht über Gemeindegüter und geistliche Liegenschaften, grössere Selbstbestimmungsrechte, eine den Bedürfnissen des Wallis angepasste Verfassung und Gesetzgebung,

405 Ebd.

406 Augustini und Duc hatten diesen Eindruck während ihrer Verhandlungen in Bern im April 1802 gewonnen. Vgl. *Salamin*, *Histoire politique*, 200f.

407 Bischof Blatter hatte diese Befürchtung Augustini mitgeteilt. Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 97 (2. Mai 1802), Brief von Blatter an Augustini.

408 Ebd.

409 Ebd., C 132.

Aussicht auf ruhigere Zeiten, Beschränkung auf die Verteidigung der eigenen Grenzen sowie die Betonung der spezifischen Walliser Identität. Diese grösstenteils oder ganz aus der Zeit der alten Republik Wallis stammenden Denkmuster entsprachen der konservativen Mentalität der Bevölkerung. Die gegen die Franzosen und die Helvetische Republik gerichteten Aufstände von 1798 und 1799 lassen sich mit dieser traditionellen Grundhaltung der Volksmassen erklären.

Augustinis Standpunkt unterschied sich kaum von demjenigen der bedeutendsten Oberwalliser Notablen, Jakob Valentin Sigristen, Kaspar Eugen von Stockalper und Leopold de Sepibus. Der ehemalige Senator Sigristen teilte Augustini mit, dass die Bevölkerung des Oberwallis die Unabhängigkeit der Union mit der Schweiz vorziehe⁴¹⁰. Er favorisierte eindeutig eine unabhängige Republik und betonte, dass die Walliser regelmässig bei höheren helvetischen Ämtern und Militärstellen übergangen worden seien, obwohl dafür geeignete Personen vorhanden gewesen wären. Implizit erwähnte er, dass Augustini trotz seiner Qualitäten bei den Wahlen ins Direktorium übergangen worden sei⁴¹¹. Der einflussreiche Kaspar Eugen von Stockalper disponierte einige Notabeln des Distriktes Brig für die Unabhängigkeit⁴¹². Leopold de Sepibus sprach sich ebenfalls für eine selbständige Republik aus⁴¹³.

Nach Gesprächen mit der helvetischen Regierung gab Nationalpräfekt de Rivaz seinen Widerstand gegen die Errichtung der unabhängigen Republik Wallis auf⁴¹⁴. Auch im Unterwallis befürwortete der Grossteil der Bevölkerung einen eigenständigen Staat. Nur eine kleine Minderheit forderte den Anschluss an Frankreich⁴¹⁵.

Seine pragmatische Einstellung und sein politisches Kalkül bewogen Augustini dazu, den Unionsgedanken mit der Schweiz ad acta zu legen und sich für die Wiederherstellung der Republik Wallis zu engagieren. Aufgrund seiner diplomatischen Verdienste und seines Ansehens als Senator besass er gute Aussichten, zum Landeshauptmann gewählt zu werden. Ein Beharren auf der Union mit der Helvetischen Republik hätte seine Karriere gefährdet, weil er dadurch Frankreich verärgert hätte und die Walliser Bevölkerung die Wiederherstellung der Republik bevorzugte.

Wahrscheinlich erkannte Augustini infolge seines viermaligen Scheiterns als Kandidat für das helvetische Direktorium, dass er auf schweizerischer Ebene nicht mehr zu den höchsten Ämtern aufsteigen konnte.

410 Ebd., C 103 (6. Mai 1802), Brief von Sigristen an Augustini.

411 Ebd., C 116 (14. Mai 1802), Brief von Sigristen an Augustini.

412 Ebd., C 130 (27. Mai 1802), Brief von Kaspar Eugen Stockalper an Augustini.

413 Ebd., C 99 (3. Mai 1802), Brief von Leopold de Sepibus an Augustini.

414 *Charles-Emmanuel de Rivaz*, *Mémoires*, 210f.

415 Vgl. *Salamin*, *Histoire politique*, 250.

5.6 Augustinis Zeit als Landeshauptmann 1802-1807⁴¹⁶

5.6.1 Die Wahl

Im Alter von 59 Jahren wurde Augustini vom Landrat am 30. August 1802 erstmals zum Landeshauptmann gewählt. Er setzte sich mit 14 von 26 möglichen Stimmen gegen Charles-Emmanuel de Rivaz (9) im ersten Wahlgang durch. Die drei restlichen Stimmen entfielen auf Kaspar Eugen von Stockalper⁴¹⁷.

Nach seinen eigenen Angaben votierten die folgenden Landräte für Augustini: Jakob Valentin Sigristen und Johann Franz Taffiner (Distrikt: Ernen), Kaspar Eugen von Stockalper und Moritz Wegener (Brig), Franz Joseph Andenmatten (Visp), Joseph Matter (Leuk), Peter Anton de Preux und Etienne Crettaz (Siders), Jean-Joseph Duc, Joseph Anton Theiler und Thédula Blanc (Sitten) sowie Vincent Favre und Jean-Baptiste Maître (Hérémence)⁴¹⁸.

Es fällt auf, dass die Oberwalliser Augustini ziemlich stark unterstützten. Die drei Stimmen für Stockalper stammten wahrscheinlich ebenfalls aus dem oberen Kantonsteil. Vieles deutet darauf hin, dass kein einziger Oberwalliser den ehemaligen Nationalpräfekten de Rivaz wählte. Augustini gelang es, die Stimmen der beiden französischsprachigen Abgeordneten aus Hérémence auf sich zu vereinigen. Dies gab den Ausschlag für seine Wahl.

Überraschenderweise stimmten Kaspar Eugen von Stockalper und Moritz Wegener für ihren Gegner Augustini.

Danach wählte der Landrat Peter Anton de Preux zum Landeshauptmann-Statthalter. Charles-Emmanuel de Rivaz übernahm das Amt des ersten Staatsrates (Justiz und Erziehung), Kaspar Eugen von Stockalper dasjenige des zweiten Staatsrates (Finanzen). Joseph du Fay de Lavallaz und Jacques de Quartéry ergänzten als Vizestaatsräte die Exekutive⁴¹⁹.

416 Vgl. *Salamin*, La République indépendante, besonders 79-145. Da *Salamin* die Zeit der Republik Wallis (1802-1810) ausführlich dargestellt hat und wiederholt Bezug auf die Regierungstätigkeit des Staatsrats nimmt, begnügt sich dieses Kapitel mit wenigen ausgewählten Themen, die Augustinis Haltung als Landeshauptmann reflektieren.

417 *Salamin*, La République indépendante, 33-35.

418 Autobiographie, 208. Bei den restlichen Abgeordneten handelte es sich um Casimir Lang und Moritz Zurbriggen (Distrikt: Stalden), Anton de Augustini (Leuk), Anne-Louis Tousard d'Olbec (Siders), François-Emmanuel Joris, Gaspard-Etienne Delasoie und Etienne Vaudan (Sembrancher), Philippe Morand und Emmanuel Gay (Martinach), Jacques de Quartéry und Joseph-Alphonse de Nuce (St-Maurice) sowie Charles-Emmanuel de Rivaz und Pierre-Louis Du Fay (Monthey). Vgl. *Salamin*, La République indépendante, 33.

419 *Salamin*, La République indépendante, 35.

5.6.2 Die Regierungstätigkeit

Nach den Wirren der Helvetik erlebte die Republik Wallis zwischen 1802 und 1810 bessere Zeiten. Sie erholte sich allmählich von den Folgen der beiden Aufstände und der französischen Besetzung. Die grosse Bevölkerungsmehrheit des armen Agrarlandes lebte jedoch wie vor 1798 in sehr bescheidenen Verhältnissen. Als Satellitenstaat war das Wallis stark von Frankreich abhängig⁴²⁰. Nach 1807 verstärkte Napoleon den Druck auf die «unabhängige Republik»⁴²¹. Bonaparte rechtfertigte die Annexion des Wallis im Jahre 1810 unter anderem mit dem schleppenden Gang der Staatsgeschäfte und der Ohnmacht der Behörden, den Schmuggel (Kontinentalsperre) zu unterbinden⁴²². Den wahren Grund für die Einverleibung bildete jedoch die strategische Bedeutung des Simplon. Bezeichnenderweise erhielt das Wallis den Namen «Département du Simplon».

Am 1. Juni 1803⁴²³ verliess General Turreau das Wallis für einen dreimonatigen Urlaub und begab sich nach Paris. Die Abreise Turreaus, die sich bald als endgültig erweisen sollte⁴²⁴, wurde im Wallis mit Freude zur Kenntnis genommen. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich nur mehr 300 französische Soldaten in der Republik⁴²⁵. Im Wallis herrschte wieder Optimismus vor. Dazu trug die gute Getreide- und Weinernte von 1803 wesentlich bei. Auf den Alpen wurden hohe Milcherträge erzielt, die sich positiv auf die Käseproduktion auswirkten. In diesem Jahr blieb das Wallis ausserdem von Epidemien und der Viehseuche verschont⁴²⁶.

Anfangs Januar 1804 beurteilte Augustini die Lage des Wallis sehr optimistisch⁴²⁷.

Die Sicht Augustinis war sicher schönfärberisch, wenn man bedenkt, dass sich der Staatsrat wiederholt über das Nichtbefolgen der Gesetze beklagte. Der Staatsrat mahnte das Volk, dadurch die Unabhängigkeit des Wallis nicht zu gefährden. Dies beeindruckte die Bevölkerung kaum, weil sie mit der Gefahr einer Annexion des Wallis durch Frankreich seit mehreren Monaten vertraut war⁴²⁸.

Während seiner Landeshauptmannschaft versah Augustini zugleich auch das Amt des Generals der Republik Wallis⁴²⁹.

420 Borter, Wallis 1790-1815, 107.

421 Vgl. Salamin, La République indépendante, 147-173.

422 Borter, Wallis 1790-1815. Vgl. das entsprechende Kapitel in: Salamin, La République indépendante, 175-201.

423 Die bisherige Forschung legte das Datum seiner Abreise mangels genauer Quellen auf den Juli fest. Vgl. Salamin, La République indépendante, 87.

424 Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 232 (10. August 1803), Brief des Sekretärs der französischen Gesandtschaft in der Schweiz, Sauveur-Joseph Gandolphe an Augustini.

425 Ebd., C 227 (2. Juni 1803), Brief von Augustini an Marescalchi.

426 Anne-Joseph de Rivaz, Mémoires, Bd.1, 152.

427 Vgl. Salamin, La République indépendante, 82f.

428 Ebd., 83.

429 Fonds Henri de Villa/de Stockalper, 20 (28. Juli 1803), der Staatsrat ernennt Augustini zum General der Republik Wallis. Vgl. auch Autobiographie, 216.

Am 10. Mai 1803 teilte Lambertenghi Landeshauptmann Augustini mit, dass Napoleon geeignete Personen für das Amt des französischen Residenten im Wallis suche⁴³⁰.

Ende September ernannte der Erste Konsul den Sekretär der französischen Gesandtschaft in der Schweiz, Sauveur-Joseph Gandolphe, zum Residenten im Wallis⁴³¹. Augustini kannte diesen seit seinen Verhandlungen in Bern 1802⁴³². Bonaparte änderte jedoch seinen Entschluss zugunsten des bekannten französischen Dichters François-René Chateaubriand. Elisa Bonaparte und der bekannte Universitätsprofessor Louis de Fontanes hatten sich beim Ersten Konsul für Chateaubriand eingesetzt⁴³³. Dieser hatte sich als Botschaftssekretär in Rom mit Kardinal Fesch überworfen⁴³⁴.

Chateaubriand kündigte seine Ankunft in Sitten für Mitte April 1804 an. Augustini beauftragte den Stadtrat von Sitten, eine geeignete Wohnung für den Residenten zu suchen. Je näher die Reise nach Sitten rückte, desto stärker wurde der Widerwille des Dichters gegen seine neue Aufgabe. Unter dem Eindruck der Ermordung des Grafen d'Enghien, Louis-Antoine-Henri de Bourbon⁴³⁵, quittierte Chateaubriand am 22. März den diplomatischen Dienst. Augustini war über die Demission des Dichters, den er als Wunschkandidaten bezeichnet hatte, enttäuscht⁴³⁶.

Am 31. Juli 1804 traf der neue französische Resident Joseph Echassériaux mit seiner Familie in Sitten ein⁴³⁷. Augustini traf alle Anstalten zu einem würdigen Empfang des neuen Residenten. Echassériaux wurde auf Anordnung des Staatsrates mit Böllerschüssen und militärischen Ehren empfangen⁴³⁸. In einer anpasserischen und überschwenglichen Rede bezeugte Augustini als oberster Vertreter des Wallis seine Loyalität gegenüber Frankreich. Am Abend beschloss ein Festbankett mit zahlreichen Reden den Empfang⁴³⁹. Ausserdem wurde die Kantonshauptstadt speziell beleuchtet⁴⁴⁰.

Der frankophile Augustini bemühte sich um ein möglichst gutes Einvernehmen mit Echassériaux, den er als «redlichen, sehr gelehrten Mann»⁴⁴¹ bezeichnete.

Während seiner Amtszeit liess sich der Landeshauptmann kaum eine Gelegenheit entgehen, um Frankreich seine Loyalität zu bezeugen. Am 27. August 1804 schlug Augustini seinen Staatsratskollegen vor, am 5. September wiederum der Unabhängigkeit der Republik Wallis zu gedenken. Tatsächlich kündigten an die-

430 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 226 (10. Mai), Brief von Lambertenghi an Augustini.

431 *Salamin*, La République indépendante, 88.

432 Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 192.

433 Vgl. *Lathion*, Chateaubriand et le Valais, 285-311 u. 333-351.

434 *Sadrain*, La réunion, 24.

435 Louis-Antoine-Henri de Bourbon (1772-1804), Chantilly, Graf d'Enghien, Vetter Ludwigs XVI. Zur Affäre d'Enghien vgl. *Tulard*, Dictionnaire Napoléon, 663ff.

436 *Salamin*, La République indépendante, 89-91.

437 Ebd., 94f.

438 *Sadrain*, La réunion, 26.

439 *Salamin*, La République indépendante, 97.

440 *Sadrain*, La réunion, 26.

441 Autobiographie, 217.

sem Tag 20 Salutschüsse der Sittener Bevölkerung einen Freudentag an. Ein Herold verkündete das Gesetz vom 28. Oktober 1802, in dem Napoleon als «restaurateur de l'indépendance de la République du Valais» gepriesen wurde⁴⁴².

Trotz einer Erkrankung präsierte Augustini das offizielle Festessen⁴⁴³. In seiner Ansprache liess er Bonaparte, Echassériaux und dessen Familie hochleben⁴⁴⁴.

Als Napoleon am 2. Dezember 1804 zum Kaiser gekrönt wurde, versammelten sich der französische Resident, die Landratsabgeordneten, die Staatsräte, die obersten Richter und die Sittener Gemeinderäte im «hôtel de ville» zum Festakt. Nach der Rede Echassériaux's ergriff der Landeshauptmann das Wort. In seiner Lobrede bezeichnete Augustini Napoleon als Wohltäter Frankreichs und des Wallis. Er verstieg sich sogar zur Behauptung, dass Bonaparte sein persönlicher Wohltäter sei. Napoleon habe die Kaiserkrone durch seine Leistungen verdient und nicht durch ein zufälliges Erbrecht erhalten. Die Feier wurde am frühen Morgen durch Artilleriesalven angekündigt. Am Abend lud Echassériaux die politische Prominenz zum Bankett ein. Die Bevölkerung musste sich mit der Betrachtung der hell erleuchteten Hauptstadt begnügen. Auf Vorschlag des Staatsrates hatte der Landrat schon am 30. November die Errichtung zweier Denkmäler zu Ehren Napoleons auf dem Simplon und Grossen St. Bernhard beschlossen⁴⁴⁵.

Kaiser Napoleon sandte Augustini eine Tabakdose mit seinem Porträt und ein Medaillon, das die Krönung festhielt. Der Landeshauptmann hatte sich jedoch einen Orden erhofft⁴⁴⁶. Aus einem Brief Talleyrands an Augustini geht hervor, dass er sich für den Orden der Ehrenlegion empfohlen hatte⁴⁴⁷. Der Landeshauptmann führte die Nichtaufnahme in die Ehrenlegion auf seinen Widerstand gegen die Einverleibung des Wallis durch Frankreich in den Jahren 1801/1802 zurück⁴⁴⁸.

Nach Absprache mit Echassériaux begab sich Augustini am 19. Juni 1805 zur Grundsteinlegung des Denkmals für Napoleon auf den Grossen St. Bernhard. Gleichenorts nahm er an den Feierlichkeiten für den in der Schlacht von Marengo (1800) gefallenen General Desaix teil. Die Grundsteinlegung wurde vom französischen Kriegsminister Berthier vorgenommen⁴⁴⁹.

Während seiner Regierungszeit unterhielt Augustini einen regen Briefkontakt mit seinen Gönnern Lambertenghi, Marescalchi und Verninac sowie dem französischen Aussenminister Talleyrand⁴⁵⁰.

442 *Salamin*, La République indépendante, 98. Augustini bezeichnete sich selbst als Urheber dieses Gesetzes. Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 337 (Sommer 1806), Brief von Augustini an Talleyrand.

443 *Salamin*, La République indépendante, 98.

444 Vgl. dazu Bulletin officiel, 37 (9. September 1804), 302f.

445 *Salamin*, La République indépendante, 99-102.

446 Autobiographie, 218.

447 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 259 (30. August 1804), Brief von Talleyrand an Augustini.

448 Autobiographie, 218.

449 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 288 (16. Juni 1805), Kopie eines Briefes von Augustini an Echassériaux; *Salamin*, La République indépendante, 102f.

450 Vgl. dazu Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 154-C 434.

Augustini unternahm grosse Anstrengungen, um den durch das Wallis ziehenden französischen Truppen die Überquerung des Simplonpasses zu erleichtern. Er gab den lokalen Behörden des Zenden Brig detaillierte Anweisungen zur Unterstützung der französischen Regimenter. Im Frühjahr räumten Einheimische die mit Schnee bedeckte Simplonstrasse. Die Zendenbehörden mussten Führer, Pferde und Fuhrwerke zur Verfügung stellen, die die französischen Truppen begleiteten oder als Vortrupp den Weg bahnten. Die einheimischen Fuhrleute wurden von Augustini zwangsverpflichtet. Ausserdem bat er die Offiziere der französischen Truppen nach der Traversierung um Rückmeldungen für allfällige Verbesserungen. Die Benutzung der Simplonstrasse im Winter barg gewisse Risiken in sich. Ende März 1804 stürzten 18 Pferde zu Tode, als vier Kürassierregimenter den Simplon überquerten⁴⁵¹. Talleyrand lobte Augustini für seine diesbezüglichen Anstrengungen und versprach ihm, Napoleon davon zu unterrichten⁴⁵².

Während dieser Alpenübergänge bewirtete er jeweils den Generalstab der Truppen. Auch einige prominente Franzosen, die durch das Wallis reisten oder ihre Ferien in Leukerbad⁴⁵³ verbrachten, kamen in den Genuss seiner Spendierfreudigkeit. Zudem veranstaltete Augustini während seiner Regierungszeit in jedem Landrat einen Trunk für die Abgeordneten und die Mitglieder des obersten Gerichts. Dafür wandte er gemäss eigenen Angaben 500 Louis d'ors auf⁴⁵⁴.

In einer Sitzung des Staatesrates vom 13. November 1805 bezeichnete Augustini das Wallis angesichts des 3. Koalitionskrieges als Friedensinsel. Für den Krieg machte er England verantwortlich. Nach der Aufzählung aller beteiligten Kriegsmächte kam er zum Schluss, dass es sich beinahe um einen Weltkrieg handle. Zwei Tage später geisselte er den Krieg im Landrat als «Zerstörer der guten Sitten, des Eigentums und der Religion» und erwähnte das Wallis wiederum als Hort des Friedens⁴⁵⁵.

Die von Augustini heraufbeschworene Idylle sollte sich jedoch als trügerisch erweisen, wurden doch schon bald Walliser Soldaten in die Napoleonischen Kriege verwickelt.

Die schwierigste Aufgabe Augustinis während seiner ersten Amtszeit als Landeshauptmann war zweifellos die Aushebung eines Walliser Bataillons⁴⁵⁶ im Dienste Napoleons.

1803 erneuerte Napoleon seine Forderung nach einem Walliser Bataillon⁴⁵⁷. Aus einem Briefentwurf an Napoleon erfahren wir, dass Augustini die Schaffung

451 Ebd., C 275 (24. März 1805), Brief von Augustini an den französischen Residenten Echassériaux.

452 Ebd., C 284 (6. Mai 1805), Brief von Talleyrand an Augustini.

453 So empfahl beispielsweise Talleyrand dem Landeshauptmann seinen besten Freund Choiseul-Gouffier, der sich in Leukerbad erholen wollte. Vgl. dazu ebd., C 255 (19. Juni 1804) sowie C 276 (30. März 1805), Dankschreiben Talleyrands an Augustini für seine an Choiseul-Gouffier geleisteten Dienste. Auch Auguié, der Generaladministrator der französischen Post, bedankte sich bei Augustini für seine Gastfreundschaft. Vgl. ebd., C 269 (14. Januar 1805).

454 Vgl. Autobiographie, 217.

455 *Salamin*, La République indépendante, 110.

456 Vgl. *Gern*, Recrutement, 163-175.

457 Ebd., 164.

eines solchen Bataillons begrüsst, wenn er auch darauf hinwies, dass die Rekrutierung wegen der geringen Bevölkerungszahl des Wallis⁴⁵⁸ und eines bereits existierenden Regiments in Spanien⁴⁵⁹ auf Schwierigkeiten stossen könnte. Der Landeshauptmann schlug ein Bataillon von 600 Mann vor, das durch Ausländer ergänzt werden sollte⁴⁶⁰.

Bonaparte bevorzugte jedoch ein homogenes Walliser Bataillon und räumte ein, dass in diesem Fall die Truppenstärke reduziert werden könnte. Obwohl das Projekt weder von Frankreich noch vom Wallis aufgegeben wurde, führte die französische Regierung die Verhandlungen mit grosser Nachlässigkeit. Wahrscheinlich benötigte Frankreich von 1803 bis zum Ausbruch des 3. Koalitionskrieges keine neuen Truppen. Ende Oktober 1804 sandte die Walliser Regierung ein Projekt für die Militärkapitulation mit Frankreich nach Paris. Rund fünf Monate später erinnerte Augustini Talleyrand an das Projekt und betonte, dass viele Söldner, die er für die französische Armee vorgesehen habe, von den Werbern Spaniens verpflichtet worden seien. Erst am 31. Juli 1805 gab Napoleon die definitive Einwilligung zu Verhandlungen über die Militärkapitulation. Der Ausbruch des 3. Koalitionskrieges beschleunigte nun aber für kurze Zeit die Verhandlungen. Ende September traf das Projekt der Militärkapitulation in Sitten ein. Statt den von der Walliser Regierung vorgeschlagenen 431 Söldnern verlangte Napoleon ohne Rücksprache mit dem Kriegsminister deren 661. Obwohl dem Landrat bewusst war, dass die Erhöhung der Söldnerzahl die Rekrutierung erschweren würde, lenkte er ein. Am 8. Oktober 1805 unterzeichneten der französische Resident Echassériaux und Augustini die Militärkapitulation. Trotzdem bat die Walliser Regierung Bonaparte nachdrücklich, die Truppenzahl zu verringern⁴⁶¹.

Als wegen der Nachlässigkeit der französischen Regierung die Rekrutierung für das Walliser Bataillon im Sommer 1806 noch nicht begonnen hatte, beunruhigte dies Augustini sichtlich. Die Werber für den spanischen Solddienst zogen aus dieser Situation grossen Nutzen. Augustini wollte die Kapitulation mit Frankreich noch während seiner Landeshauptmannschaft abschliessen. Er versicherte Talleyrand, dass er sich nach Kräften darum bemühen werde. Aus Augustinis Briefentwurf geht hervor, dass er die Hoffnung auf die Ehrenlegion noch nicht aufgegeben hatte⁴⁶².

458 1798 zählte das Wallis 60300 Einwohner. Vgl. *Hardegger*, Das Werden der modernen Schweiz, Bd.1, 129.

459 Nach der Entlassung des Regiments de Courten in Frankreich im Jahre 1792 hatte die Republik Wallis mit Spanien einen Soldvertrag für ein Regiment von 2000 Mann abgeschlossen. Vgl. *Gern*, Recrutement, 164.

460 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 228 (20. Juni 1803), Briefentwurf von Augustini an Napoleon. Vgl. auch *Gern*, Recrutement, 164.

461 Ebd., 164ff.

462 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 337 (Sommer 1806), Briefentwurf von Augustini an Talleyrand. Vgl. auch *Gern*, Recrutement, 168.

Angesichts seiner Ende November 1806 auslaufenden Landeshauptmannschaft wollte sich Augustini durch eine rasche Abwicklung der Rekrutierung die Gunst Frankreichs erhalten⁴⁶³. Dabei überliess er nichts dem Zufall:

«Je me suis transporté en personne dans les montagnes où il y a des belles et nombreuses jeunesses pour les exhorter et les attacher au service de Sa Majesté Impériale et Royale. J'ai instruit les recruteurs dans le métié de recruter, ayant été moi-même officier recruteur dans ce pays pendant dix hyvers durant les 20 ans de mon service dans le régiment suisse de Courten»⁴⁶⁴.

Um die Rekrutierung zu beschleunigen, wartete Augustini nicht auf das Eintreffen der Anwerbungsgelder aus Genua (künftiger Bataillonsstandort), sondern entlehnte Gelder aus der Staatskasse des Wallis. Diese Summe war für Soldaten bestimmt, die durch ausstehende Soldpensionen in Not geraten waren. Eigentlich hätten die für die Verwaltung des künftigen Bataillons designierten Walliser Offiziere das Anwerbungsgeld in Genua abholen sollen. Entgegen der Weisung der französischen Regierung hielt sie der Landeshauptmann im Wallis zurück und setzte sie bei der Rekrutierung ein. Sie sollten sich später mit den bereits rekrutierten Soldaten nach Genua begeben⁴⁶⁵.

Mit diesem Vorgehen war die französische Regierung keineswegs einverstanden. Talleyrand machte Augustini im Namen des Direktors der französischen Kriegsverwaltung für die Verzögerung der Rekrutierung verantwortlich: «Hätte man diese Instruktionen genau befolgt, wäre die Rekrutierung zu diesem Zeitpunkt voll im Gange und weit fortgeschritten». Talleyrand hielt fest, dass ein Drittel der Anwerbungsgelder seit dem 14. August 1806 in Genua bereitstünden und verlangte von Augustini einen genauen Bericht über den Stand der Rekrutierung⁴⁶⁶.

Tatsächlich trafen die von Talleyrand versprochenen Rekrutierungsgelder jedoch erst im Dezember ein⁴⁶⁷.

In Wirklichkeit sind die folgenden Faktoren für die Verzögerung der Rekrutierung von nicht geringerer Bedeutung⁴⁶⁸:

1. Nach den blutigen Ereignissen der Jahre 1798/99 war im Oberwallis der französische Solddienst allgemein verpönt.
2. Die Militärkapitulation zwischen Frankreich und dem Wallis hielt ausdrücklich fest, dass nur Freiwillige rekrutiert werden dürften.
3. Der Dritte Koalitionskrieg war noch in vollem Gange, was natürlich einige potentielle Söldner von der Einschreibung abhielt.
4. Die spanische Militärkapitulation bot den Söldnern vorteilhaftere Bedingungen als die französische.

463 Gern, Recrutement, 168.

464 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 339 (29. September 1806), Briefentwurf von Augustini an Talleyrand.

465 Gern, Recrutement, 168.

466 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 351 (6. November 1806), Brief von Talleyrand an Augustini.

467 Gern, Recrutement, 168f.

468 Vgl. ebd., 165f u. 171f.

Daneben gilt es, die Bedächtigkeit der Walliser Regierung und die langjährige Verschleppung des Geschäfts durch Frankreich zu berücksichtigen⁴⁶⁹.

Trotz der Verpflichtung von Rekruteuren, die aus der Staatskasse bezahlt wurden und Prämien für jeden Rekrutierten erhielten, wies das Bataillon in Genua Mitte Februar 1807 nur 204 Söldner auf. Die französische Regierung war über die Verzögerung sehr ungehalten. Schliesslich verpflichtete der Staatsrat die Zenden, je nach Bevölkerungsgrösse eine bestimmte Anzahl Söldner zur Verfügung zu stellen. Trotz der grossen Anstrengungen der Anwerber in den Zenden gestaltete sich die Rekrutierung weiterhin schwierig. Daraufhin ordnete der Staatsrat an, dass die Zenden ihr Kontingent entweder durch Bezahlung von Prämien an die Anzuwerbenden oder durch Losentscheide vervollständigen sollten. Einige Gemeinden wandten beträchtliche Summen auf, um das Losen zu umgehen. Napoleon drohte, das Walliser Bataillon in Genua zu entlassen, falls es bis zum 1. Mai 1807 nicht vollzählig sei. Ausserdem wollte der Staatsrat Gemeinden, die ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen waren, mit Zwangseinquartierungen durch Walliser Milizen gefügig machen. Angesichts dieser Drohungen füllten sich die Einschreibelisten. Zwangseinquartierungen konnten vermieden werden, im Oberwallis kam es jedoch zu Losentscheiden⁴⁷⁰. Der Landeshauptmann behauptete, dass er dem Staatsrat das Losen und die Zwangseinquartierung vorgeschlagen habe⁴⁷¹.

In einem Brief an den neuen französische Residenten Derville-Malécharde wies Augustini gegen Ende April 1807 darauf hin, dass das Walliser Bataillon fast ausgehoben sei. Ausserdem beklagte er sich über die Mühsal der Anwerbung⁴⁷².

Derville-Malécharde lobte Augustini in seinem Antwortschreiben für seine Bemühungen um die Aushebung des Walliser Bataillons und garantierte ihm seine persönliche Sicherheit nach seinem Abgang als Landeshauptmann⁴⁷³.

Wegen Desertionen vor und während der Reise nach Genua erreichte das Walliser Bataillon nie seinen Sollbestand. Zudem behagte das mediterrane Klima Liguriens den Walliser Söldnern nicht. Allein im August 1807 starben 18 Soldaten. Als Frankreich eine Nachrekrutierung forderte, weigerte sich der Staatsrat⁴⁷⁴, diese durchzuführen. In diesem Zusammenhang empfahl der französische Resident seiner Regierung schon 1807 die vollständige oder teilweise Annektierung des Wallis⁴⁷⁵.

469 Ebd., 169.

470 Ebd., 169-173.

471 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 412 (9. Mai 1807), Kopie eines Briefes von Augustini an Derville-Malécharde.

472 Vgl. *Gern*, Recrutement, 173.

473 « (...) il est encore une chose que je puis hardiment assurer à votre Excellence, c'est que tant qu'il aura dans le Valais un résident de Sa Majesté, aucun individu ne feroit impunément des outrages à un ancien magistrat par le motif que le magistrat auroit été dévoué à la France et par conséquent fidèle aux maximes de la politique la plus saine et la plus profitable à ce pays ». Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 406 (28. April 1807), Brief von Derville-Malécharde an Augustini.

474 Augustini gehörte dem Staatsrat ab dem 2. Juni 1807 nicht mehr an. Vgl. Autobiographie, 224.

475 *Gern*, Recrutement, 173-175.

5.6.3 Die Polemik um seine Wiederwahl⁴⁷⁶

Die Losziehungen von 1804 und 1805, bei denen je ein Staatsrat und ein Vizestaatsrat ausschieden, überstand Augustini mit viel Glück. Das Los traf Kaspar Eugen von Stockalper und Peter Anton de Preux (1804) sowie Charles-Emmanuel de Rivaz und Joseph de Lavallaz (1805)⁴⁷⁷. Somit durfte Augustini sein Amt bis zum Ende des Mailandrates 1807 weiterführen⁴⁷⁸.

Die Staatsräte wurden jedoch bereits ein Jahr vor dem Amtsantritt gewählt, weil die Wahl mit Umständlichkeiten wie beispielsweise dem Wohnortswechsel nach Sitten verbunden war⁴⁷⁹. Deshalb sollte der Nachfolger Augustinis bereits am 4. Dezember 1806 erkoren werden. Dabei entfielen 16 von 32 Stimmen auf Jakob Valentin Sigristen und deren 15 auf den amtierenden Landeshauptmann Augustini, obwohl die Verfassung die sofortige Wiederwahl untersagte. Ein Landrat reservierte seine Stimme für eine allfällige Mehrheit⁴⁸⁰. Die Bekanntgabe des Resultates führte zu einem heftigen Tumult im Landrat⁴⁸¹. Die Anhänger Augustinis konnten jedoch nachweisen, dass drei Stimmen für Sigristen ungültig waren:

1. Der Abgeordnete Nikolaus Roten aus Raron war noch nicht 30 Jahre alt.
2. Der Abgeordnete Walden aus Naters wurde vom Grosskastlan Bartholomäus Perrig und nicht wie vorgeschrieben vom Zendenrat nach Sitten delegiert.
3. Der Deputierte Hans Taffiner aus dem Goms durfte nicht an der Landratssitzung teilnehmen, weil er weder Zendenpräsident noch Vize-Zendenpräsident war. Dadurch verlor Sigristen 3 Stimmen und Augustini hätte das absolute Mehr (total 29 Stimmen) mit deren 16 (inklusive der Mehrheitsstimme) erreicht⁴⁸².

Die Anhänger Augustinis forderten in einer Erklärung, dass dessen Wiederwahl durch eine Gesetzesänderung ermöglicht werde. Die Bestätigung Augustinis rechtfertigten sie mit seiner guten Amtsführung und seiner Beliebtheit bei der französischen Regierung. Von den 15 Unterzeichnenden stammten zwei aus dem Zenden Entremont (total 4 Abgeordnete), drei aus dem Zenden Martinach (3), zwei aus dem Zenden Hérémence (2), drei aus dem Zenden Sitten (4), zwei aus dem Zenden Siders (3), zwei aus dem Zenden Leuk (2) und einer aus dem Zenden Visp (2)⁴⁸³.

Wir stellen fest, dass Augustini sowohl im Oberwallis (sieben obere Zenden) wie im Unterwallis Anhänger hatte. Sämtliche Abgeordnete der Zenden Goms,

476 Vgl. *Salamin*, *La République indépendante*, 115-145. *Salamin* betitelte dieses Kapitel treffend mit «Augustini ou la passion du pouvoir».

477 Ebd., 104 u. 110f.

478 *Biderbost*, *Republik Wallis*, 133.

479 Ebd., 132.

480 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 376 (1. Januar 1807), Kopie eines Briefes von Augustini an den französischen Residenten Derville-Maléchar.

481 *Salamin*, *La République indépendante*, 125.

482 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 376.

483 Fonds Henri de Villa/de Stockalper, 23 (3. Dezember 1806), Erklärung der 15 Landratsabgeordneten für eine Änderung des Artikels 44 der Verfassung zugunsten von Landeshauptmann Augustini.

Brig, Raron, St-Maurice und Monthey sowie der Bischof gehörten zu seinen Gegnern.

Nach den Angaben seines politischen Gegners Charles-Emmanuel de Rivaz war Augustini über das Misslingen seines Schachzuges verärgert⁴⁸⁴.

Am nächsten Tag tadelte Derville-Malécharde vor dem versammelten Staats- und Landrat die Leute, die mit Hilfe von Drohungen und Geldzahlungen eine Mehrheit für Augustini verhindert hätten. Kaiser Napoleon werde über dieses Verhalten nicht erfreut sein. Kaspar Eugen Stockalper, der Anführer der Gegenpartei, erwiderte, dass er sich zu einer Gesetzesänderung entschliessen könne, wenn man ihm schriftlich beweise, dass der Kaiser dies befürworte. In einer späteren Erklärung hielten 11 Abgeordnete fest, dass die Verfassung nicht wegen eines einzelnen – so gross auch seine Verdienste sein mögen – verletzt oder geändert werden dürfe⁴⁸⁵. Wieso setzte sich Derville-Malécharde dermassen für Augustini ein?

Der Landeshauptmann bemühte sich um einen engen Kontakt zum neuen französischen Residenten, der am 1. Oktober 1806 in Sitten eingetroffen war. Dass seine Bemühungen nicht umsonst waren, zeigt uns eine Aussage von Charles-Emmanuel de Rivaz: Derville-Malécharde «épouse Augustini d'une manière incroyable»⁴⁸⁶. Nach zwei Wochen sprach der französische Resident bereits von der «union intime du grand bailli et de l'agent français»⁴⁸⁷. Auch zwischen Augustinis Töchtern und Sophie Derville-Malécharde herrschten freundschaftliche Beziehungen⁴⁸⁸. Der Briefwechsel zwischen dem Landeshauptmann und dem französischen Residenten enthält auch private Anliegen. So informierte der Resident Augustini über eine Erkrankung seiner Frau⁴⁸⁹. In einem andern Brief beklagte sich der leidenschaftliche Jäger Derville-Malécharde beim Landeshauptmann über die Abnahme des Wildes im Wallis und schlug vor, Wolfsjagden zu veranstalten⁴⁹⁰.

Im Gegensatz zu Echassériaux⁴⁹¹ zeigte der neue Resident wenig Verständnis für die Walliser Verhältnisse⁴⁹². Bekanntlich befürwortete er bereits im Jahre 1807 die Annexion des Wallis durch Frankreich⁴⁹³.

Der Staatsrat berief am 18. Dezember 1806 einen ausserordentlichen Landrat ein, um die Nachfolger für Landeshauptmann Augustini und Vizestaatsrat Jacques de Quartéry zu bestimmen. In der Eingangserklärung hielt er fest, dass er beschliessen habe, keinen Entwurf für eine Gesetzesänderung vorzuschlagen. Eine Gesetzesänderung hätte nach Auffassung des Staatsrates die politische Stabilität des

484 Charles-Emmanuel de Rivaz zitiert bei *Salamin*, La République indépendante, 126.

485 *Salamin*, La République indépendante, 128.

486 Charles Emmanuel de Rivaz zitiert bei *Salamin*, La République indépendante, 122.

487 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 343 (13. Oktober 1806), Brief von Derville-Malécharde an Augustini.

488 Ebd., C 388 (11. März 1807), Brief von Derville-Malécharde an Augustini.

489 Ebd., C 386 (8. März 1807), Brief von Derville-Malécharde an Augustini.

490 Ebd., C 355 (27. November 1806), Brief von Derville-Malécharde an Augustini.

491 *Sadrain*, La réunion, 25-33.

492 Ebd., 41-62.

493 *Gern*, Recrutement, 175.

Landes bedroht. Der Staatsrat bat die Landratsabgeordneten, gemäss Verfassung die austretenden Mitglieder der Exekutive nicht wiederzuwählen⁴⁹⁴.

Die Anhänger Augustinis ignorierten jedoch diese Aufforderung. Es kam zu einer Pattsituation zwischen Sigristen und Augustini, die beide 16 Stimmen auf sich vereinigten. Obwohl eine spezielle Schlichtungskommission eingesetzt und sieben Tage im Landrat verhandelt wurde, kam es zu keiner Einigung⁴⁹⁵.

Die Schuld lag dabei eindeutig bei Augustini, der nicht nachgeben wollte, obwohl er sich laut Artikel 44 der Verfassung⁴⁹⁶ im Unrecht befand.

Im Gegensatz zum Landeshauptmann war Sigristen bereit, auf das Amt zu verzichten, falls sein Gegner dasselbe tun würde⁴⁹⁷.

Augustini begründete seinen Standpunkt in einem Brief an die Schlichtungskommission des Landrats⁴⁹⁸.

Die Schlichtungskommission versuchte Augustini durch verschiedene Angebote zum Verzicht auf die Wiederwahl zu bewegen⁴⁹⁹:

1. Ausstellung eines feierlichen Zeugnisses für die gute Staatsführung während seiner Zeit als Landeshauptmann.

2. Die Prägung einer Goldmedaille für Augustini als Zeichen der öffentlichen Dankbarkeit.

3. Botschafter der Republik Wallis in Paris.

4. Oder Wahl zum Landratspräsidenten in Verbindung mit einer speziellen Gratifikation für seine Ausgaben und Mühen während der Regierungszeit.

Eine Zeitlang scheint Augustini die Annahme eines der beiden Ämter erwogen zu haben, stellte er doch dafür noch Zusatzbedingungen auf⁵⁰⁰. Am 22. Dezember 1807 wies Augustini das Angebot der Schlichtungskommission zurück und bean-

494 *Salamin*, La République indépendante, 130.

495 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 376.

496 Wörtlich lautete der Artikel: «Les membres du Conseil d'Etat restent trois ans en place. Ils sont renouvelés par tiers chaque année. Le premier renouvellement ne commencera qu'en l'an 1805. Les membres sortants ne sont rééligibles qu'au bout de trois ans». Vgl. *Salamin*, La République indépendante, 241.

497 Ebd., 130.

498 «Je réserve et proteste solennement pour les droits que j'ai acquis par les opérations de la diète du 3 décembre courant - je prétends que la majorité légitime, en rapportant légitimement l'article 15 de la constitution, m'a appelé légitimement à continuer dans une place où j'étais assés heureux de rendre des services à ma chère patrie, en témoignant l'attachement juste et le plus respectueux à l'auguste restaurateur de notre indépendance - Je ne quitterai pas de mon propre fait cette place à laquelle je prétends avoir des droits acquis - Je ne suis pas lasse [!] de servir ma patrie, je ne me lasse pas de chercher des occasions de servir tous ceux qui tiennent au gouvernement français - (...)». Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 361 (22. Dezember 1807), Brief Augustinis an die Schlichtungskommission des Landrats.

499 Ebd., C 376. Vgl. *Salamin*, La République indépendante, 133; in seiner Autobiographie behauptet Augustini, dass man ihm das Amt des Landeshauptmanns für die übernächste Periode angetragen habe. Die Stelle als Landratspräsident erwähnt er nicht mehr. Vgl. Autobiographie, 221.

500 Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 365 (Dezember 1806).

tragte, dass man Napoleon den Entscheid über den künftigen Landeshauptmann überlasse⁵⁰¹.

Zwei Tage zuvor hatte sich der französische Resident Derville-Malécharde bereits leicht von Augustini distanziert. In einem Brief betonte er, dass er ihm angesichts der schwierigen Lage keine Ratschläge erteilen könne. Der Resident gab jedoch seiner Hoffnung Ausdruck, dass Augustini Mittel und Wege finden werde, seine bislang gescheiterte Wiederwahl durchzusetzen. Als allfällige Absicherung empfahl er ihm die Annahme des Botschafterpostens in Paris⁵⁰².

Schliesslich beschloss der Staatsrat, die französische Regierung per Brief über die Schwierigkeiten bei der Wahl des Landeshauptmanns zu informieren⁵⁰³. Dieser scheint dem Wunsch Augustinis aus einem unterschiedlichen Motiv entsprochen zu haben.

Derville-Malécharde legte eine kurze neutrale Schilderung der Lage bei. Zusammen mit diesen Briefen wurde auch ein langes Schreiben des Landeshauptmannes an den französischen Aussenminister Talleyrand nach Paris gesandt⁵⁰⁴.

Darin zählte Augustini ausführlich die Gründe für die Rechtmässigkeit seiner Wiederwahl auf. Seine Bestätigung liege im Interesse des Wallis und Frankreichs, persönliche Ambitionen oder Interessen seien ihm dabei fremd. Augustini vergass nicht, die Verdienste seiner Regierungszeit zu erwähnen. Er sei der Urheber der wichtigsten Motionen im Staatsrat gewesen. Der Landeshauptmann wies darauf hin, dass einige seiner Gegner im Landrat bei dem Aufstand von 1799 eine unrühmliche Rolle gespielt hätten. Ausserdem warf er der Gegenpartei Stimmenkauf und Einschüchterungspraktiken vor. Augustini wollte den Entscheid über den künftigen Landeshauptmann dem «unfehlbaren Urteil» Napoleons überlassen. Er betonte, dass ein kleiner Wink der französischen Regierung genüge, um ihm eine weitere Amtsperiode zu garantieren. Abschliessend bat Augustini Talleyrand, Bonaparte für sein Anliegen zu disponieren⁵⁰⁵.

Augustini schien an seine Unersetzlichkeit als Landeshauptmann zu glauben. Davon zeugt ein weiterer Brief an Talleyrand: «Je suis sûr que personne ne me remplacera qui serait plus respectueusement et plus fidèlement attaché à la France»⁵⁰⁶.

Die Antwort aus Paris blieb jedoch aus. Dies versetzte Augustini angesichts des herannahenden Mailandrates in Unruhe. Der Landeshauptmann wollte nun seine Gönner in Paris – er dachte dabei wohl an den italienischen Aussenminister Marescalchi – um Fürsprache bei Napoleon bitten. Derville-Malécharde riet von einem solchen Schritt, der ihm mehr schade als nütze, ab, weil Bonaparte sich nicht durch Empfehlungen umgarnen lasse⁵⁰⁷.

501 Ebd., C 361.

502 Ebd., C 359 (20. Dezember 1806), Brief von Derville-Malécharde an Augustini.

503 *Salamin*, La République indépendante, 134.

504 Ebd., 134.

505 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 376.

506 Ebd., C 408 (Januar 1807), Entwurf eines Briefes von Augustini an Talleyrand; vgl. auch *Salamin*, La République indépendante, 133f.

507 Ebd., C 398 (4. April 1807), Brief von Derville-Malécharde an Augustini.

Am 9. Mai 1807 beehrte Augustini vom französischen Residenten die Ausstellung eines Reisepasses, damit er sich zu Napoleon begeben könne, der bei der Grossen Armee weilte⁵⁰⁸. Derville-Malécharde lehnte dieses Ansinnen entschieden ab. Als amtierender Landeshauptmann dürfe Augustini seinen Posten nicht verlassen, um so mehr als es sich hier um keine wichtige offizielle Mission der Republik Wallis handle. Der französische Resident beklagte sich, dass Augustini seinen Ratschlag nicht beachtet und sich trotzdem an seine Gönner in Paris gewandt habe. Solange die französische Regierung die Anfragen des Staatsrates und des Landeshauptmannes nicht beantwortet habe, müsse er in seiner Funktion als französischer Minister im Wallis schweigen. Derville-Malécharde verwahrte sich gegen den Vorwurf des Landeshauptmanns, dass er ihn aufgeben wolle⁵⁰⁹.

Das anfänglich gute Verhältnis zwischen den beiden verschlechterte sich nun zusehends. Der französische Resident forderte Augustini auf, zusammen mit dem Staatsrat unverzüglich eine Regelung der Affäre anzustreben. Der Staatsrat solle durch irgendeine Lösung eine neuerliche Spaltung des Landrats verhindern. Die Aufrechterhaltung des inneren Friedens bezeichnete Derville-Malécharde als sein einziges Ziel in dieser Angelegenheit⁵¹⁰.

Zu diesem Zeitpunkt hatte er die Anliegen Augustinis bereits aufgegeben. Allerdings gab er dies nicht zu, sondern betonte seinen neutralen Standpunkt⁵¹¹.

Im darauffolgenden Brief brachte der Resident dies auf die diplomatische Formel: «Einerseits lässt man sie nicht im Stich, andererseits unterstützt man sie auch nicht». Als französischer Minister dürfe er keine persönlichen Interessen vertreten. Das lange Schweigen Napoleons deute darauf hin, dass er sich nicht in die Gesetzgebung des Wallis einmischen wolle⁵¹². In diesem Brief befreilichte sich Derville-Malécharde grösster Offenheit gegenüber Augustini⁵¹³.

Er warnte Augustini nochmals davor, Napoleon aufzusuchen oder eine andere unüberlegte Handlung zu tun. In Frankreich wage sich kein Mann ohne Order, Spezialbewilligung oder irgendeinen Vorwand in sein Hauptquartier. Falls er an den Aufenthaltsort Napoleons reisen würde, käme er ohne eine Bescheinigung des französischen Residenten nur bis Mainz oder höchstens nach Berlin. Auf diese Art und Weise würde er sich der Lächerlichkeit seiner Walliser Mitbürger preisgeben. Ausserdem kenne er die für den Hof erforderlichen Verhaltensmuster nicht. Der-

508 Ebd., C 412 (9. Mai 1807), Brief von Augustini an Derville-Malécharde.

509 Ebd., C 417 (13. Mai 1807), Brief von Derville-Malécharde an Augustini.

510 Ebd., C 419 (17. Mai 1807), Brief von Derville-Malécharde an Augustini.

511 «Vos ennemis veulent-ils vous me faire déclarer contre vous; et vous Excellence, vous voulez en faire épouser votre querelle. Quelques soient mes opinions particulières, mes opinions politiques sont la neutralité. Mon maître se tait, je me tairai, et l'on devroit un peu plus respecter mon silence». Vgl. ebd., C 420 (19. Mai 1807), Brief von Derville-Malécharde an Augustini.

512 Ebd., C 421 (20. Mai 1807), Brief von Derville-Malécharde an Augustini.

513 «Je dois vous dire en toute confiance, mon cher Augustini, que je trouve en Valais l'esprit d'intrigue porté au delà de toute expression: je n'en expte personne et tous, tant que vous êtes, quel ne soit votre parti, vous employez l'astuce pour arriver à vos fins et vous croyez les étrangers de la même trempe que vous. En cela, amis et ennemis, vous vous êtes tous trompés sur mon compte; quoique élevé dans la diplomatie, j'abhorre l'intrigue et tous les manèges obscurs». Vgl. ebd.

ville-Malécharde tönte vage an, dass er ihn zu gegebener Zeit bei der französischen Regierung in Erinnerung rufen könnte. Der französische Resident schloss den Brief mit einer Ermahnung ab⁵¹⁴.

Tatsächlich warf Augustini dem französischen Residenten zu Unrecht vor, er habe ihn zur Ablehnung der Angebote des Landrates für seinen Verzicht auf die Landeshauptmannschaft bewogen⁵¹⁵.

Trotz dieses harten Briefes klammerte sich Augustini immer noch an den Residenten. Er bat ihn, über die hängige Frage zu entscheiden. Derville-Malécharde teilte ihm mit, dass ihm dies keinesfalls zustehe, weil Napoleon sich zu dieser Angelegenheit trotz einer offiziellen Anfrage nie geäußert habe. Seine einzige Aufgabe habe darin bestanden, den Staatsrat zur Wiederherstellung der Eintracht aufzurufen und dadurch eine Spaltung des Landrates zu verhindern⁵¹⁶.

In einem an den Landrat gerichteten Brief protestierte Augustini am 22. Mai 1807 dagegen, dass man einen neuen Landeshauptmann wählen werde, ohne den Entscheid Napoleons abzuwarten. Der Staatsrat hatte sich zuvor geweigert, diese Demarche dem Landrat zu unterbreiten⁵¹⁷.

Am selben Tag lud der Staatsrat den Landrat ein, den Nachfolger Augustinis zu bestimmen. Leopold de Sepibus wurde mit 26 von 31 Stimmen zum neuen Landeshauptmann gewählt. Augustini und seine Anhänger erlitten eine totale Niederlage⁵¹⁸.

Wie kam es zu diesem Umschwung? Bei den Wahlen in den Zendenrat vom 3. Mai 1807 hatten einige Anhänger seiner Partei ihr Zendenratsmandat und damit zugleich ihren Sitz im Landrat verloren⁵¹⁹.

Am 29. Mai 1807 zog Augustini seine Protesterklärung vom 22. Mai zurück und verzichtete auf seine Ansprüche⁵²⁰.

Am 2. Juni verabschiedete er sich mit einer langen Rede⁵²¹ als Landeshauptmann von den andern Staatsratsmitgliedern.

514 «Si toutes ces réflexions qui naissent d'une disposition bienveillante et d'un esprit dégagé d'illusions, ne vous éclairent pas, c'est que vous êtes aveugle avec tout votre esprit. Je vous devois les explications pour mettre fin à toutes les réticences, à tous les petits reproches que vous me faites ou que vous feignez de me faire; soyez convaincu, mon cher grand ballif, que je n'oublierai point les service[s] que vous avez rendu à cette légation. Ce sont des services qui m'ont donné de l'attachement pour vous. Continuez à le mériter par une conduite franche et droite (...)». Vgl. ebd.

515 Autobiographie, 223f.

516 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 423 (22. Mai 1807), Brief von Derville-Malécharde an Augustini.

517 Ebd., C 425 (22. Mai 1807); vgl. auch C 426 (22. Mai 1807).

518 *Salamin*, La République indépendante, 141.

519 Ebd., 135-138.

520 « (...) aujourd'hui cet homme [Augustini] quitte avec plaisir une place extrêmement honorable comme aussi extrêmement pénible et délicate, lorsque sa chère Patrie n'a pas besoin des ses services, lorsqu'elle est dans un état paisible et le pays le plus heureux de l'Europe». Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 430 (29. Mai 1807), Kopie einer an den Staatsrat adressierten Verzichtserklärung Augustinis auf die Landeshauptmannschaft.

521 Fonds Hans Anton von Roten, 2. Juni 1807, Abtrittsrede Augustinis als Landeshauptmann im Staatsrat.

6. AUF DEM TIEFPUNKT 1807-1817

Bereits 1805, als ein neuerlicher Losentscheid über den Verbleib im Staatsrat anstand, wollte der gebürtige Italiener Augustini nach einem allfälligen Ausscheiden aus der Exekutive eine Stelle als Zivilist oder Offizier in Italien oder im französischen Kaiserreich beantragen⁵²². Er hatte sein italienisches Bürgerrecht trotz der Naturalisierung vorsorglich beibehalten⁵²³.

Nach dem Ende seiner Landeshauptmannschaft konnte sich Augustini nicht mit seiner neuen Rolle als einfacher Bürger abfinden, zumal ihm das Amt des Zendenpräsidenten von Leuk verwehrt blieb⁵²⁴.

Er erhoffte sich eine Stellung als italienischer oder französischer Botschafter im Wallis, der Schweiz oder bei irgendeinem deutschen Prinzen. Dabei wies der ehemalige Landeshauptmann auf seine guten Sprachkenntnisse und die Vertrautheit mit der Schweizer und der Walliser Mentalität hin. Er wäre jedoch auch mit einer Stelle als Richter oder Offizier zufrieden gewesen⁵²⁵.

In einem Brief an den Vize-König von Italien, Eugène de Beauharnais, bekräftigte Augustini seine Bitte um eine Stelle im diplomatischen Dienst, Justiz- oder Militärwesen⁵²⁶. Aus einem zweiten Brief an denselben Adressaten geht hervor, dass er sich nach Mailand begeben wollte, um «Napoleon auf den Knien seine Dienste» anzubieten⁵²⁷. Am 18. Dezember riet ihm ein italienischer Staatsrat von diesem Vorhaben ab, weil Napoleon Mailand bald verlassen werde⁵²⁸.

Bei diesen Demarchen betonte Augustini jeweils seine willfährige Politik gegenüber Frankreich und Italien während seiner Zeit als Landeshauptmann. Auch seine Verdienste für Frankreich und das Wallis vor 1802 blieben nicht unerwähnt⁵²⁹. Mit Vorliebe bezeichnete sich Augustini «als geringster Diener» Napoleons⁵³⁰.

522 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 296 (30. August 1805), Entwurf eines Briefes von Augustini an Eugène de Beauharnais, Vize-König von Italien.

523 Ebd., C 444 (Sommer 1807), Entwurf eines Briefes von Augustini an den italienischen Minister Testi.

524 Vgl. Autobiographie, 224f. Vgl. auch Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 442 (Sommer 1807), Entwurf eines Briefes an Talleyrand und Marescalchi: «(...) aujourd'hui retiré dans mon village à Leuck, je sens de jour en jour plus que je ne puis rester comme simple citoyen dans ce pays républicain qui sont communément ingrats même envers leur me[i]lieurs chefs, lorsqu'ils ne sont plus en place».

525 Ebd.

526 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 435/2 (20. Juni 1807), Kopie eines Briefes von Augustini an Eugène de Beauharnais.

527 Ebd., C 435/1 (3. Oktober 1807), Kopie eines Briefes von Augustini an Eugène de Beauharnais.

528 Ebd., C 451 (18. Dezember 1807), Brief eines italienischen Staatsrats an Augustini.

529 Vgl. ebd., beispielsweise C 442 und 444.

530 Vgl. ebd., beispielsweise C 433 (Mai 1807), Briefentwurf von Augustini an Derville-Malécharde sowie C 442.

Augustini bot seine diplomatischen oder militärischen Dienste auch dem spanischen König an⁵³¹.

Seine erfolglosen Bemühungen um eine Stelle in einem ausländischen Staatsdienst hatten noch einen anderen Grund. Er fürchtete, dass sein hartes Durchgreifen anlässlich der Rekrutierung des Walliser Bataillons zu Racheakten führen könnte⁵³².

Die von Augustini gehegten Befürchtungen trafen teilweise ein. Im Januar 1808 wurden die Fenster seines Wohnhauses in Leuk eingeschlagen. Einige Beamte verbreiteten das unhaltbare Gerücht, dass er das Walliser Bataillon der französischen Regierung ohne deren Aufforderung angeboten habe. Nachdem Augustini Drohbriefe erhalten hatte, verliess er sein Haus von Januar bis April nicht mehr. Schliesslich flüchtete der ehemalige Landeshauptmann vorsichtshalber nach Genf, das damals zu Frankreich gehörte. Nach seiner heimlichen Rückkehr über die Gemmi bewohnte er «während einer gewissen Zeit» ein Zimmer seiner verstorbenen Schwägerin Margaretha Andenmatten, geborene Willa⁵³³.

Seine ältere Tochter Genoveva verheiratete sich im Januar 1807 mit Eugen Allet aus Leuk⁵³⁴. Augustini war mit dessen Vater Alexis Franz Allet eng befreundet⁵³⁵. Die Allet gehörten zu den angesehensten Familien des Zenden Leuk. Als Trauzeugen für Genoveva unterschrieb der französische Resident Derville-Maléchar. Zwei Wochen später heiratete die jüngere Tochter Franziska de Augustini pikanterweise Moritz von Stockalper, einen Sohn des Kaspar Eugen von Stockalper, des grossen Widersachers ihres Vaters. Sowohl Eugen Allet als auch Moritz von Stockalper hatten als Sekretäre für Augustini während seiner Zeit als Landeshauptmann gearbeitet⁵³⁶.

Die Verheiratung seiner jüngeren Tochter mit einem Spross der Stockalper zeigt, dass der Emporkömmling Augustini zu einem Machtfaktor geworden war, den auch die mächtigste Familie des Oberwallis nicht mehr ignorieren konnte⁵³⁷.

Nach seinem Abgang als Landeshauptmann hielt er bis zum Ende der Republik Wallis (1810) kein offizielles Amt mehr inne⁵³⁸. Der ehrgeizige Augustini litt stark unter seiner plötzlichen Bedeutungslosigkeit.

Laut Charles-Emmanuel de Rivaz war Derville-Maléchar nicht unwesentlich daran beteiligt, dass Frankreich den ehemaligen Landeshauptmann fallen liess⁵³⁹.

531 Ebd., C 443 (Sommer 1807), Entwurf eines Briefes von Augustini an den spanischen General Godoy.

532 Vgl. ebd., C 442.

533 Ebd., A 194 (21. April 1810), Kurze Lebensbeschreibung des Grafen Augustini; vgl. auch Autobiographie, 226; Rossi, Kaspar Eugen von Stockalper, 76.

534 Autobiographie, 222.

535 *Donnet*, Personnages du Valais fichés, 229, Nr. 41 (Allet).

536 Autobiographie, 222f.

537 Laut Heinrich Rossi erfolgte diese Heirat aus politischen Gründen. Damit habe Kaspar Eugen von Stockalper eine Annäherung an Frankreich bezweckt. Vgl. Rossi, Kaspar Eugen von Stockalper, 73f.

538 Vgl. Autobiographie, 224-230.

539 Charles-Emmanuel de Rivaz, *Mes souvenirs de Paris*, 116.

Der ehemalige französische Resident warf Augustini vor, dass er zu viele und zu anmassende Bittbriefe an die französische Regierung schreibe: «Vous écrivez trop; vous ne conservez pas dans vos relations cette mesure sans laquelle sous le gouvernement monarchique il n'est point de salut (...)»⁵⁴⁰

Augustinis Ehrsucht, Geltungsdrang und Egoismus waren wichtige Faktoren für seinen Fall. Wahrscheinlich konnte es sich Frankreich nicht mehr leisten, den nirgends unbestrittenen ehemaligen Landeshauptmann – trotz seiner zweifellos vorhandenen Qualitäten – weiterhin zu unterstützen.

Zudem scheint Augustini auch von seinen Parteigängern aufgegeben worden zu sein⁵⁴¹. In der Folge wandte er sich wieder vermehrt seinen juristischen Geschäften zu⁵⁴².

Am 1. August 1808 verlor die Familie Augustini ihren einzigen Sohn Anton Henric, der in der Nähe von St-Maurice unter nie geklärten Umständen starb. Der Verlust seines Stammhalters traf den ehemaligen Landeshauptmann schmerzlich, bezeichnete er dies doch als «traurigste Epoche seines Lebens»⁵⁴³. Erstaunlicherweise strömten viele Leute aus der ehemaligen Vogtei Monthey zum Begräbnis in St-Maurice herbei, um dem Kind ihres ehemaligen Landvogts die letzte Ehre zu erweisen⁵⁴⁴.

Während der ersten vier Monate des Jahres 1810 weilte Augustini in Paris, um die Bezahlung der seit 1792 ausstehenden Militärpension zu erwirken. Trotz zahlreicher Briefe und Bittgänge wurde sein Gesuch abgelehnt⁵⁴⁵.

Am 25. Juli 1810 beschloss Napoleon, das Wallis zu annektieren. Eine Delegation reiste am 5. August auf Geheiss Bonapartes zu Verhandlungen über das *fait accompli* nach Paris. Die Gegner Frankreichs stellten 4 Mitglieder, nämlich Johann Franz Taffiner (Goms), Leopold de Sepibus (Raron), Moritz de Courten (Siders) und Peter Joseph de Riedmatten (Sitten). Bischof Joseph-Xavier de Preux war Frankreich wegen der Kirchenpolitik Napoleons ebenfalls nicht gut gesinnt. Desweiteren gehörten der Delegation Charles-Emmanuel de Rivaz (Monthey) und Louis Pittier (Entremont) an. De Rivaz war gemässigt frankophil⁵⁴⁶, Pittier hingegen hatte schon während der Willkürherrschaft Turreaus den Anschluss an Frankreich gefordert⁵⁴⁷.

Die Gesandten weilten noch in Paris, als sie erfuhren, dass General Berthier das Wallis am 14. November mit 1200 Soldaten besetzt und für Frankreich in Besitz

540 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 508 (31. März 1813), Brief von Derville-Malécharde an Augustini.

541 Vgl. *Donnet*, Personnages du Valais fichés, 228f, Nr.40 (Augustini).

542 Autobiographie, 226.

543 Ebd., 227f.

544 *Clément*, Quelques notes historiques, 29.

545 Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 194 (19. Dezember 1809 bis 29. April 1810), Tagschrift Augustinis über seinen Aufenthalt in Paris zwecks Regelung seiner Militärpension.

546 *Pittier*, Les réactions des Valaisans à l'annexion, 7f.

547 Siehe oben, 58.

genommen hatte. Einen Tag später wurde durch ein kaiserliches Dekret die Schaffung des «Département du Simplon» angekündigt⁵⁴⁸. Die Walliser Bevölkerung ertrug die Einverleibung mit Resignation⁵⁴⁹.

Ein weiteres Dekret vom 26. Dezember legte die politische Ordnung des neuen Departementes fest. Es wurde in die drei Verwaltungskreise Brig⁵⁵⁰, Sitten⁵⁵¹ und St-Maurice⁵⁵² geteilt und je einem Unterpräfekten unterstellt. Als Präfekt des Departements amtierte der bisherige französische Resident Derville-Maléchar. Augustini wurde bei allen wichtigeren Stellen übergangen. Derville-Maléchar ernannte folgende Unterpräfekten: Leopold de Sepibus (Brig) und Michel Dufour (St-Maurice)⁵⁵³. Für den Verwaltungskreis Sitten war er selber zuständig⁵⁵⁴. Napoleon bestimmte auf den Vorschlag Derville-Maléchars hin Kaspar Eugen von Stockalper, Joseph de Lavallaz und Jacques de Quartéry zu Bürgermeistern von Brig, Sitten und St-Maurice. Dem «Département du Simplon» wurde nur ein Sitz im französischen Corps législatif zugestanden. Charles-Emmanuel de Rivaz ergatterte dieses begehrte Amt, auf welches auch Kaspar Eugen von Stockalper gehofft hatte. Dieser wurde ans Appellationsgericht von Lyon berufen⁵⁵⁵.

Augustini hielt während der Zeit des «Département du Simplon» nur zweitranigige Ämter inne. Er war Richter am Kriminalgericht in Sitten und präsiidierte den Generalrat⁵⁵⁶, der sich aus 12 Walliser Notablen zusammensetzte⁵⁵⁷.

Aus einem Schreiben des französischen Innenministers Jean-Pierre Bachasson de Montalivet geht hervor, dass der ehemalige Landeshauptmann mit seiner Stelle als Richter unzufrieden war und sich für ein höheres Amt empfahl⁵⁵⁸.

548 Pittier, Les réactions des Valaisans à l'annexion, 9f.

549 Vgl. ebd., 16-49.

550 Der Verwaltungskreis Brig bestand aus den folgenden «Kantonen»: Goms, Mörel, Brig, Visp und Raron. Vgl. Vallesia 1965, 9.

551 Der Verwaltungskreis Sitten setzte sich aus den «Kantonen» Leuk, Siders, Hérémente (oder Hérens) und Sitten mit Nendaz, Conthey und Vétroz zusammen. Vgl. ebd.

552 Der Verwaltungskreis St-Maurice umfasste die «Kantone» Entremont, Martigny, St-Maurice und Monthey. Vgl. ebd.

553 Pittier, Les réactions des Valaisans à l'annexion, 11f.

554 Sadrain, La réunion, 107.

555 Rossi, Kaspar Eugen von Stockalper, 83ff.

556 Die Generalräte waren für die Verteilung der Steuern auf die Gemeindekreise des Departements zuständig. Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 511 (10. Mai 1813), Rede Augustinis als abtretender Präsident des Generalrats.

557 Ebd., C 494/1 (1. Mai 1812), von Augustini verfasste Liste der Mitglieder des Generalrats. Sie enthält folgende Namen: Kaspar Eugen von Stockalper, Jean-Joseph Duc, Augustin de Riedmatten, Jacques de Quartéry, Joseph-Maurice de Lavallaz, Casimir Lang, Johann Franz Taffiner, Pierre-Louis du Fay, Gaspard-Etienne Delasoie, Eugen de Courten, Jean-Philippe Morand und Anton de Augustini.

558 Ebd., C 503 (24. Dezember 1812).

Derville-Malécharde teilte diese Ansicht⁵⁵⁹. Obwohl der Resident sich nicht scheute, den ehemaligen Landeshauptmann wiederholt hart zu kritisieren⁵⁶⁰, nahm er gegenüber Augustini keine ehrliche Haltung ein. Einerseits liess ihn der Franzose nach seinem Abgang als Landeshauptmann fallen, andererseits dankte er ihm für seine Ergebenheit und betonte, dass er sich für ihn eingesetzt habe und es auch in Zukunft tun werde. Meines Erachtens war das Versprechen des abtretenden Präfekten eine reine Höflichkeitsfloskel, zumal er Augustini bei der Besetzung der wichtigsten Stellen stets übergangen oder seinen Einfluss nicht für ihn geltend gemacht hatte.

Nachdem die französischen Armeen in der Völkerschlacht von Leipzig (16.-19. Oktober 1813) besiegt worden waren, überschritten österreichische Truppen am 21. Dezember 1813 bei Schaffhausen, Rheinfelden und Basel die Schweizer Grenze. Somit gerieten auch die Franzosen im Wallis in Gefahr. Am 26. Dezember zogen sie sich nach Vallorcine (Savoyen) zurück⁵⁶¹. Augustini vermerkte dies mit etwelcher Genugtuung⁵⁶². Bereits zwei Tage später traf der österreichische Oberst Simbschen mit einem Detachement in St-Maurice ein, um das evakuierte Departement in Besitz zu nehmen⁵⁶³. Augustini fand weder in der provisorischen Regierung noch in der Beamtenschaft⁵⁶⁴ Aufnahme. Er warf Eugen de Courten und Joseph-Maurice de Lavallaz vor, sie hätten ihn bei Simbschen als Frankophilen angeschwärzt. Einzig für die Organisation des Unterhalts österreichischer Truppenteile, die im Juni 1814 durch das Wallis nach Italien marschierten, wurde der ehemalige Landeshauptmann beigezogen⁵⁶⁵.

In den darauffolgenden provisorischen Übergangsregierungen und bei den langwierigen Verhandlungen um den Wiedereintritt des Wallis in die Eidgenossenschaft spielte Augustini keine Rolle. Infolge der fehlenden Quellen können wir nicht beurteilen, ob Augustini eine unabhängige Republik oder den Anschluss an die Schweiz befürwortete.

Durch den ersten Pariser Frieden vom 1. Mai 1814 wurde das Wallis von Frankreich getrennt. Als die provisorische Walliser Regierung am 24. Mai 1814 erfuhr, dass Österreich den Anschluss des Wallis an die Schweiz befürwortete, rief sie einen ausserordentlichen Landrat ein. Dieser beschloss nach dreitägigen Verhandlungen, dass das Wallis an der Tagsatzung ein Gesuch für den Eintritt in die Eidgenossenschaft stellen solle. Kaspar Eugen von Stockalper und Ferdinand

559 Obwohl Derville-Malécharde Augustini sehr kritisch beurteilte, bezeichnete er ihn zu einem früheren Zeitpunkt (1. Juni 1807) als «homme de ressources», den man zum gegebenen Zeitpunkt gut gebrauchen könne. Deshalb brach er den Kontakt mit Augustini nie ganz ab. Siehe oben, 142f. Vgl. auch die Briefe Derville-Malécharde an Augustini nach dessen Abtritt als Landeshauptmann im Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 438, C 441, C 446, C 508.

560 Siehe oben, 90ff.

561 Vallesia 1965, 9f.

562 «Endlich müsten die stoltzen Napoleonischen Beamten weck lauffen wie beschämte Flüchtlinge (...)». Vgl. Autobiographie, 230.

563 Vallesia 1965, 10.

564 Vgl. Biollay, Le Valais en 1813-1814, 169.

565 Autobiographie, 231f.

von Werra, die eine unabhängige Republik befürworteten, zogen sich deshalb aus der Regierung zurück⁵⁶⁶.

Die unterschiedlichen politischen Vorstellungen des Ober- und Unterwallis⁵⁶⁷ verzögerten den Beitritt zur Schweiz. Zeitweilig drohte sogar die Spaltung. Erst die kurzfristige Rückkehr Napoleons an die Macht bewegte die beiden Kantons-teile zum Einlenken. Am 2. Mai 1815 trat ein verfassungsgebender Landrat zusammen. Dieser wählte eine definitive Regierung, verabschiedete eine neue Verfassung und erklärte das Wallis zum Schweizer Kanton⁵⁶⁸.

Am 4. August 1815 wurde der Vereinigungsakt zwischen der Schweiz und dem Wallis unterzeichnet. Drei Tage später legten die Walliser Ständevertreter im Namen ihres Kantons den Bundeseid ab⁵⁶⁹.

Danach brachen für das Wallis wieder ruhigere Zeiten an.

Die Verfassung von 1815 sicherte den sieben Zenden des Oberwallis erhebliche Vorteile. Jeder Zenden besass unabhängig von seiner Bevölkerungszahl vier Landratsabgeordnete. Zudem verfügte der Bischof, der immer ein Oberwalliser war, über die Stimmkraft eines Zenden. Dadurch war das Unterwallis mit seinen sechs Zenden und seiner grösseren Bevölkerung⁵⁷⁰ krass benachteiligt⁵⁷¹. Hierin liegt der eigentliche Grund für die Verfassungskämpfe von 1839/1840, in denen sich das Unterwallis mit Waffengewalt die politische Gleichberechtigung erkämpfen musste⁵⁷².

Die fünf Staatsräte gehörten zugleich auch dem Landrat an, wobei drei aus den sieben oberen Zenden stammen mussten⁵⁷³. Dies war eine neuerliche Diskriminierung des Unterwallis. Den Staatsrat bildeten ein Landeshauptmann, ein Landeshauptmann-Statthalter, ein Landseckelmeister sowie zwei Staatsräte. Dem Gesamtstaatsrat oblag die Vorbereitung und der Vollzug der Gesetze sowie die Einberufung des Landrats. Der Landeshauptmann führte sowohl im Land- wie auch im Staatsrat den Vorsitz und gab bei Stimmengleichheit den Stichentscheid. Die Verfassung von 1815 räumte den Zenden im Vergleich zu derjenigen von 1802 eine starke Stellung ein. Für die Gesetzgebung war der Landrat zuständig. Die Gesetzesbeschlüsse des Landrats waren jedoch nur dann gültig, wenn sie von mindestens sieben der dreizehn Zenden angenommen wurden (Gesetzesreferendum). Ausserdem besaßen die Zendenräte ein Initiativrecht beim Landrat und

566 *Biollay*, *Mélanges*, 28f.

567 Das Oberwallis unterstützte die aristokratischen Kantone, währenddem das Unterwallis sich auf die Seite der neuen Kantone stellte, welche die Wiedereinführung der alten Herrschaftsverhältnisse ablehnten. Dazu gesellte sich ein Konflikt zwischen der Stadt und Landschaft Sitten. Das Unterwallis, das eine grössere Bevölkerung aufwies, forderte eine proportionale Vertretung im Landrat, die ihm der obere Kantonsteil nicht zugestehen wollte. Vgl. *Vallesia* 1965, 11; *Biollay*, *Mélanges*, 37.

568 *Biollay*, *Mélanges*, 42f.

569 *Borter*, Wallis 1790-1815, 118.

570 Das Unterwallis wies damals 43000 Einwohner auf, das Oberwallis deren 33000. Vgl. *Seiler*, Wallis 1815-1844, 4.

571 *Seiler*, Wallis 1815-1844, 4.

572 Vgl. *Borter*, Wallis 1839-1849, 3-29; *Seiler*, Wallis 1815-1844, 3-31.

573 *Seiler*, Wallis 1815-1844, 4.

konnten die Einberufung eines ausserordentlichen Landrates beantragen. Dafür bedurfte es der Zustimmung von drei Zenden. Dem Zendenrat oblag neben Verwaltungsaufgaben die Wahl der Zendenrichter und Landratsabgeordneten. In der Verfassung von 1815 war die Rechtsgleichheit aller Bürger nicht enthalten. Der Klerus, die Notablen, Rechtskundigen, Notare und Offiziere besaßen Sonderrechte. In den Landrat konnte nur eine Person gewählt werden, die das Amt eines Gesetzgebers, Richters oder Verwalters in einer höheren Zendenbehörde ausgeübt hatte oder ein Offizierspatent oder einen Dokortitel in der Medizin oder im Recht vorweisen konnte. Die Bürger durften lediglich die Gemeinderäte und Gemeinderichter wählen, wobei die zuständigen Behörden sogar ein verbindliches Vorschlagsrecht hatten. Die Verfassung förderte explizit die im Wallis ohnehin schon stark ausgeprägte Oligarchie⁵⁷⁴.

7. AUGUSTINIS VERHÄLTNIS ZU FRANKREICH

Aus Augustinis Zeit als Söldner sind uns keine Quellen bekannt, die sein Verhältnis zum vorrevolutionären Frankreich erhellen. Sein Urteil über die französische Revolution hingegen geht aus seinen Schriften hervor.

Als am 8. September 1790 der tyrannische Landvogt Matthäus Schiner von seinen Untertanen aus Monthey verjagt wurde und sein Amtskollege Bernhard Kaspar Dallèves aus St-Maurice flüchtete, bezeichnete Augustini die Revoltierenden als «Affen des ziegellosen Frankreiches»⁵⁷⁵.

Als ein Jahr später im Unterwallis eine Verschwörung einiger Krimineller gegen die Klöster von St-Maurice und Collombey sowie gegen rund 160 einflussreiche Personen aus der Gegend zwischen Vouvry und Martinach aufgedeckt wurde, kam es zu einer militärischen Intervention⁵⁷⁶.

Der ehemalige Landvogt Augustini urteilte folgendermassen über diese Verschwörung:

«(...) dass die sieben löbliche hochheitliche Zehnden der Respublique sich endlich entschlossen haben, einige sowohl oberwalliserische als unterwalliserische Truppen in das untere Wallis vorrücken zu lassen, um (...) mehrere einzelne Verbrecher in der Landvogthey zur billigen Straffe zu ziehen, das der Hochheit, ihren Stadthaltern und Obrigkeiten gebührende, aber durch die unglückliche Nachaffung des frantzösisch-modischen Freygeistes und die unterm 8. Septembri 1790 gewagte Landsvogtverjagung geschwächte Ansehen aufzurichten, zu verfestigen und die der unsterblichen Menschenseele sowohl als jeder Regierung unmäsgelich nöthige Religion in dem ächten Apostel- und göttlichen Geistessinne zu

574 Ebd., 35-40.

575 Autobiographie, 123f. Zur Revolte von 1790 vergleiche man das Werk von *Devanthey*, *La Révolution bas-valaisanne de 1790*. Wir bevorzugen hier den Begriff «Revolte»; von einer Unterwalliser Revolution kann man erst 1798 sprechen.

576 Vgl. *Devanthey*, *Dossier du procès relatif à la conjuration de 1791*, 3f.

verewigen. (...) Solang Hoffnung war durch vätterliche Betzichtigungsmittel die irr gewordenen Kinder zu verbessern, die durch die epidemische Seiche Frankreichs in das hitzige Fieber der verkünstelten Menschenrechte verfallenen Untertane mit gelinden Genesungsreinigten zu heylen, waren die Hochheiten Wallesiens gedultig. (...)

Allein da Vatter- und Menschenliebe von einzelnen Personen misbraucht, die hochheitliche Geduldt in der Meinung der Frewlern eine Zaghaftigkeit getauft wurde, müste endlich der Herr Wallesiens sich in denen Montheolensischen Gebirgen in dem Rauche und Feuer seinem Volcke zeigen, damit er ein Gegenstand des Schreckens werde, der in dem Uebermasse seiner Güte von vielen Waghälsen misbraucheter war. (...)»⁵⁷⁷

Zu diesem Zeitpunkt war Augustini ein entschiedener Gegner der französischen Revolution. Das Verhalten der Revoltierenden von 1790 bezeichnete er verächtlich als «unglückliche Nachahmung des frantzösisch-modischen Freygeistes». Der ehemalige Landvogt verglich das Verhältnis zwischen Obrigkeit und Untertanen mit einer autoritären Vater-Kind-Beziehung. Die patriarchalische Beziehung zwischen Regierung und Untertanen rechtfertigte Augustini mit der Tradition und Argumenten aus dem Alten Testament; für deren Aufrechterhaltung befürwortete er den Einsatz von Gewalt. Die Obrigkeit betrachtete er als von Gott eingesetzt⁵⁷⁸.

Es fällt auf, dass Augustini bereits bei der Revolte von 1790 eine härtere Bestrafung der «Aufrührer von Monthey und St. Mauritzen» zwecks Abschreckung bejaht hätte⁵⁷⁹. Die Militärintervention von 1791 schilderte er mit sichtlichem Stolz⁵⁸⁰.

Bereits im Juni 1797 war Augustini davon überzeugt, dass die Revolutionierung des Wallis durch Frankreich nur mehr eine Frage der Zeit sei⁵⁸¹. Der Ausbruch der helvetischen Revolution ermöglichte seine rasante politische Karriere (1798-1807).

Dementsprechend veränderte sich seine offizielle Einstellung zur französischen Revolution. Dies geht aus Augustinis anpasserischer Rede als Präsident des helvetischen Senats anlässlich des 9. Jahrestages der Erstürmung der Bastille hervor:

«An diesem Tage, an welchem vor neun Jahren die fränkischen Samsone, die die Menschheit entehrenden Säulen der Schandthürme der gekrönten Tiger umwalzten (schon der Namen ist abscheulich und jedem freyen Bürger zu unerträglich, alls das ich ihn in diesem Wohnsitze der Freyheit nur austrücken dürfte, wollte oder möchte). An diesem Tage, an welchem lebendige Leichen aus den rachsprechenden Hö[h]len, worinn die herschsüchtige Faust der Tiranne[n] sie unzählige Jahre lang vergraben und über ihre unschuldig verfolgte Scheitel das Schwerdt, das sie würgen sollte, ohne Unterlasse gezuckt hielt, in die Welt der

577 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 185, Militärische Tagschrift Augustinis über seine Teilnahme an der Intervention von 1791 im Unterwallis, 3-7.

578 Ebd.

579 Autobiographie, 125.

580 Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 185, 7-46.

581 Autobiographie, 191.

Freiheit zurücktraten und die Luft der Gleichheit und Gerechtigkeit athmen dürften. An diesem Tage sollen wir alle, wir Freunde der Freyheit, wir Feunde der Tiranny, wir Freunde der Erloser der Menschenwürde, wir Feunde der Oligarchie fro[h]locken»⁵⁸².

Augustini verhinderte durch geschicktes Taktieren den Druck seiner Rede (1000 Exemplare pro Kanton), die im Senat auf grosse Zustimmung stiess. Er wollte sich wohl nicht für spätere Zeiten diskreditieren. Seine Lobrede auf Frankreich rechtfertigte Augustini damit, dass nur eine solche Tonart bei den Senatoren aus den ehemaligen Untertanengebieten Anklang finden konnte⁵⁸³.

Wie bereits gesagt wurde, verurteilte er die beiden Aufstände von 1798 und 1799, die sich gegen die Franzosen und den helvetischen Einheitsstaat richteten⁵⁸⁴.

Die drei Mitglieder des provisorischen Walliser Direktoriums Charles-Emmanuel de Rivaz, Valentin Sigristen und Anton de Augustini begleiteten den französischen Residenten Mangourit am 5. Mai 1798 auf der Flucht von Sitten nach St-Maurice, um sich und ihn der Gefangennahme durch die Aufständischen aus dem Oberwallis zu entziehen⁵⁸⁵.

Augustinis Verhalten während des ersten Aufstandes gegen die Franzosen unterscheidet sich nicht von demjenigen der meisten Walliser Notablen.

Der militärische Anführer der Oberwalliser Aufständischen, Joseph de Courten, wurde beispielsweise durch massive Drohungen zur Teilnahme gezwungen⁵⁸⁶. Desgleichen beteiligte sich der angesehene Leopold de Sepibus wohl nur aufgrund des Drucks, der von seinen Mitbürgern aus dem Zenden Mörel gegen ihn ausgeübt wurde, an dem gewagten Feldzug der Oberwalliser Rebellen⁵⁸⁷. Kaspar Eugen von Stockalper lehnte die Erhebung ab⁵⁸⁸.

Auch beim zweiten Aufstand bewies Augustini seine Loyalität gegenüber Frankreich⁵⁸⁹ und der Helvetischen Republik. Anfangs Februar 1799 betonte er, dass im Wallis Ruhe und Ordnung herrschten. Trotzdem schlug er vor, die vom Nationalpräfekten de Rivaz ernannten Agenten in den Dörfern besser zu bezahlen,

582 Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 12, Versuch einer Rede Augustinis als Präsident des Senats am 14. Juli 1798, Fragment. An diesem Tag schworen die Senatoren den Bürgereid auf die helvetische Verfassung. Die integrale französische Version der Rede, die Augustini im Senat hielt, findet sich im Fonds Hans Anton von Roten, 14. Juli 1798. Der zitierte Textausschnitt ist auch in der französischen Version enthalten.

583 Fonds Hans Anton von Roten, 14. Juli 1798; vgl. Autobiographie, 195.

584 Ebd.

585 *Donnet*, La Révolution de 1798, Bd.2, 134.

586 Ebd., Bd. 2, 125ff.

587 Vgl. *Donnet*, Personnages du Valais fichés, 207, Nr.2 (Leopold de Sepibus); Arnold, Licht und Schatten, 174f.

588 *Rossi*, Kaspar Eugen von Stockalper, 43.

589 Im Jahre 1812 liess sich Augustini von Anton Roten (Unterpräfekt des Distriktes Leuk 1799) seine profranzösische Haltung während der beiden Aufstände der Oberwalliser bestätigen: «(...) le préfet Monsieur Augustini a manifesté dans toutes ces occasions un dévouement parfait au gouvernement français et que pour cela il s'est attiré des persécutions et des grands dommages de la part des nombreux insurgés du Haut-Valais en 1798 et 1799». Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 489 (25. Januar 1812).

um sie stärker an das helvetische Regime zu binden. Dieses Vorgehen rechtfertigte sich, weil jene beim Volk grossen Einfluss besässen⁵⁹⁰.

Während der zweiten Erhebung der Oberwalliser weilte Augustini als Senator in Luzern. Jean Devantéry und Jakob Valentin Sigristen unterrichteten ihn über die Situation im Wallis⁵⁹¹. Letzterer war der Meinung, dass man die Aufständischen von der Furka her attackieren sollte⁵⁹².

Wie Augustini⁵⁹³ warnte auch Kaspar Eugen von Stockalper vor den Folgen eines neuerlichen Aufstandes. Nachdem sich Stockalper lange geweigert hatte, in den Kriegsrat der Oberwalliser Rebellen einzutreten, wurde er zusammen mit seinem Sohn Kaspar Emmanuel und fünfzig andern «Herren» auf den Simplon entführt. Ihm blieb nur die Wahl, erschossen zu werden oder sich am Kriegsrat zu beteiligen. Ende Juli 1799 zog sich Stockalper aus dem in Domodossola stationierten Kriegsrat zurück. Zu diesem Zeitpunkt befand sich das Wallis bereits in französischer Hand⁵⁹⁴. Die Teilnahme am zweiten Aufstand der Oberwalliser verunmöglichte Stockalper die Fortführung seines Amtes als Mitglied der Walliser Verwaltungskammer. Im November desselben Jahres übernahm der frankophile Casimir Lang sein Amt⁵⁹⁵.

Interessanterweise bemühte sich Augustini mit allen Mitteln, die Absetzung seines langjährigen Rivalen Stockalper rückgängig zu machen⁵⁹⁶.

Er setzte sich auch für die Walliser Aufständischen von 1798 ein. Dank seiner guten Beziehungen zum Direktoren Peter Ochs und einer dringlichen Fürsprache beim französischen General Schauenburg gelang es ihm, alle in Bern gefangenen Oberwalliser Rebellen frei zu bekommen. Unter ihnen befand sich auch Leopold de Sepibus⁵⁹⁷. Auf die Freilassung von Hildebrand Roten legte Augustini grossen Wert, weil er einem seiner grössten Gegner beweisen wollte, dass ein Patriot mehr taue als ein Aristokrat⁵⁹⁸.

Obwohl Augustini durch den Aufstand von 1799 finanziell schwer geschädigt wurde, lehnte er die Schaffung von speziellen Militärgerichten ab und befürwortete vielmehr eine Amnestie⁵⁹⁹.

Wie erklärt sich dieses Verhalten? Augustini musste sich immer wieder mit den mächtigen Familien des Oberwallis arrangieren, um den Fortgang seiner politischen Karriere nicht zu gefährden; denn er verfügte über keine so treue

590 Ebd., C 19 (4. Februar 1799), Kopie eines Briefes von Augustini an das helvetische Direktorium.

591 Ebd., C 23 (Mai 1799) und C 24 (3. Mai 1799), Zwei Briefe von Sigristen an Augustini. Sigristen hielt sich zu diesem Zeitpunkt in St-Maurice auf. Vgl. auch C 25 (10. Mai 1799), Brief von Devantéry an Augustini.

592 Ebd., C 23.

593 Vgl. Autobiographie, 195.

594 Rossi, Kaspar Eugen von Stockalper, 47-49.

595 Salamin, Histoire politique, 243.

596 Rossi, Kaspar Eugen von Stockalper, 52.

597 De Sepibus beteiligte sich auch am Aufstand von 1799. Er gehörte dem Kriegsrat an. Vgl. Rossi, Kaspar Eugen von Stockalper, 51.

598 Fonds Hans Anton von Roten, 2. Juni 1807, Notizen Augustinis über seine Erlebnisse von 1798-1807.

599 Ebd.

Anhängerschaft wie beispielsweise Kaspar Eugen von Stockalper oder Lepold de Sepibus. Ausserdem gilt es zu beachten, dass die Erhebungen von 1798/1799 Volksaufstände waren. Es liegt auf der Hand, dass der Franzosenfreund Augustini bei der Oberwalliser Bevölkerung über keine grossen Sympathien verfügte. Im Unterwallis stiess Augustini als ehemaliger Landvogt wie die grosse Mehrheit seiner Amtsvorgänger auf Vorbehalte. Er musste seinen politisch geringen Spielraum durch geschicktes Taktieren zwischen Oberwallis, Unterwallis und Frankreich ausnützen.

Zwar war Augustini zur Zeit der Helvetik zweifellos frankophil gesinnt, den Anschluss des Wallis an Frankreich lehnte er jedoch ab. Dies zeigen seine diplomatischen Verhandlungen in Bern. Vorerst wandte er sich sogar gegen die Schaffung einer unabhängigen Republik. Als er erkannte, dass seine Position infolge des Beharrens Napoleons aussichtslos geworden war, lenkte er ein. Sein diplomatisches Geschick trug nicht unwesentlich dazu bei, dass die ganze oder teilweise Annektion des Wallis durch Frankreich um einige Jahre verzögert wurde⁶⁰⁰.

Nach seiner Wahl zum Landeshauptmann betrieb Augustini gegenüber Frankreich eine ausgesprochen willfährige Politik. Seine frankophile Gesinnung verstärkte sich zusehends. Das anfänglich gute Einvernehmen mit Frankreich bestärkte ihn in seiner Überzeugung, dass er unersetzlich sei. Als Augustini auf seiner verfassungswidrigen Wiederwahl beharrte und so über längere Zeit die Bestimmung eines Nachfolgers verunmöglichte, wurde er von Derville-Malécharde fallengelassen, obwohl dieser anfänglich seine neuerliche Kandidatur unterstützt hatte. Gegen Ende seiner Landeshauptmannschaft und in der Zeit danach schrieb er unzählige Briefe an Napoleon, Marescalchi, Talleyrand und Eugène de Beauharnais. Sie enthalten immer wieder die selben Litaneien von Komplimenten und Lobhudeleien⁶⁰¹. Obwohl die wichtigsten Ämter nach seiner Regierungszeit (1807-1813) von seinen politischen Rivalen Charles-Emmanuel de Rivaz, Leopold de Sepibus und Kaspar Eugen von Stockalper versehen wurden und Augustini nur zweitrangige Ämter offenstanden, setzte er noch 1813 auf die französische Karte⁶⁰².

Nachdem die Bourbonen an die Macht zurückgekehrt waren, bezeichnete Augustini nun Ludwig XVIII. als den besten König. Um die Auszahlung seiner seit 1792 ausgebliebenen Militärpension zu bewirken, verstieg er sich sogar zur Behauptung, dass die französische Armee im Jahre 1799 während ihrer Offensive gegen die «tapferen Walliser» seine Behausungen und Gebäude geplündert und teilweise verbrannt hatte, weil er als Royalist gegolten habe⁶⁰³.

600 Siehe oben, 53-68.

601 Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, beispielsweise C 318 (1805-1807), Minuten und Fragmente von 14 Briefen Augustinis an Napoleon, Marescalchi, Talleyrand und Eugène de Beauharnais.

602 Dafür spricht die Rede Augustinis als abtretender Präsident des Generalrates. Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, C 511 (10. Mai 1813).

603 Ebd., C 518 (27. Oktober 1815), Entwurf einer Supplik Augustinis an Ludwig XVIII.

Um die ausstehende Militärpension bemühte sich Augustini Zeit seines Lebens vergeblich⁶⁰⁴. Sein Verhältnis zu Frankreich scheint sich in der Restaurationsphase wieder verbessert zu haben. Seine oft begehrte Ernennung zum Ritter der Ehrenlegion erlebte Augustini jedoch nicht mehr. Sie erfolgte am 20. August 1823, rund zwei Monate nach seinem Tod⁶⁰⁵.

Augustinis Verhältnis zu Frankreich wurde weitgehend von seinem Opportunismus bestimmt. Obwohl sich seine frankophile Haltung während der ersten Landeshauptmannschaft zusehends verstärkte, befürwortete er nie den Anschluss an Frankreich. Hier unterschied er sich beispielsweise von Louis Pittier.

Daneben gilt es zu beachten, dass auch der vielgerühmte Charles-Emmanuel de Rivaz, Kaspar Eugen von Stockalper und sogar Leopold de Sepibus ihre Kompromisse mit Frankreich schlossen. Sie waren darauf bedacht, die Führungsrollen ihrer Familien im Wallis durch die Wirren der Franzosenzeit hindurch kontinuierlich zu wahren⁶⁰⁶.

8. DIE RÜCKKEHR AN DIE MACHT 1817-1823

8.1 Abgeordneter an der Tagsatzung

Am Novemberlandrat von 1817 nahm Augustini als einer der Vertreter des Zenden Leuk teil⁶⁰⁷. Nach einer langen Phase der Bedeutungslosigkeit begann damit sein politischer Wiederaufstieg. Im Mai 1819 wählte ihn der Landrat zum ersten Abgeordneten auf die eidgenössische Tagsatzung für die Jahre 1819 und 1820⁶⁰⁸. Kaspar Eugen von Stockalper wurde zum Landeshauptmann gewählt. Auf Augustini entfielen 7 Stimmen⁶⁰⁹. Kurze Zeit später setzte er sich bei der Wahl um die Zendenpräsidentschaft von Leuk gegen den bisherigen Amtsinhaber Ignaz de Werra durch⁶¹⁰. Laut den Angaben seines Zeitgenossen Anne-Joseph de Rivaz hatte sich Augustini bei der Ausarbeitung eines Walliser Gesetzbuches verdient

604 Seine beiden Schwiegersöhne Eugen Allet und Moritz Stockalper forderten in einem Brief an den französischen Minister in Bern, de Moustier, die Auszahlung der Militärpension ihres verstorbenen Schwiegervaters. Vgl. Fonds Henri de Villa/de Stockalper, 84 (1823).

605 Fonds Henri de Villa/de Stockalper, 1. September 1823, Die Ehrenlegion nimmt Augustini als Mitglied auf. Vgl. auch ebd., 82 (20. August 1823), Chateaubriand unterrichtet Augustini über seine Nominierung zum Ritter der Ehrenlegion.

606 Leider gibt es keine Biographien über Charles-Emmanuel de Rivaz und Leopold de Sepibus. Sie bilden zweifellos ein Desiderat der Walliser Geschichte. Zu Stockalper vgl. man die Biographie von Rossi, Kaspar Eugen von Stockalper, besonders 37-51.

607 Landratsabschied, November 1817.

608 Augustini und sein Kollege Jsaac de Rivaz waren an der Tagsatzung an die Instruktionen des Walliser Staatsrates gebunden. Deshalb erübrigt sich hier eine Analyse seiner Demarchen. Vgl. Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 195 (2. Mai 1819) - A 226 (1820).

609 Landratsabschied, Mai 1819; Autobiographie, 233.

610 Ebd., 236.

gemacht und einen Teil seines früheren Ansehens zurückgewonnen⁶¹¹. Im Januar 1819 bewahrte er das Haus Stockalper dank seines juristischen Scharfsinns und des notwendigen Glückes im Prozess gegen den Glarner Paravicini vor dem Verlust einer beträchtlichen Summe⁶¹². Dabei spielten sicher auch persönliche Erwägungen eine Rolle, war doch Augustinis Tochter Franziska mit Moritz von Stockalper verheiratet.

8.2 Landeshauptmann 1821-1823

Am 8. Mai 1821 wählte der Landrat Augustini erneut zum Landeshauptmann⁶¹³. Er konnte dabei auf die Unterstützung seiner beiden Schwiegersöhne Eugen Allet und Moritz von Stockalper zählen. Laut Anne-Joseph de Rivaz, galt sein Vetter Charles-Emmanuel de Rivaz als einziger mehr oder weniger aussichtsreicher Konkurrent auf das begehrteste Amt im Wallis⁶¹⁴. Dieser hatte jedoch dem Kanton bereits in den Jahren 1817-1819 als erster Unterwalliser Politiker vorgestanden. Kaspar Eugen von Stockalper war Augustinis Amtsvorgänger (1819-1821). Leopold de Sepibus hatte von 1814-1817 als Landeshauptmann amtiert⁶¹⁵.

Es fällt auf, dass diese höchste Würde von 1802 bis 1829 (ohne die Zeit des «Département du Simplon» 1810-1813) ausnahmslos von den vier Notablen Augustini (Leuk), Leopold de Sepibus (Mörel), Kaspar Eugen von Stockalper (Brig) und Charles-Emmanuel de Rivaz (Monthey) versehen wurde. Im Juni 1829 wurde mit Michel Dufour (Vionnaz) erstmals ein «neuer» Landeshauptmann erkoren⁶¹⁶.

Laut Anne-Joseph de Rivaz soll Augustini dank der Stimmen der Abgeordneten des Zenden Entremont gewählt worden sein, die persönliche Ressentiments gegen Charles-Emmanuel de Rivaz hegten⁶¹⁷. Die Verfassung von 1815 sicherte den Oberwallisern die Vorherrschaft im Landrat⁶¹⁸. Sie wählten denn auch in der Restaurationszeit fast ausnahmslos einen Landeshauptmann aus ihren Reihen.

Im Dezember 1821 eröffnete Augustini den Landrat traditionsgemäss mit einer Rede. Er wies auf die guten Beziehungen des Wallis zu seinen Nachbarländern hin. Er hoffte, dass die Verbesserung des Strassenwesens den Handel anrege und viele Reisende in den Kanton locke. Augustini betrachtete die Landwirtschaft als die Lebensgrundlage im Wallis, die vom Staatsrat in absehbarer Zeit gefördert werden sollte. Die kostspieligen Beiträge für das eidgenössische Militärwesen rechtfertigte der Landeshauptmann mit der Wahrung der Unabhängigkeit und Freiheit gegen aussen⁶¹⁹.

611 Anne-Joseph de Rivaz, *Mémoires historiques*, Bd. 2, 245f; vgl. Autobiographie, 237.

612 Ebd., 238-241.

613 Landratsabschied, Mai 1821; Autobiographie, 236f.

614 Anne-Joseph de Rivaz, *Mémoires historiques*, Bd.2, 246.

615 *Roten*, Landeshauptmänner 1388-1798, 12.

616 Ebd.

617 Anne-Joseph de Rivaz, *Mémoires historiques*, Bd.2, 246.

618 Siehe oben, 98.

619 Landratsabschied, Dezember 1821.

Zusammen mit Augustini bildeten Michel Dufour, Emmanuel Gay, Kaspar Eugen von Stockalper und Moritz de Courten den Gesamtstaatsrat. Trotz seines fortgeschrittenen Alters hielt er immer noch seine langen und weitschweifigen Reden⁶²⁰. Während einer Eröffnungsrede im Landrat betonte der Landeshauptmann, dass die Unterwerfung der Bürger unter das Gesetz, ihr unerschütterlicher religiöser Glaube und die «Reinheit der Sitten» die Eckpfeiler des Staatswesens seien⁶²¹.

Die zweite Amtsperiode Augustinis als Landeshauptmann gestaltete sich bei weitem einfacher als seine erste (1802-1807). Laut Anne-Joseph de Rivaz boten sich Augustini wenig Gelegenheiten, seine aussergewöhnlichen rhetorischen und administrativen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Das Leben im Wallis nahm nach der bewegten Franzosenzeit wieder seinen gewohnten Lauf. Trotz seines hohen Alters bewältigte Augustini seine alltägliche Regierungsarbeit⁶²² mit der ihm eigenen Schaffenskraft⁶²³.

Hier soll nur ein spezielles Ereignis herausgegriffen werden. Als einige wenige piemontesische Carbonari im Wallis Zuflucht suchten, wies Augustini die Zendenpräsidenten an, sie des Landes zu verweisen⁶²⁴. Er war vom sardinischen Minister in Bern, Courtois d'Arcollières, über deren Anwesenheit im Wallis informiert worden⁶²⁵. Der Landeshauptmann hatte sogar einige Personen angeheuert, um die Carbonari aufzuspüren, falls die Zendenpräsidenten nicht die entsprechenden Massnahmen getroffen haben sollten⁶²⁶. Als darauf die Regierung des Piemonts deren Ausschaffung begehrte, schrieb Augustini mit sichtlichem Stolz, dass er diesem Wunsch bereits zuvorgekommen sei. Dabei vergass er natürlich nicht festzuhalten, dass er schon mehrere Adelsdiplome erhalten, seinen einzigen Sohn verloren und stets der Sache der «rechtmässigen Potentaten angehangen» habe. Im Januar 1822 teilte ihm der sardinische Aussenminister seine Ernennung zum Grafen mit. Augustini liess es sich nicht nehmen, dieses Schreiben und die Kopie seines Diploms dem überraschten Staatsrat vorzulesen. Dabei durfte natürlich seine obligate Rede nicht fehlen, in der er König Karl Felix von Sardinien/

620 Ebd., Mai 1822. Der Landratsschreiber schien sichtlich erleichtert über das Ende der langen Rede Augustinis: «Son Excellence enfin termine son discours (...)».

621 Ebd., Dezember 1822; vgl. auch den Landratsabschied vom Mai 1823.

622 Im Staatsarchiv in Sitten befindet sich ein umfangreicher privater Rechenschaftsbericht (469 Seiten), den Augustini während seiner zweiten Landeshauptmannschaft verfasste. Er trägt folgenden Titel: «Notes qu'a fait le grand baillif d'Augustini sur les opérations du Conseil d'Etat dès le 25 may 1821 où il a pris possession du fauteuil grand baillival pro memoria et afin de se rapeller des expéditions à faire». Der Bericht gliedert sich in 7 Hefte und erstreckt sich vom 25. Mai 1821 bis zum 14. Mai 1823. Es handelt sich um eine Art Verwaltungsprotokoll, in dem leider persönliche Reflexionen fast durchwegs fehlen.

623 Anne-Joseph de Rivaz, *Mémoires historiques*, Bd.2, 247 u. 250.

624 Fonds Henri de Villa/de Stockalper, 35 (2. November 1822), Kopie eines Briefes von Augustini an den sardinischen Minister in Bern, Courtois d'Arcollières; vgl. auch Anne-Joseph de Rivaz, Bd.2, 249.

625 Fonds Henri de Villa/de Stockalper, 34 (30. September 1822), Brief von Courtois d'Arcollières an Augustini.

626 Ebd., 35.

Piemont in den höchsten Tönen lobte⁶²⁷. Seine Vorliebe für den Erwerb von Adelstiteln rechtfertigte er folgendermassen:

«(...) tous les souverains les plus sages et les plus puissans ont reconnue l'utilité de l'institution de la noblesse et de la maxime d'exciter l'émulation entre les gentilshommes pour faire des belles actions et d'animer leur dévouement à leur monarque. (...) Je crois qu'il n'était jamais plus nécessaire de vérifier cette émulation parmi la noblesse que dans ce tem[p]s cy où une longue révolution et le système malheureux d'égalité ont tenté de rendre tous les roys odieux, dont le saint martyr couronné de France a fait la plus triste expérience»⁶²⁸.

Während seiner zweiten Landeshauptmannschaft gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen Augustini und den restlichen Staatsräten weit einfacher als beim ersten Mal⁶²⁹.

Wenn diese zweite ruhige Amtsperiode auch an Höhepunkten arm war, so bildete sie doch einen würdigen Abschluss einer bemerkenswerten politischen Karriere.

Im Mailandrat 1823 wurde Kaspar Eugen von Stockalper zum Nachfolger von Augustini gewählt. Letzterer hätte der Exekutive als Staatsrat für zwei weitere Jahre angehören sollen⁶³⁰. Kurz nach dem Abschluss des Landrates (25. Mai) liess sich der achtzigjährige Augustini nach Leuk kutschieren, weil er spürte, dass sein Ende nahte⁶³¹. Dort verschied er in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni 1823⁶³². Es ist erstaunlich, dass der Landeshauptmann, der an Koliken⁶³³, Hautausschlägen und zuletzt auch an Asthma⁶³⁴ litt, erst als Achtzigjähriger starb. Sein Zeitgenosse Jsaac de Rivaz hatte sich schon 1801 über Augustinis Widerstandsfähigkeit angesichts seines gewaltigen Arbeitspensums gewundert⁶³⁵.

Am 26. Juni unterrichtete Landeshauptmann Kaspar Eugen von Stockalper in einem Zirkularschreiben die Landräte über den Hinschied seines Amtsvorgängers. Zugleich würdigte er die Tätigkeit Augustinis im Staatsdienst⁶³⁶.

Augustinis Testament ist ein Spiegelbild seines Lebens. Es beginnt mit einer kurzen Lebensbeschreibung, die seine Orden und Titel enthält. Augustini sorgte sich auch um eine standesgemässe Begräbnisstätte, bezeichnete er doch genau den

627 Autobiographie, 241-245.

628 Privates Verhandlungsprotokoll Augustinis als Landeshauptmann (1821-1823), 196f.

629 Anne-Joseph de Rivaz, *Mémoires historiques*, Bd.2, 247.

630 Landratsabschied, Mai 1823.

631 Anne-Joseph de Rivaz, *Mémoires historiques*, Bd.2, 252f.

632 Fonds Henri de Villa/de Stockalper, 42 (26. Juni 1823), Zirkularschreiben des Landeshauptmanns Kaspar Eugen von Stockalper im Namen des Staatsrates an die Landräte.

633 Vgl. Autobiographie, 211.

634 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 216 (11. August 1820), Erklärung des Arztes Hans Mengis über die Krankheiten seines Patienten Augustini.

635 «Il est étrange comment cet homme toujours occupé, ne prenant aucune distraction, écrivant sans cesse à tout le monde, comment cet homme peut échapper à des maladies graves, surtout ne prenant aucune précaution de santé, de la propreté et de la salubrité de l'air qu'il est par ce moyen dans le cas de respirer». Vgl. Jsaac de Rivaz zitiert bei *Salamin*, *Histoire politique*, 215, Fussnote 105.

636 Vgl. Fonds Henri de Villa/de Stockalper, 42.

Ort und die Stelle, wo er begraben werden wollte, je nachdem ob er in Leuk, Brig oder Sitten sterben würde. Für sein Seelenheil sah er eine jährliche Gedächtnismesse in Leuk und Glis vor. In Macugnaga sollte jedes 10. Jahr eine Totenmesse zu seinem Andenken gelesen werden, die am Sonntag zuvor angekündigt werden sollte. Für seinen früh verstorbenen Sohn Anton schrieb er ein Jahrzeit in Leuk sowie eine Gedächtnismesse an dessen Begräbnisstätte in St-Maurice vor, die jedes 10. Jahr gefeiert werden sollte. Des weiteren bat er seine Frau, Töchter, Adoptivsöhne und Kindeskinde für ihn zu beten. Er legte grossen Wert darauf, dass die Nachkommen seiner Adoptivsöhne den Beinamen Augustini (mit den Adelstiteln) weiterführten. Seinen beiden erstgeborenen Enkeln, Kaspar von Stockalper und Anton Allet, vermachte er den Grossteil seines Vermögens⁶³⁷. Bei seinem Tode hinterliess er ein Vermögen von rund 17975 Kronen, worin seine zahlreichen Immobilien in den Zenden Brig und Leuk verrechnet sind. Von dieser Summe hatte er bereits 11080 Kronen zu Lebzeiten an seine Erben vergabt⁶³⁸. Seinen beiden ältesten Enkeln sprach er unter anderem je die Hälfte seines Bischofsschlosses in Leuk zu. Die übrigen Enkelkinder wurden mit Grundstücken oder kleineren Geldsummen bedacht. Seine Frau hatte er schon früher mit einer Schenkung auf Lebenszeit ausgestattet. Ihr oblag zudem die Testamentsvollstreckung. Für seine Bibliothek und den schriftlichen Nachlass schrieb er eine Inventarisierung vor. Ausserdem sollte sein Schrifttum ungeteilt bleiben und jeweils nur in die Hände der Erstgeborenen übergehen. Am Ende des Testaments führte Augustini vorsorglich seine wichtigsten Dokumente auf. Auch hier zierte sich der zweimalige Landeshauptmann nicht, seine persönlichen Verdienste aufzuzählen⁶³⁹.

Aus Augustinis detaillierten Rechnungsbüchern geht hervor, dass er Geld gegen Zinsen auslieh. Im Jahre 1805 waren ihm 81 Schuldner im Zenden Brig zinspflichtig. Sein ausgeliehenes Gesamtkapital betrug rund 9525 Pfund. Daraus erwuchs ihm ein jährlicher Zins von 429 Pfund. Insgesamt waren Augustini rund 4087 Pfund zurückbezahlt worden. Dies ergibt einen durchschnittlichen Zinssatz von 4,5 Prozent. Aber auch in Mörel und Visp sowie in den Zenden Goms, Siders und Sitten, ja sogar im Unterwallis betätigte sich Augustini als Bankier⁶⁴⁰. Das dazu erforderliche Kapital verdiente er sich als Advokat.

637 Fonds AV 107 d'Augustini, 13, Testament des Markgrafen Augustini, 1-5.

638 Fonds Henri de Villa/de Stockalper, 45 (7. März 1825), Inventar des Vermögens von Augustini.

639 Fonds AV 107 d'Augustini, 13, Testament des Markgrafen Augustini, 3-8.

640 Fonds Guillaume de Kalbermatten, A 367 (1. Januar 1805), Inventar über die Guthaben und Immobilien Augustinis.

9. AUGUSTINI IM URTEIL SEINER ZEITGENOSSEN

Anton de Augustini musste bei seiner schillernden Persönlichkeit sicher mit einer starken Gegnerschaft rechnen.

Der französische Resident Mangourit beurteilte Augustini 1798 folgendermassen:

«On lui fait des reproches de vexations lorsqu'il fut il y a quelques années gouverneur à Monthey. Tous s'accordent à lui donner de grands moyens; il parle l'allemand avec élégance et le français avec netteté. C'est un homme nouveau pour le Valais. Son père, porte-balle italien, s'y fixa et il a vaincu les obstacles de naissance et de famille. Il jouit dans le dizain de Loèche d'une grande popularité; il est insinuant et propre à tout faire: les républicains lui ont donné leurs voix pour l'éloigner du pays où il pourrait devenir dangereux; si on en faisait un préfet du Valais, l'on serait en combustion. Il a été, j'oubliais, très vexé par l'oligarchie; marchera très bien et appartiendra à la France si son agent a l'adresse de s'y bien prendre»⁶⁴¹.

Auch der helvetische Kommissär Vincent Perdonnet, der sich im Mai 1798 ins Wallis begeben hatte, anerkannte Augustinis Fähigkeiten, beurteilte ihn jedoch sehr negativ: «Le Directoire doit surtout se défier du sénateur Augustini; c'est l'homme le plus spirituel et le plus adroit du Valais, mais c'en est aussi le plus fourbe et le plus scélérat. Il fut le tryan le plus redoutable du pays»⁶⁴².

Während der Verhandlungen um den künftigen Status des Wallis in Bern (1802) behauptete Tousard d'Olbec, dass sich der bei allen «Parteien» des Wallis unbeliebte ehemalige Senator profilieren wolle und sich durch seine Redensart lächerlich mache:

«Il est tellement décrié ici dans tous les partis qu'il ferait du tort à notre pays, si notre pays n'était pas recommandé actuellement de manière à ce que cette considération soit nulle. Il a un grand désir de parler, soit en Petit Conseil, soit en présence du landammann et du ministre. Il veut absolument l'un ou l'autre et précisément c'était de son éloquence et de sa manière de parler qu'on m'avait le plus fait de plaisanteries. Mais qu'importe, s'il ne fait que faire rire, il n'y a que demi-mal. Son but principal et qu'il ne déguise pas est de se trouver ici au moment où il y a quelques négociations à faire»⁶⁴³.

Jsaac de Rivaz betonte im Mai 1802 den Hang Augustinis zu Intrigen und sein unkollegiales Verhalten zu seinen Amtskollegen: «Un tel homme ne peut manquer de rendre ce canton malheureux. Car s'il est dans les places, aucune honnête personne voudra s'y trouver avec lui et s'il n'y est pas, il troublera tout par ses insinuations et son intrigue»⁶⁴⁴.

641 Mangourit zitiert bei *Donnet*, Documents, in: Vallesia 1976, 172.

642 Vincent Perdonnet zitiert bei *Salamin*, Le rapport de Vincent Perdonnet, 53.

643 Tousard d'Olbec zitiert bei *Salamin*, Histoire politique, 199, Fussnote 51.

644 Jsaac de Rivaz zitiert ebd., 215, Fussnote 105.

Der französische General Turreau charakterisierte seinen Widersacher Augustini im November 1802 als tüchtigen Karrieristen und Intriganten. Der Opportunist Turreau war davon überzeugt, dass sich Augustini als einziges Mitglied der Opposition für die französische Sache gewinnen lassen würde:

«Augustini, issu d'une famille italienne, appartient au Haut-Valais et a suivi dans l'ancien, comme dans le nouveau régime, les errements du système fédéral. Il a joué le premier rôle dans le parti de l'opposition. Cet homme a quelques moyens. Il est laborieux et, quoiqu'il ait le travail difficile, il a fait à lui seul à peu près tout l'ouvrage du gouvernement parce qu'il travaille beaucoup. Il est très intrigant, très ambitieux et surtout très opiniâtre dans ses projets de fortune et d'avancement. Du reste, il passe pour être peu délicat sur le choix des moyens de parvenir; on le dit faux et cupide; il n'est pas difficile de l'éblouir et de le disposer à toute espèce de changement en y intéressant son ambition. Son esprit d'intrigue l'a porté à la première place en faisant donner la majorité des voix qui composaient les députés du Haut-Valais à un homme dont il s'était assuré le refus. Alors cette majorité l'a désigné pour avoir un Haut-Valaisan à la première magistrature. Avant l'indépendance, il était mésestimé des deux partis. Augustini a du langage, des dehors flatteurs et de l'usage du monde et quoique ce soit le parti antifrçais qui l'ait porté au baillivat, je crois que c'est le seul homme de l'opposition dont le gouvernement puisse tirer parti»⁶⁴⁵.

In einem Brief an den französischen Aussenminister Talleyrand vom 1. Juni 1807 beurteilte Derville-Malécharde⁶⁴⁶ den nicht wiedergewählten Landeshauptmann sehr pragmatisch:

«Il emporte dans sa retraite la réputation d'un homme qui a servi, selon les occurrences, des opinions diamétralement opposées, qui même aujourd'hui est regardé comme vendu à la France par un grand nombre de Haut-Valaisans, tandis que dans le Bas-Valais il est signalé comme le plus fin et le plus perfide des oligarques. Au reste, ce personnage doit être connu sous son véritable aspect au département des Relations extérieures; je trahirais toutefois la vérité si je taisais à Votre Altesse Sérénissime qu'en général, quoique un peu charlatan, il m'a secondé vivement dans toutes les affaires qui pouvaient intéresser le service de Sa Majesté. Je ne manquerai pas, malgré la défection de ses plus chauds partisans, de lui donner toujours quelques marques de considération, parce qu'il est homme de ressources et qu'il peut dans l'occasion être utilement employé»⁶⁴⁷.

Im Jahre 1807 beschäftigte sich der französische Polizeiminister Fouché im Auftrag Napoleons mit dem Projekt einer «Statistique morale et personnelle». Drei Jahre später wurde dieser Plan in vereinfachter Form realisiert. Nachdem das Wallis von Frankreich annektiert worden war, beauftragte die französische Regierung den Präfekten Derville-Malécharde mit der Erstellung der Fichen. Das Dossier des «Département du Simplon» enthält drei Statistiken: 1. Ein Verzeichnis der wichtigsten Notablen und angesehenen Personen. 2. Eine Liste der Söhne aus den

645 Turreau zitiert bei *Salamin*, La République indépendante, 65f.

646 Zum Verhältnis zwischen Augustini und Derville-Malécharde siehe oben, 88-92 u. 94f.

647 Derville-Malécharde zitiert bei *Salamin*, La République indépendante, 145.

«besseren» Familien. 3. Eine Liste der reichen Erbinnen. Für sein gewaltiges Imperium benötigte Napoleon geeignete junge Offiziere und Beamte. Deshalb verlangte er genaue Auskünfte über die Söhne der angesehenen Familien, ihre Eltern, ihr Alter, ihre persönlichen Ambitionen, ihre politischen Ideen, ihre Charaktere und ihre Geistesanlagen usw. Um die Verbindungen zwischen den führenden Schichten des Ancien Régime und der Revolutionszeit zu verstärken, forderte er auch detaillierte Informationen über die jungen Erbinnen aus den entsprechenden Familien. Beim Erstellen der Fichen stützte sich Derville-Malécharde auf Informationen seines französischen Beamtenstabes. Neben den Beurteilungen seiner eigenen Mitarbeiter benutzte der Präfekt gewiss auch Auskünfte der Waliser Bürgermeister⁶⁴⁸. Obwohl Derville-Malécharde Augustini sehr gut kannte, stammten einige Auskünfte über den ehemaligen Landeshauptmann zweifellos aus der Hand von politischen Gegnern.

Vier Jahre zuvor war er vom damaligen Residenten wesentlich milder beurteilt worden⁶⁴⁹. Die Fiche, die einige Unwahrheiten enthält, fällt ein vernichtendes Urteil über Augustini:

«(...) A joué jusqu'en 1807 un grand rôle dans les destinées de son pays; depuis lors abandonné de tous les partis qu'il avait trahis tour à tour, méprisé de la France et de ses agents, sa tête est tout à fait affaiblie et ne lui suggère plus que des démarches inconsidérées, dictées par le besoin impérieux de conserver une importance qui lui échappe entièrement et au souvenir de laquelle le plus profond ridicule est attaché; insinuant, délié, sachant mentir avec adresse et prendre tous les masques, d'abord autrichien, puis bernois renforcé, français déclaré depuis huit ans, indifférent sur les moyens de parvenir, M. Augustini a su changer de parti suivant les circonstances, ses intérêts et ses vues. Avocat sous l'Ancien Régime, il connaît à fond le secret des familles et en a ruiné plus d'une par les procès; il a tellement su manier les Valaisans qu'on l'a vu paraître avec succès dans toutes les affaires et dans toutes les intrigues; aujourd'hui méprisé des Haut-Valaisans dont il a déserté les bannières, abhorré des Bas-Valaisans dont il fut le gouverneur le plus despotique et le plus vénal, il a perdu tout ce qu'il lui restait d'amis en quittant le grand baillivat où toutefois il avait acquis des droits à la bienveillance de la France, au ménagement de ses agents politiques. M. Augustini voulait la réunion pour se venger de tout un peuple dont il était méprisé, mais ses calculs ont été trompés et ce vieillard dont l'esprit est si inquiet, les formes si ridicules, mais dont l'habileté n'avait jamais été mise en doute, a tenu dans ces derniers temps en Valais, comme à Paris, une conduite tellement hors de mesure qu'il est parvenu à détruire par sa présence les impressions favorables que d'anciens services et les rapports du chargé d'affaires de France avaient placés dans la pensée de l'empereur»⁶⁵⁰.

648 Vgl. *Donnet*, *Personnages du Valais fichés*, 195-201.

649 Siehe oben, 110.

650 *Donnet*, *Personnages du Valais fichés*, 228, Nr.40 (Augustini).

Der Notar Gabriel Guerraty⁶⁵¹ aus Monthey bezeichnete Augustini als Despoten und gewissenlosen Opportunisten, der sich jedem neuen Regime anpasse:

«Actuellement octogénaire, mais jouissant encore de toute la vigueur et de toute la force de l'âge viril, avec toutes ses facultés inépuisables, une poitrine à toute épreuve, infatigable; écrivant et lisant encore sans le secours des lunettes; défendant les causes de ses clients comme avocat, du matin au soir, sans s'épuiser et se fatiguer; hardi et effronté, adaptant toujours sa politique aux circonstances, s'accommodant à tous les temps, tantôt affectant les sentiments républicains, lorsque cela lui convient et que l'empire des circonstances l'exige, tantôt rampant servilement devant les rois et les tyrans, qu'il s'efforce d'exalter et d'encenser; despote dès qu'il a le pouvoir en main; lorsqu'un gouvernement quelconque, monarchique, aristocratique ou démocratique vient à être renversé, il le quitte et incontinent il se porte le premier sur les rangs des aspirants pour occuper la magistrature dans le nouveau gouvernement; ainsi, magistrat, tantôt républicain, tantôt monarchique, puis encore républicain, parlant le langage opportun dans l'un et l'autre. Enfin, c'est un protégé qui se métamorphose en autant de façons qu'il lui plaît»⁶⁵².

Anne-Joseph de Rivaz gehörte zu den härtesten Kritikern Augustinis:

«On ne peut disconvenir que l'avocat Augustini n'ait des talents distingués et qu'il ne soit un fort travailleur. (...) Outre cela, il possède à un degré supérieur l'esprit d'intrigue et son ambition est démesurée. Elle ne pouvait être satisfaite que par le premier rang. Il semblait dangereux aux plus modérés du Haut-Valais de ne donner pas à son ambition cet os à ronger⁶⁵³, parce qu'on le connaissait de caractère à déranger tout ce qu'il n'arrangerait pas lui-même. Et d'ailleurs, comme je l'ai déjà dit, les Haut-Valaisans mettant de la honte à avoir un chef bas-valaisan et se croyant dispensés d'être justes et reconnaissants envers le préfet de Rivaz, nul était capable parmi eux d'être fait grand bailli que le sieur Augustini, il crurent faire déjà beaucoup pour M. de Rivaz que de s'accorder avec le Bas-Valais pour lui donner la seconde magistrature⁶⁵⁴ du pays⁶⁵⁵.

L'ex-bailli Augustini était sous la remise depuis le moment que Napoléon Bonaparte envoya * pour s'emparer du Valais * une petite armée (...). On n'a jamais bien su la raison pour laquelle cet homme jusqu'alors si dévoué à la France en fut totalement oublié et qu'il n'en obtient ni emploi ni décoration. Le Valais étant redevenu un gouvernement démocratique, le sieur Augustini, malgré qu'il eût vécu trois ans et demi dans la disgrâce des Français et qu'il n'en eût pu obtenir un regard favorable, n'en fut pas moins traité par ses compatriotes comme un animal amphibie qu'on ne sait s'il est terrestre ou aquatique, et il ne fut pour rien dans les débats auxquels la confection de notre nouvelle constitution donna lieu entre les Haut et les Bas-Valaisans. Il y avait une dizaine d'années qu'il était nul

651 Siehe oben, 14f.

652 Gabriel Guerraty zitiert bei *Devanthey*, La Révolution de 1790, 408f.

653 Es geht hier um die erste Wahl Augustinis zum Landeshauptmann (1802). Siehe oben, 79.

654 Der Landrat wählte Charles-Emmanuel de Rivaz 1802 zum ersten Staatsrat. Er war der Vetter von Anne-Joseph de Rivaz. Siehe oben, 79.

655 Anne-Joseph de Rivaz, *Mémoires historiques*, Bd.1, 133.

de toute nullité et qu'il était réduit pour vivre d'aller faire l'avocat des causes les plus minimes de cours de villages en cours de villages, riant lui-même sincèrement des bizarreries de la fortune qui à diverses reprises l'avait fait de rhéteur consul, et puis de consul rhéteur, lorsqu'il prit fantaisie à notre Conseil d'Etat de donner un code à la nation. Mais comme les vrais jurisconsultes sont aussi rares parmi nous qu'y sont communs les avocats, on jeta d'abord les yeux sur le sieur Augustini, à qui on ne peut refuser d'être plus versé dans le droit qu'aucun de ses collègues (...)»⁶⁵⁶.

Es fällt auf, dass Anne-Joseph de Rivaz, der jede Gelegenheit wahrnahm, um Augustini schonungslos zu kritisieren, diesem seine grosse Arbeitskraft, seine juristischen und verwaltungstechnischen Qualitäten trotzdem nicht absprach⁶⁵⁷.

Die meisten der hier zitierten Zeitgenossen charakterisieren den gebürtigen Macugnager als politischen Opportunisten, Intriganten und Karrieristen. Weitgehend unumstritten ist seine fachliche Kompetenz im Rechts- und Verwaltungswesen.

Einige Zeitgenossen kolportierten Dinge über ihn, die sich quellenmässig nicht belegen lassen. Als Landvogt von Monthey war Augustini keineswegs der Tyrann, zu dem ihn der Notar Gabriel Guerraty und die französische Fische hochstilisierten⁶⁵⁸. Es gibt keine Anhaltspunkte, die darauf schliessen lassen, dass er den Anschluss an Frankreich befürwortet hätte. Ebensowenig lässt sich anhand der Quellen belegen, dass er durch seine Tätigkeit als Advokat zum Ruin mehrerer Familien beigetragen hätte.

Leider sind uns keine Urteile von Zeitgenossen aus dem Oberwallis über Augustini bekannt.

Immerhin darf darauf hingewiesen werden, dass der umstrittene Politiker zeitweilig einen grossen Nachhall beim einfachen Volke in den Zenden Brig (Naters, Termen und Simplon-Dorf usw.) und Leuk gefunden hat. Der Grund mag – abgesehen von seiner Spendierfreudigkeit – darin gelegen haben, dass viele einfache Bürger in ihm einen der ihren gegen die alteingesessene Oligarchie des Wallis sahen.

656 Ebd., Bd.2, 245f.

657 Vgl. auch Anne-Joseph de Rivaz, *Mémoires historiques*, Bd.2, 250.

658 Siehe oben, 14f. u. 111.

10. KRITISCHE WÜRDIGUNG AUGUSTINIS

Die Augustini waren mit dem Oberwallis durch wirtschaftliche und soziale Beziehungen eng verbunden. Augustinis Mutter, Catharina Kämpfen, stammte aus Brig. Sein Vater, Augustin de Augustini, war in erster Ehe mit Elisabeth Supersaxo verheiratet. Zudem war seine Mutter ebenfalls eine Oberwalliserin. Anton de Augustinis Grossvater und Urgrossvater betrieben in Leuk ein florierendes Handelsunternehmen, besaßen jedoch keinen politischen Einfluss im Lande. Die Tatsache, dass Augustin de Augustini sich mit einer Frau aus dem angesehenen Geschlecht der Supersaxo verheiratete, deutet auf ein gewisses Sozialprestige hin, das wohl wirtschaftliche Hintergründe besass. Durch seinen liederlichen Lebensstil ruinierte der junge Augustin das väterliche Erbe.

Seine ersten acht Lebensjahre verbrachte Anton de Augustini in Macugnaga. Im Alter von neun Jahren trat er ins Kollegium von Brig ein. Mit seinem geizigen Stiefvater, Emmanuel Torrent aus Arbaz, verstand sich Augustini überhaupt nicht. Dieser erinnerte ihn beständig daran, dass er arm sei. Ausserdem wurde der junge Anton und seine Schwestern von zwei Verwandten um den Grossteil ihres Erbes in Italien geprellt. Der früh verstorbene Augustin de Augustini teilte seinem Sohn mehrmals mit, dass sein Geschlecht adeligen Ursprungs sei. Diese Lebensumstände erklären teilweise sein späteres Streben nach Reichtum und Macht.

Im Alter von 19 Jahren verliess Augustini das Kollegium von Brig und trat in den französischen Solddienst ein. Er tat dies aus gesellschaftlichen und finanziellen Gründen, wollte er sich doch mit der Tochter eines ehemaligen Landeshauptmanns verheiraten. Die Verbindung wurde hintertrieben, galt doch eine allfällige Heirat mit Augustini für diese Familie als Mesalliance. Es fällt auf, dass er in der Folge sein Auge stets auf Töchter aus regimentsfähigen Familien richtete. In Frankreich absolvierte er eine mittelmässige militärische Karriere. Aus Enttäuschung über eine ausgebliebene Beförderung zum Hauptmann quittierte er den Solddienst 1781 definitiv. Im französischen Solddienst eignete sich Augustini gute Französischkenntnisse und eine gewisse Weltgewandtheit an. Dies sollte sich später auszahlen.

Die Heirat mit Genoveva Willa, die aus einer der angesehensten Familien des Zenden Leuk stammte, ging er wohl aus gesellschaftlichen und ökonomischen Gründen ein. 1781 liess sich Augustini zum Advokaten ausbilden. Damit gewann er seinen Lebensunterhalt und erwarb ein ansehnliches Vermögen. Daneben betätigte sich der naturalisierte Walliser als Bankier.

Augustinis politischer Aufstieg verlief zunächst harzig. Das Amt des Landvogts von Monthey erlangte er nur unter grossem finanziellem Aufwand. Auch im Kampf um das Bürgerrecht von Naters (1789/1790) und die Zendenhauptmannsstelle (1792/1793) griff Augustini zu populistischen Methoden. Seine Selbsternennung zum Zendenhauptmann büsste er mit einem Ämterverbot. Die beiden mächtigsten Familien des Zenden Brig, die Stockalper und Wegener, erkannten rasch, dass ihnen in Augustini ein ernstzunehmender politischer Rivale erwuchs. Sie konnten jedoch durch das Ämterverbot den Aufstieg des ehrgeizigen Emporkömm-

lings aus Italien nur verzögern. Augustini profitierte allerdings von der helvetischen Revolution, ohne die seine politische Karriere wohl beendet gewesen wäre.

Die helvetische Revolution veränderte zwar die politische Organisation des Wallis grundlegend, führte jedoch zu keinem generellen Wechsel der Führungsschichten. Die Notablen blieben sowohl im Ober- wie Unterwallis an der Macht⁶⁵⁹. Augustinis Aufstieg zu den regimentsfähigen Familien wurde durch die helvetische Revolution ermöglicht. Im Ancien Régime hatte er kein Zendenamt ergattern können. Dies hatte zur Folge, dass ihm der Zutritt zum Landrat verwehrt blieb. Somit besass er im alten Wallis keine politischen Einflussmöglichkeiten. Ein weiterer wesentlicher Faktor für seinen politischen Aufstieg war der Wohnortwechsel nach Leuk. Der Zenden Leuk sandte Augustini als Vertreter an die provisorische Wahlversammlung von 1798 in Sitten.

In den Jahren 1798-1807 befand er sich auf dem Höhepunkt der Macht. Es fällt auf, dass sich Augustini zunächst auf helvetischer Ebene als Senator profilierte, bevor er in die Verwaltungskammer des Wallis gewählt wurde. Bei den Wahlen in das helvetische Direktorium stand sein Name mehrmals im Vordergrund.

Durch seine mutige Rede an der Tagsatzung von 1801 und die von ihm angeregte Willenserklärung der Walliser Gemeinden für den Verbleib bei der Schweiz trug Augustini massgeblich dazu bei, dass die ganze oder teilweise Annektion durch Frankreich noch einmal abgewendet werden konnte. Auch in den Verhandlungen um die unabhängige Republik Wallis spielte er eine wichtige Rolle. Augustini befürwortete die Schaffung eines eigenständigen Staates aus realpolitischen Gründen. Zudem hatte er auf helvetischer Ebene seinen Zenit bereits überschritten, während er im Wallis noch einiges erreichen konnte. Obwohl Augustini die gegen die Franzosen und den helvetischen Einheitsstaat gerichteten Aufstände der Oberwalliser verurteilte, bemühte er sich in Bern um die Freilassung der Anführer.

Seine diplomatischen Erfolge in den Verhandlungen um die künftige Staatszugehörigkeit des Wallis waren eine wichtige Voraussetzung für seine Wahl zum Landeshauptmann (1802-1807). Durch seine Tätigkeit als Senator, Tagsatzungsabgeordneter und Diplomat verfügte er ausserdem über gute Kontakte zu Frankreich und der helvetischen Regierung. Massgeblich zu seiner Wahl trugen sicher auch sein diplomatisches Geschick, seine ausgezeichneten Sprachkenntnisse, seine unermüdliche Arbeitskraft und konservative Gesinnung bei. Augustini verdankte seine Wahl hauptsächlich den Oberwalliser Abgeordneten.

Während seiner Regierungszeit als Landeshauptmann betrieb er gegenüber Frankreich eine ausgesprochen willfährige Politik. Dies zeigte sich beispielsweise bei der Rekrutierung eines Walliser Bataillons für den französischen Solddienst. Seine Briefe an Napoleon, Marescalchi, Talleyrand und Eugène de Beauharnais sind in einem sehr servilen Ton gehalten und weisen stets die selben Komplimente und Lobhudeleien auf. Augustinis persönliche Schwächen machten sich während dieser Zeit immer stärker bemerkbar: Ehrsucht, Geltungsdrang, Egoismus, Recht-

659 Vgl. *Papilloud, Le pouvoir et les hommes*, 29-32; *Donnet, La Révolution de 1798*, Bd.2, 13f.

haberei und unkollegiales Verhalten im Staatsrat. Er konnte sich nicht damit abfinden, sein Amt nach fast 5 Jahren Regierungszeit verfassungsgemäss abzutreten. Die politischen Erfolge seit dem Ausbruch der helvetischen Revolution hatten Augustini in seinem Glauben bestärkt, dass er unersetzlich sei. Als die Auseinandersetzung um seine allfällige Wiederwahl anhielt und eine neuerliche Spaltung des Landrates bevorstand, liess Derville-Malécharde den Landeshauptmann fallen. Napoleon, der vom Staatsrat und Augustini zum Schiedsrichter erkoren worden war, wollte sich in diesem Fall nicht in die inneren Angelegenheiten der Republik einmischen. Ausserdem wirkten sich Augustinis unzählige Briefe an die französischen Regierungsstellen, in denen er um die Bestätigung als Landeshauptmann bat und seine Verdienste für das Wallis und Frankreich aufzählte, gewiss kontraproduktiv aus. Nachdem seine Gegner gestärkt aus den Landratswahlen hervorgegangen waren, wurde Lepold de Sepibus zu seinem Nachfolger gewählt. Augustini verzichtete erst eine Woche später auf seine Ansprüche.

Nach 1807 besass der ehemalige Landeshauptmann fast keinen politischen Einfluss mehr. Augustini scheint auch von seinen politischen Freunden aufgegeben worden zu sein. Da er auch in Frankreich und im Königreich Italien jeglichen Kredit verloren hatte, scheiterten seine Bemühungen um eine Stelle im französischen oder italienischen Staatsdienst. Dazu kamen der schmerzliche Verlust seines einzigen Sohnes sowie Anfeindungen im Zenden Leuk wegen Augustinis führender Rolle bei der Rekrutierung des Walliser Bataillons für den französischen Solddienst.

An seiner politischen Bedeutungslosigkeit änderte auch das kurze Intermezzo des «Département du Simplon» wenig. Während dieser Zeit gehörte Augustini dem Generalrat und dem Kriminalgericht des Departements an. Als Präsident des Generalrats hielt er noch 1813 eine Lobrede auf Napoleon. Erstaunlicherweise setzte Augustini sehr lange auf die französische Karte, obwohl Frankreich seine frankophile Politik mit Undank lohnte. Der ehemalige Landeshauptmann konnte sich mit seinen zweitrangigen Ämtern nicht anfreunden. 1812 empfahl er sich erfolglos beim französischen Innenminister für eine ihm angemessene Stelle.

Die langwierigen Verhandlungen um die staatliche Organisation des Wallis und den Beitritt zur Schweiz fanden ohne den talentierten Diplomaten Augustini statt.

Wahrscheinlich war er als zu grosser Franzosenfreund bekannt, obwohl er im Gegensatz zu seinen politischen Konkurrenten Leopold de Sepibus, Kaspar Eugen von Stockalper und Charles-Emmanuel de Rivaz keine Spitzenposition im «Département du Simplon» inne hielt.

Im Jahre 1817 begann das politische Comeback Augustinis. Er nahm erstmals wieder am Landrat als Vertreter des Zenden Leuk teil. Kurz darauf wurde Augustini sogar zum Zendenpräsidenten von Leuk gewählt. 1819 und 1820 vertrat der greise Augustini den Kanton Wallis als Abgeordneter an der eidgenössischen Tagsatzung in Luzern.

Die Wahl zum Landeshauptmann muss der Achtundsiebzigjährige als persönlichen Triumph empfunden haben. Trotz seines hohen Alters verrichtete Augustini die Amtsgeschäfte während seiner Landeshauptmannschaft mit ungebrochener

Arbeitskraft. Seine Regierungszeit war jedoch mehr Ausklang als Höhepunkt einer bemerkenswerten politischen Laufbahn. Während der zwei ruhigen Amtsjahre konnte Augustini seine Regierungsqualitäten kaum beweisen.

Wie erklärt sich der Umstand, dass ihm nach einer langen politischen Durststrecke die Rückkehr an die Macht gelang?

In erster Linie waren dafür seine persönlichen Qualitäten verantwortlich. Der zweimalige Landeshauptmann war zweifellos kein sympathischer Mensch, jedoch ungemein tüchtig, fleissig und belesen. In seinen Schriften stösst man immer wieder auf Zitate und Exempel aus der griechischen und römischen Geschichte. Augustini konnte sich zudem auf Deutsch und Französisch nahezu perfekt in Wort und Schrift ausdrücken. Als gewandter Rhetoriker – sein Stil wirkt auf den heutigen Zeitgenossen etwas befremdlich – verstand er es, seine Zuschauer bisweilen zu Tränen zu rühren. Welch grosse Arbeitsenergie Augustini besass, geht allein schon aus dem beträchtlichen schriftlichen Nachlass hervor. Noch während seiner zwei letzten Lebensjahre verfasste er einen umfangreichen privaten Rechenschaftsbericht als Landeshauptmann. Augustini konzentrierte seine Energie ganz auf die Politik und seine Tätigkeit als Advokat. Anne-Joseph de Rivaz bezeichnete ihn als besten Advokaten seiner Zeit⁶⁶⁰. Augustinis Kompetenz in Verwaltungsfragen war ebenfalls unbestritten. Er besass zweifellos sehr viel Talent und Begabung für die politischen Ämter. Deshalb nahm man wohl seine charakterlichen Schwächen in Kauf. Zudem scheint Augustini in seinen letzten Lebensjahren umgänglicher geworden zu sein.

In der Walliser Geschichtsschreibung wird der zweimalige Landeshauptmann als Prototyp des politischen Opportunisten dargestellt. Es gilt jedoch die besonderen Zeitumstände und das Verhalten der anderen Walliser Notablen zu berücksichtigen, um zu einem adäquaten Urteil zu gelangen.

Lange Zeit gelang es ihm, die Wechsel der Staatszugehörigkeit des Wallis mit seinem persönlichen Vorteil zu verbinden. Im Ancien Régime besass Augustini nur eine geringe Bedeutung. Erst die helvetische Revolution lancierte seine politische Karriere, die er im Alter von 55 Jahren begann. Die wichtigste Phase seiner politischen Laufbahn dauerte von 1798 bis 1807. Die Amtszeit als Landeshauptmann der unabhängigen Republik Wallis war wohl der eigentliche Höhepunkt seiner Karriere. Danach folgte eine lange Zeit der Krise (1807-1817). Von der Annektion des Wallis durch Frankreich profitierte der frankophile Augustini paradoxerweise nicht. Auch nach dem Beitritt des Wallis zur Schweiz (1815) sollte es noch zwei Jahre dauern, bis seine Rückkehr an die Macht begann.

Zum Vergleich mit Augustinis Karriere sei der politische Weg der drei bedeutendsten Notablen seiner Zeit kurz erwähnt.

Kaspar Eugen von Stockalper (1750-1826): Landvogt von St-Maurice 1786-1788, Landratsabgeordneter im Ancien Régime, Mitglied der Walliser Verwaltungskam-

660 Siehe oben, 113.

mer 1798, Staatsrat 1802-1804, Landeshauptmann 1810, kaiserlicher Richter am Appellationsgericht von Lyon 1811-1813, Präsident der provisorischen Regierung 1814, Abgeordneter an der eidgenössischen Tagsatzung 1815-1817, Landeshauptmann 1819-1821 und 1823-1825⁶⁶¹.

Leopold de Sepibus (1759-1832): Landvogt von St-Maurice 1782-1784 und 1796-1798, Landratsabgeordneter im Ancien Régime, Landeshauptmann 1807-1809, Unterpräfekt des Bezirkes Brig 1811-1813, Präsident des Landrats 1814, Landeshauptmann 1815-1817, Abgeordneter an der eidgenössischen Tagsatzung 1823, Landeshauptmann 1827-1829 und 1831-1832⁶⁶².

Charles-Emmanuel de Rivaz (1753-1830): Mitglied des provisorischen Walliser Direktoriums 1798, Nationalpräfekt des Kantons Wallis 1798-1802, Staatsrat 1802-1805, Mitglied des französischen Legislativkorps 1811-1813, Vize-Landeshauptmann 1814-1816, Landeshauptmann 1817-1819, Abgeordneter an der eidgenössischen Tagsatzung von 1821, Landeshauptmann 1825-1827⁶⁶³.

Stockalper und de Sepibus begannen ihre Karriere auf kantonaler Ebene (Landrat) im Gegensatz zu Augustini und de Rivaz bereits im Ancien Régime. In der Helvetik waren Charles-Emmanuel de Rivaz und Augustini die bedeutendsten Walliser Politiker. Kaspar Eugen von Stockalper und Leopold de Sepibus hatten sich durch ihre Verwicklung in die Aufstände gegen die Franzosen doch etwas kompromittiert. In den ersten Jahren der unabhängigen Republik Wallis war Augustini der führende Politiker des Wallis. Stockalper und de Sepibus stiegen gegen Ende der unabhängigen Republik Wallis zu den höchsten Ämtern auf. Der Unterwalliser de Rivaz war wohl Staatsrat (1802-1805), das Amt des Landeshauptmannes blieb ihm jedoch vorläufig versagt.

Bei näherer Betrachtung der Karrieren von Stockalper, de Sepibus und de Rivaz stellt man fest, dass sie es weit besser als Augustini verstanden, ihre führenden Rollen von der helvetischen Revolution bis in die Restaurationszeit zu behaupten.

Kaspar Eugen von Stockalper und Leopold de Sepibus, die aus den bedeutendsten Familien des Oberwallis stammten, konnten auf einen stabilen Anhang aus dem deutschsprachigen Wallis zählen. Charles-Emmanuel de Rivaz wurde von den Unterwallisern unterstützt. Zudem stand er bei der französischen Regierung zur Zeit des «Département du Simplon» in hohem Ansehen⁶⁶⁴. Augustinis politischer Spielraum war dagegen aufgrund seiner fehlenden Hausmacht entschieden kleiner. Sein Taktieren zwischen Ober-, Unterwallis und Frankreich kam einer Gratwanderung gleich.

Wieso gilt nun aber Augustini als der Franzosenfreund und politische Opportunist schlechthin? Ist dieses historische Urteil seiner Zeitgenossen gerechtfertigt,

661 Anne-Joseph de Rivaz, *Mémoires historiques*, Bd. 3, 309; *Salamin*, *La République indépendante*, 283.

662 Ebd., 307; Ebd., 282.

663 Ebd., 305; Ebd., 281.

664 Vgl. *Donnet*, *Personnages du Valais fichés*, 244, Nr. 74 (Charles-Emmanuel de Rivaz).

wenn man sich die anpasserische Haltung seiner politischen Rivalen de Rivaz, de Sepibus und von Stockalper vergegenwärtigt?

Augustini kompromittierte sich während des Empires durch einige Lobreden auf Napoleon und die französische Nation. Die drei anderen Notablen gaben sich hier weit vorsichtiger. Zudem besaßen sie angenehmere Charaktere als der gebürtige Italiener, der seine Ambitionen nie verhehlte. Als sozialer und politischer Aufsteiger, der weder auf das gesellschaftliche Ansehen noch den materiellen Rückhalt seiner Familie zählen konnte, war Augustini zu grösseren politischen Konzessionen gezwungen, um seine politischen Ambitionen zu verwirklichen. Angesichts seines sozialen Status erstaunt es nicht, dass Augustini seine Anhängerschaft mit populistischen Methoden zu rekrutieren versuchte. Aber auch in seinen politischen Schriften finden sich populistische Argumente. Interessanterweise benutzte er die Regimewechsel für sein persönliches Avancement, ohne dabei seine politischen Grundideen aufzugeben. Seine Lobrede auf die französische Revolution war ein reines Lippenbekenntnis. Augustini dachte in den Kategorien des Ancien Régime. Dies beweisen seine zahlreichen konservativen Vorstösse und Motionen im helvetischen Senat und an der Tagsatzung. Es fällt jedoch auf, dass er seine Anliegen im Senat mit Vehemenz vertrat und keine Kommisspolitik verfolgte.

Nur bei den offiziellen Anlässen gab er sich als vermeintlicher Befürworter der französischen Revolution oder Napoleons zu erkennen. In Tat und Wahrheit lehnte der zweimalige Landeshauptmann die Gleichheit der Menschen ab.

Ähnliche konservative Grundhaltungen lassen sich auch bei Leopold de Sepibus⁶⁶⁵ und Kaspar Eugen von Stockalper⁶⁶⁶ feststellen.

Augustini passte sich den neuen Machtverhältnissen in Frankreich jeweils sehr schnell an. So wie er einst Napoleon verherrlicht hatte, pries er später Ludwig XVIII.

Obwohl Augustini zweifellos ein Opportunist war, beurteilten ihn seine Zeitgenossen zu negativ.

Meines Erachtens wurde Augustini zum Sündenbock für eine ganze Epoche gestempelt. Er eignete sich dafür aufgrund seiner ausländischen Herkunft, seiner ehemaligen Tätigkeit als Landvogt, seines Opportunismus, seiner charakterlichen Schwächen und seiner frankophilen Haltung sehr gut. Bei genauer Analyse der zeitgenössischen Urteile über Augustini drängt sich dieser Schluss auf, wurden ihm doch verschiedene unwahre Sachverhalte zugeschrieben (korrupter Landvogt, Befürworter des Anschlusses an Frankreich, skrupelloser Advokat).

Das Bemühen des zweimaligen Landeshauptmannes bestand darin, sich in einer schwierigen Zeit an der Macht zu halten. Das gleiche Ziel verfolgten auch seine politischen Rivalen Leopold de Sepibus, Kaspar Eugen von Stockalper und Char-

665 Vgl. *Donnet*, *Personnages du Valais fichés*, 207-210, Nr. 2 (Leopold de Sepibus).

666 *Rossi*, *Kaspar Eugen von Stockalper*, 139f.

les-Emmanuel de Rivaz. Sie taten dies jedoch wesentlich diskreter und gefälliger, aber nicht minder erfolgreich.

Augustini war nur einer von vielen politischen Opportunisten, die im Zeitalter Napoleons trotz des raschen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels für eine gewisse Kontinuität sorgten. Im Wallis veränderte sich während dieser Zeit vor allem die politische Organisation des Staates, die Notablenfamilien aus dem Ancien Régime blieben jedoch an der Macht. Auf der Ebene der politischen Persönlichkeiten war der Wechsel geringfügig. Es ist deshalb um so bemerkenswerter, dass Augustini den Aufstieg zu den höchsten Ämtern schaffte.

11. BIBLIOGRAPHIE

Ungedruckte Quellen

- Staatsarchiv Sitten, Fonds AV 107 d'Augustini.
- Staatsarchiv Sitten, Fonds Guillaume de Kalbermatten.
- Staatsarchiv Sitten, Fonds Hans Anton von Roten.
- Staatsarchiv Sitten, Fonds Henri de Villa/de Stockalper.
- Staatsarchiv Sitten, Landratsabschiede 1700-1797 (Abschriften Favre).
- Staatsarchiv Sitten, Landratsabschiede 1817-1823.
- Staatsarchiv Sitten, Privater Rechenschaftsbericht Augustinis über seine zweite Amtsperiode als Landeshauptmann (1821-1823). Nicht klassierter Fonds.

Gedruckte Quellen

- Amtliche Sammlung der Acten aus der Zeit der Helvetischen Republik, hg. von *Johannes Strickler*, Bd. 1-8, Bern 1886ff. = AHSR.
- Bulletin officiel du Valais, 1804. = Bulletin officiel.
- Clément Jean-Maurice, Le récit de la révolution bas-valaisanne de 1790, hg. von *Pierre Devanthey*, in: *Vallesia* 19 (1964), 315-366.
- Derville-Malécharde Claude-Joseph*, La réunion du Valais à la France, Lyon 1816.
- Deux cahiers des «souvenirs du Dr Antoine Kämpfen» (1784-1856), de Brigue, chirurgien-major au service de France, publ. par *Georges Foëx*, in: *Vallesia* 17 (1962), 1-120. = Souvenirs du Dr Antoine Kämpfen.
- Dokumente zur Geschichte der Vereinigung des Wallis mit der Schweiz (1813-1815), hg. von *Jean-Marc Biner*, *Emile Biollay*, *Leopold Borter* u.a., in: *Vallesia* 20 (1965). = *Vallesia* 1965.

- Donnet André*, Documents pour servir à l'histoire de la Révolution bas-valaisanne de 1798, in: *Vallesia* 19 (1964), 1-188, 31 (1976), 1-186, 32 (1977), 1-246, 34 (1979), 1-102 u. 35 (1980), 1-120. = *Donnet, Documents*.
- Ders.*, Quelques notes historiques et observations recueillis par l'abbé Jean-Maurice Clément (1736-1810), vicaire de Val-d'Illiez, in: *Annales Valaisannes* 2, 63 (1988), 28f. = *Clément, Quelques notes historiques*.
- Dossier du procès relatif à la conjuration dite des «crochets», à Monthey, en 1791, hg. von *Pierre Devanthey*, in: *Vallesia* 25 (1970), 1-412. = *Devanthey, Dossier du procès*.
- Gloses du notaire Gabriel Guerraty sur le récit de la révolution de 1790 par l'abbé Clément, hg. von *Pierre Devanthey*, in: *Vallesia* 23 (1968), 69-107. = *Gloses de Gabriel Guerraty*.
- La correspondance d'Augustini durant sa mission à Berne (7 juin - 6 août 1802), hg. von *Michel Salamin*, in: *Vallesia* 19 (1964), 189-246.
- La chronique de Christian Massy, de Grimentz (Annivers), pour les années 1790-1840, hg. von *Grégoire Ghika* und *Michel Salamin*, in: *Vallesia* 15 (1960), 297-345.
- Le rapport de Vincent Perdonnet, commissaire pour le gouvernement helvétique, sur sa mission en Valais (mai 1798), hg. von *Michel Salamin*, in: *Vallesia* 14 (1959), 39-63. = *Salamin, Le rapport de Vincent Perdonnet*.
- Mémoires de Louis Robatel (1788-1877), officier valaisan au service d'Espagne, puis de France, hg. von *André Donnet*, Martigny 1966. (Biblioteca Vallesiana, Bd. 3) = *Robatel, Mémoires*.
- Personnages du Valais fichés par l'administration française du département du Simplon. Trois exemples de la statistique morale et personnelle de l'Empire, hg. von *André Donnet*, in: *Vallesia* 41 (1986), 193-348. = *Donnet, Personnages du Valais fichés*.
- Rivaz Anne-Joseph, de, Mémoires historiques sur le Valais (1798-1813), hg. von *André Donnet*, 3Bde., in: *Mémoires et documents de la Suisse Romande*, 3^e série, 5 (1961). = *Anne-Joseph de Rivaz, Mémoires historiques*.
- Rivaz Charles-Emmanuel, de*, Mémoires historiques sur l'occupation en Valais par le général Turreau, Sion 1890. = *Charles-Emmanuel de Rivaz, Mémoires*.
- Ders.*, Mes souvenirs de Paris (1810-1814), hg. von *Michel Salamin*, Martigny 1967. (Biblioteca Vallesiana, Bd. 5) = *Charles-Emmanuel de Rivaz, Mes souvenirs de Paris*.

Sekundärliteratur

- Arnold Peter*, Das Testament des Markgrafen von Augustini, in: *Blätter aus der Walliser Geschichte* 18, 1 (1974), 5-45. = *Arnold, Das Testament des Markgrafen von Augustini*.
- Ders.*, Licht und Schatten in den Gemeinden von Östlich-Raron im Wallis, Mörel 1961. = *Arnold, Östlich-Raron*.

- Biderbost Paul*, Die Republik Wallis 1802-1810. Ein Beitrag zur Walliser Verfassungsgeschichte, Visp 1959. = Biderbost, Republik Wallis.
- Biner Jean-Marc*, Etat des gouverneurs du Bas-Valais (1488-1798), in: *Vallesia* 18 (1963), 177-215.
- Biollay Emile*, Le Valais en 1813-1814 et sa politique d'indépendance. La libération et l'occupation d'un département réuni, Martigny 1970. (Biblioteca Vallesiana, Bd. 7). = Biollay, Le Valais en 1813-1814.
- Borter Leopold*, Kirche, Klerus und Staat des Wallis 1839-1849, in: *Blätter aus der Walliser Geschichte*, 13, 2 (1962). = Borter, Wallis 1839-1849.
- Ders.*, Vom Wallis der 7 Zenden zum Schweizerkanton 1790-1815, in: *Blätter aus der Walliser Geschichte* 14, 1 (1965/1966), 75-119. = Borter, Wallis 1790-1815.
- Carlen Albert*, 250 Jahre Studententheater im deutschen Wallis 1600-1800 (1850), in: *Vallesia* 5 (1950), 229-366. = Carlen, Studententheater.
- Das Werden der modernen Schweiz, hg. von *Joseph Hardegger* u.a., Bd. 1, Luzern 1986. = Hardegger, Das Werden der modernen Schweiz.
- Das Zeitalter der europäischen Revolution, hg. von *Louis Bergeron*, François Furet und Reinhart Koselleck, Frankfurt a. M. 1969.
- Devanthey Pierre*, La révolution bas-valaisanne de 1790, Martigny 1972. (Biblioteca Vallesiana, Bd. 11). = Devanthey, La révolution de 1790.
- Donnet André*, La Révolution valaisanne de 1798, 2 Bde., Martigny 1984. (Biblioteca Vallesiana, Bde. 17/18). = Donnet, La Révolution de 1798.
- Gauye, Oscar*, Les réactions des communes Valaisannes au projet d'annexion par la France de la rive gauche du Rhône (1801-1802), in: *Vallesia* 46 (1991), 9-20.
- Gern Philipp*, Le recrutement d'un bataillon de Napoléon (1804-1807), in: *Vallesia* 18 (1963), 163-175. = Gern, Recrutement.
- Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel 1986.
- Gonard Alec*, Vie du général de Rivaz 1745-1833, Neuenburg 1943.
- Graven Jean*, L'Ecole de Droit valaisanne (1807-1908), in: *Mélanges publiés par la Société d'Histoire du Valais romand à l'occasion du cent cinquantième anniversaire de la réunion du Valais à la Suisse (1815-1965)*, Sonderband aus den *Annales valaisannes*, 2, 13 (1965), 177-242. = Graven, L'Ecole de Droit valaisanne.
- Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd. 2, Zürich 1977. = Handbuch der Schweizer Geschichte.
- Imesch Dionys*, Zur Geschichte des Kollegiums von Brig, Brig 1912. = Imesch, Kollegium Brig.
- Kämpfen Peter Joseph*, Die Freiheitskämpfe der Oberwalliser in den Jahren 1798 und 1799, Stans 1867.
- Lathion Lucien*, Chateaubriand et le Valais, in: *Annales valaisannes*, 2, 2 (1931-1935), 285-311 u. 333-351. = Lathion, Chateaubriand et le Valais.
- Leuzinger André*, «denen Bösen zum heilsamen Schröcken ...». Ländliche Unruhen und Entwicklungshemmnisse in der Unterwalliser Vogtei Monthey im ausgehenden 18. Jahrhundert, Zürich 1983.

- Liebeskind Wolfgang Amadeus*, Das Referendum der Landschaft Wallis, Leipzig 1928.
- Ders.*, Landesherr und Herrschaft im alten Wallis, in: *Blätter aus der Walliser Geschichte* 9, 3 (1942), 283-292.
- Ders.*, L'Etat valaisan. Esquisse d'une histoire politique des origines au milieu du XIXe siècle, in: *Annales Valaisannes* 2, 45 (1970), 3-80. = Liebeskind, L'Etat valaisan.
- Mélanges publiés par la Société d'Histoire du Valais romand à l'occasion du cent cinquantième anniversaire de la réunion du Valais à la Suisse (1815-1965), Sonderband aus den *Annales valaisannes*, 2, 13 (1965). = Biollay, Mélanges.
- Mortarotti Renzo*, L'Ossola nell'età moderna. Dall'annessione al Piemonte al fascismo (1743-1922), Domodossola 1985. = Mortarotti, L'Ossola nell'età moderna.
- Papilloud Jean-Henri*, Le pouvoir et les hommes, in: *Histoire de la démocratie en Valais (1798-1914)*, hg. von dem *Groupe valaisan de sciences humaines* 1979, Sion 1979, 13-91. = Papilloud, Le pouvoir et les hommes.
- Peyer Hans Conrad*, Verfassungsgeschichte der alten Schweiz, Zürich 1978.
- Pittier Yolande*, Les réactions des Valaisans à l'annexion de leur pays à la France et leur attitude face au nouveau gouvernement (1810-1813), in: *Annales Valaisannes* 2, 56 (1981), 3-50. = Pittier, Les réactions des Valaisans à l'annexion.
- Rossi Heinrich*, Kaspar Eugen Stockalper von Thurm 1750-1826, Freiburg 1942. = Rossi, Kaspar Eugen von Stockalper.
- Roten, Hans Anton, von*, Die Landeshauptmänner von Wallis 1388-1798. Überarbeitete Neuauflage, in: *Blätter aus der Walliser Geschichte* 23 (1991). = Roten, Landeshauptmänner 1388-1798.
- Rufer Alfred*, Les deux projets de constitution de 1798 pour la République du Valais, in: *Vallesia* 8 (1953), 193-210. = Rufer, Projets de constitution de 1798.
- Sadrain Marie-Andrée*, La réunion du Valais à la France (1810), Bourges 1936. = Sadrain, La réunion.
- Salamin Michel*, Dans les écoles valaisannes, in: *Annales valaisannes*, 2, 65 (1990), 45-80.
- Ders.*, Histoire politique du Valais sous la République helvétique (1798-1802), in: *Vallesia* 12 (1957), 1-281. = Salamin, Histoire politique.
- Ders.*, L'affaire de Louis de Kalbermatten (5 septembre 1803), in: *Annales Valaisannes* 15 (1968), 223-247.
- Ders.*, Le clergé et la vie religieuse dans le Valais napoléonien, in: *Annales Valaisannes* 2, 64 (1989), 43-98.
- Ders.*, La République indépendante du Valais 1802-1810. L'évolution politique, Sierre 1971. = Salamin, La République indépendante.
- Ders.*, Pierre-Joseph de Chastonay et l'insurrection de 1799, in: *Annales valaisannes*, 2, 30 (1955), 241-270. = Pierre-Joseph de Chastonay et l'insurrection de 1799.
- Schmid Ferdinand, Lauber Joseph*, Verzeichnis von Priestern aus dem deutschen Wallis, in: *Blätter aus der Walliser Geschichte*, 1, 3 (1891)ff.

Seiler Andreas, Die politische Geschichte des Wallis 1815-1844, Zürich 1939. = Seiler, Wallis 1815-1844.

Steffen Hans, Führungsschichten um Stockalper, in: Kaspar Jodok von Stockalper und das Wallis. Beiträge zur Geschichte des 17. Jahrhunderts, hg. von *Louis Carlen und Gabriel Imboden*, Brig 1991. (Veröffentlichungen des Forschungsinstituts zur Geschichte des Alpenraums, Bd. 1). 431-460. = Steffen, Führungsschichten um Stockalper.

Truffer Bernard, Portraits des évêques de Sion 1418 à 1977, Sion 1977.

Werra Raphaël, von, Eine ungewöhnliche Heiratsgeschichte, in: Blätter aus der Walliser Geschichte, 22 (1990), 155-164. = Werra, Heiratsgeschichte.

Dictionnaire des biographies, hg. von *Pierre Grimal*, 2Bde., Paris 1958.

Dictionnaire des communes. France métropolitaine, départements d'outre-mer, rattachements et statistiques, Paris 1974.

Dictionnaire des généraux et amiraux français de la Révolution et de l'Empire (1792-1814), hg. von *Georges Six*, 2Bde., Paris 1934.

Dictionnaire encyclopédique d'histoire, hg. von *Michel Mourre*, 8Bde., Paris 1986.

Dictionnaire d'histoire de France, hg. von *Alain Decaux*, Paris 1981.

Dictionnaire historique de la Révolution française, hg. von *Albert Soboul*, Paris 1989.

Dictionnaire Napoléon, hg. von *Jean Tulard*, Paris 1987. = Tulard, Dictionnaire Napoléon.

Histoire et dictionnaire de la Révolution française, hg. von *Jean Tulard* u.a., Paris 1987.

Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz, 7Bde., Neuenburg 1921ff.

Wörterbuch zur Geschichte, hg. von *Konrad Fuchs* und *Heribert Raab*, 2Bde., München 1983. = Raab, Wörterbuch.